

KURZ- INFORMATION

HIS



HOCHSCHUL-INFORMATION-SYSTEM, GOSERIEDE 9, 30159 HANNOVER

Juni 2006

A 5/2006

Studienberechtigte 2004 Übergang in Studium, Ausbildung und Beruf

*Ergebnisse der Befragung der Studienberechtigten 2004
ein halbes Jahr nach Schulabgang im Länder- und Zeitvergleich*

**Christoph Heine
Heike Spangenberg
Dieter Sommer**

GEFÖRDERT VOM



**Bundesministerium
für Bildung
und Forschung**

Zentrale Ergebnisse und Trends (Zusammenfassung).....	1
Einleitung	9
1 Tätigkeit ein halbes Jahr nach Schulabgang	14
2 Studienentscheidung	19
Exkurs: Einflussfaktoren der Studienentscheidung.....	26
3 Angestrebte Hochschulprüfungen	33
4 Studienrichtungswahl	37
5 Gründe für Studienverzicht.....	43
6 Berufsausbildungswahl	51
7 Art der gewählten Berufsausbildung	56
8 Wege in den Beruf	60
 Anhang Tabellen	 67
Anhang Fragebogen	103

TABELLENVERZEICHNIS

Seite

Tab. a	Individuelle Faktoren der Studienberechtigten 2004	28
Tab. b	Individuelle und institutionelle Faktoren der Studienberechtigten 2004 ..	30
Tab. c	Einflussstärken der erklärenden Variablen	32
Tab. 1.1	Art der ausgeübten Tätigkeit nach Geschlecht, Herkunft aus den alten bzw. neuen Ländern und nach dem Jahr des Erwerbs der Hochschulreife	68
Tab. 1.2a-d	Art der ausgeübten Tätigkeit nach Land und Jahr des Erwerbs der Hochschulreife	69
Tab. 1.3	Gründe für die verzögerte Aufnahme nachschulischer Qualifizierungen..	73
Tab. 2.1	Brutto-Studierquote nach Geschlecht, Herkunft aus den alten bzw. neuen Ländern und nach dem Jahr des Erwerbs der Hochschulreife.....	74
Tab. 2.2	Brutto-Studierquote nach Land und Jahr des Erwerbs der Hochschulreife..	75
Tab. 2.3	Bandbreite der Brutto-Studierquote nach Geschlecht und Herkunft aus den alten bzw. neuen Ländern	76
Tab. 2.4a-b	Bandbreite der Brutto-Studierquote nach Land des Erwerbs der Hochschulreife	77
Tab. 2.5	Brutto-Studierquote nach Art der besuchten Schule und Jahr des Erwerbs der Hochschulreife	79
Tab. 2.6	Brutto-Studierquote nach Art der Hochschulreife und Jahr des Erwerbs der Hochschulreife	79
Tab. 2.7	Bandbreite der Brutto-Studierquote nach Art der Hochschulreife und Art der besuchten Schule	80
Tab. 2.8	Brutto-Studierquote II nach Geschlecht, Herkunft aus den alten bzw. neuen Ländern und nach dem Jahr des Erwerbs der Hochschulreife	81
Tab. 3.1	Art des angestrebten Hochschulexamens nach Geschlecht, Herkunft aus den alten bzw. neuen Ländern und nach dem Jahr des Erwerbs der Hochschulreife	82
Tab. 3.2a-b	Art des angestrebten Hochschulexamens nach Land und Jahr des Erwerbs der Hochschulreife	83

TABELLENVERZEICHNIS

Seite

Tab. 4.1	Richtung des gewählten Studiums nach Geschlecht, Herkunft aus den alten bzw. neuen Ländern und nach dem Jahr des Erwerbs der Hochschulreife	85
Tab. 4.2a-d	Richtung des gewählten Studiums nach Land und Jahr des Erwerbs der Hochschulreife	86
Tab. 5.1	Studienverzichtsgründe nach Geschlecht, Herkunft aus den alten bzw. neuen Ländern und nach dem Jahr des Erwerbs der Hochschulreife	90
Tab. 5.2	Studienverzichtsgründe nach Art der besuchten Schule	91
Tab. 6.1	Brutto-Berufsausbildungsquote nach Geschlecht, Herkunft aus den alten bzw. neuen Ländern und nach dem Jahr des Erwerbs der Hochschulreife	92
Tab. 6.2	Brutto-Berufsausbildungsquote nach Land und Jahr des Erwerbs der Hochschulreife	93
Tab. 7.1	Art der gewählten Berufsausbildung nach Geschlecht, Herkunft aus den alten bzw. neuen Ländern und nach dem Jahr des Erwerbs der Hochschulreife	94
Tab. 7.2a-d	Art der gewählten Berufsausbildung nach Land und Jahr des Erwerbs der Hochschulreife	95
Tab. 8.1	Art der angestrebten beruflichen Qualifizierung nach Geschlecht, Herkunft aus den alten bzw. neuen Ländern und nach dem Jahr des Erwerbs der Hochschulreife	99
Tab. 8.2a-b	Art der angestrebten beruflichen Qualifizierung nach Land und Jahr des Erwerbs der Hochschulreife	100

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Seite

Abb. 1	Ausgewählte Tätigkeiten ein halbes Jahr nach Schulabgang	14
Abb. 2	Im ersten halben Jahr nach Schulabgang begonnene berufliche Qualifizierung nach Land des Erwerbs der Hochschulreife	17
Abb. 3	Brutto-Studierquote ein halbes Jahr nach Schulabgang.....	19
Abb. 4	Bandbreite der Brutto-Studierquote 2004 ein halbes Jahr nach Schulabgang	20
Abb. 5	Brutto-Studierquote ein halbes Jahr nach Schulabgang nach Geschlecht	21
Abb. 6	Brutto-Studierquote ein halbes Jahr nach Schulabgang nach alten und neuen Ländern	22
Abb. 7	Brutto-Studierquote der Studienberechtigten 2004 nach Land des Erwerbs der Hochschulreife: Abweichungen in Prozentpunkten vom Durchschnittswert (71 %)	23
Abb. 8	Brutto-Studierquote der Studienberechtigten nach Land des Erwerbs der Hochschulreife	24
Abb. 9	Angestrebtes Hochschulexamen ein halbes Jahr nach Schulabgang	33
Abb. 10	Richtung des aufgenommenen bzw. angestrebten Studiums ein halbes Jahr nach Schulabgang.....	37
Abb. 11	Richtung des aufgenommenen bzw. angestrebten Studiums ein halbes Jahr nach Schulabgang nach Geschlecht	38
Abb. 12	Studienverzichtsgründe ein halbes Jahr nach Erwerb der Hochschulreife	44
Abb. 13	Ausgewählte Studienverzichtsgründe	45
Abb. 14	Brutto-Berufsausbildungsquote ein halbes Jahr nach Schulabgang.....	51
Abb. 15	Brutto-Berufsausbildungsquote der Studienberechtigten 2004 nach Land des Erwerbs der Hochschulreife: Abweichungen in Prozentpunkten vom Durchschnittswert (24 %)	53
Abb. 16	Brutto-Berufsausbildungsquote der Studienberechtigten nach Land des Erwerbs der Hochschulreife.....	54
Abb. 17	Art der aufgenommenen bzw. angestrebten Berufsausbildung ein halbes Jahr nach Schulabgang.....	56
Abb. 18	Wege in den Beruf	61

Studienberechtigte 2004: Zentrale Ergebnisse und Trends

Studien- und Berufsausbildungswahl als Gegenstand der Untersuchung.

Im vorliegenden Bericht werden zentrale Befunde über die nachschulische Studien- und Berufsausbildungswahl der studienberechtigten Schulabgänger 2004 präsentiert. Befragt wurde eine auf Bundes- und Landesebene sowie nach Geschlechtszugehörigkeit und Art der Hochschulreife repräsentative Stichprobe von Personen, die im Schuljahr 2003/2004 an allgemeinbildenden oder beruflichen Schulen die Berechtigung zum Studium erworben haben. Die Befragung fand Ende 2004/Anfang 2005 statt, also etwa ein halbes Jahr nach Erwerb der Hochschulreife, und ist Bestandteil der seit Mitte der 70er Jahre laufenden HIS-Untersuchungsreihe über die nachschulischen Werdegänge von Studienberechtigten. Um Veränderungen und Trends seit Anfang der 90er Jahre aufzeigen zu können, werden die aktuellen Befunde entsprechenden Daten aus den Befragungen der Jahrgänge 1990, 1996, 1999 und 2002 gegenübergestellt.

Anhaltender Trend einer zügigeren Aufnahme von nachschulischen Berufsqualifizierungen.

Die beim Jahrgang 2002 erstmals wieder zu beobachtende häufiger unverzügliche Aufnahme einer nachschulischen Berufsqualifizierung hält an. Mehr als die Hälfte aller Studienberechtigten 2004 sind ein halbes Jahr nach Schulabgang bereits an einer Hochschule immatrikuliert oder stehen in einem beruflichen Ausbildungsverhältnis. Insbesondere ein Hochschulstudium wird gegenwärtig erheblich häufiger als in den zuvor untersuchten Jahrgängen zum frühestmöglichen Zeitpunkt aufgenommen. Dagegen hat sich bei den Berufsausbildungen ohne Studium der bis 2002 stark rückläufige Trend eines schnellen Übergangs beim Jahrgang 2004 lediglich nicht weiter fortgesetzt. Der anhaltend schnellere Beginn der nachschulischen Berufsqualifizierung ist allerdings auf die männlichen Studienberechtigten beschränkt. Hintergrund hierfür ist die anteilig erheblich gesunkene sofortige Ableistung von Wehr- und Zivildiensten. Bei weiblichen Studienberechtigten setzt sich

dagegen der auch bei ihnen für 2002 beobachtbare Anstieg eines zügigen Studienbeginns in 2004 nicht weiter fort; vielmehr verkleinert sich der Gesamtanteil von ihnen mit unverzüglichem Übergang in eine berufliche Qualifizierung bereits seit 1990 kontinuierlich. Dennoch ist die Quote des zügigen Qualifizierungsbeginns bei Frauen immer noch erheblich höher als bei Männern (67 % vs. 39 %). Bei beiden Geschlechtern haben seit Ende der 90er Jahre zudem die Anteile deutlich zugenommen, die ein halbes Jahr nach Schulabgang ein Praktikum absolvieren oder sich in einer Übergangstätigkeit, wie Jobben, Au-Pair, Auslandsaufenthalt etc., befinden. Neben Zulassungsbeschränkungen im gewünschten Studienfach liegen wichtige Gründe hierfür in einer häufigeren erfolglosen Bewerbung um eine Ausbildungsstelle.

Leichte Abnahme der Studierneigung im Vergleich zum Jahrgang 2002.

Die Studierbereitschaft wird indiziert durch die Brutto-Studierquote; diese ist definiert als Anteil der Studienberechtigten eines Jahrgangs, die ihre Studienoption zum Befragungszeitpunkt (hier etwa ein halbes Jahr nach Schulabgang) bereits eingelöst haben oder demnächst sicher einlösen werden. Für den Studienberechtigtenjahrgang 2004 beträgt die Studierquote 71 %. Damit ist nach dem kontinuierlichen Rückgang in den 1990er Jahre von 76 % auf 66 % und nach dem deutlichen Wiederanstieg auf 73 % beim Jahrgang 2002 die Studierfreudigkeit erneut leicht rückläufig. Nach den Ergebnissen der HIS-Befragung der *zukünftigen* Studienberechtigten 2005 ist kein Wiederanstieg der Studierfreudigkeit zu erwarten. Unter Einbeziehung derjenigen, die eine Studienaufnahme „wahrscheinlich“ (aber nicht sicher) bzw. „alternativ“ (zu anderen nachschulischen Tätigkeiten) planen, ergibt sich ein Korridor der Brutto-Studierquote für 2004 zwischen minimal 71 % und maximal 77 % - die gleiche Bandbreite wie für den Jahrgang 2002, damals aber auf einem etwas höheren Niveau (73 % bis 79 %). Die Abnahme der Studierneigung verläuft parallel zu einer gegenüber 2002 etwas skeptischeren Einschätzung der beruflichen Zukunftsaussichten von Absolventen eines Studiums - einem wichtigen Einflussfaktor auf die

Entscheidung für oder gegen ein Hochschulstudium. Mit dem Befund, dass Frauen im Gegensatz zu Männern die akademischen Berufsaussichten nicht nur generell kritischer beurteilen, sondern die Anteile mit optimistischen Einschätzungen bei ihnen, wiederum anders als bei Männern, im Jahrgangsvergleich auch noch rückläufig sind, korrespondiert die generell niedrigere und im Jahrgangsvergleich zudem rückläufige Studierquote von Frauen (von 71 % auf 67 %), während die der Männer auf hohem Niveau konstant bleibt (75 %). Die Studierquote ist zwar auch für den Jahrgang 2004 in den alten Ländern höher als in den neuen (72 % vs. 68 %), aber die Abstände werden im Jahrgangsvergleich kleiner; gemeinsam ist beiden Herkunftsregionen zudem der jüngste Rückgang der Studierbereitschaft. Erheblich sind die Unterschiede dagegen zwischen den einzelnen Bundesländern. An der Spitze der Rangskala der Studierfreudigkeit stehen Bremen (78 %) und Sachsen (77 %), am Ende Hamburg (62 %) und Thüringen (61 %). Gegen den allgemeinen Rückgang nimmt die Studierbereitschaft in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und insbesondere in Sachsen zu; drastisch überdurchschnittlich ist der Rückgang der Studierquote in Berlin, Hamburg und Thüringen. Begünstigend auf die Entscheidung für ein Hochschulstudium wirken in der bivariaten Analyse der Besuch einer allgemeinbildenden Schule bzw. der Erwerb der allgemeinen Hochschulreife (Abitur), die Herkunft aus einem akademischen sowie aus einem Elternhaus mit Migrationshintergrund. Hinsichtlich des zuletzt genannten Faktors ist zu berücksichtigen, dass es sich hier um eine auf den vorhergehenden Stufen des schulischen Bildungsweges bereits stark „vorausgewählte“ Gruppe handelt; die „Übriggebliebenen“ wollen ihre Studienoption überdurchschnittlich nutzen.

Schulart, Streben nach baldiger finanzieller Unabhängigkeit, Interesse an wissenschaftlicher Arbeit, Bildungsherkunft und Migrationshintergrund als wichtige Einflussfaktoren der Studienentscheidung.

Um näheren Aufschluss hinsichtlich des Zustandekommens der Entscheidung für bzw. gegen ein Studium zu bekommen, wurde mittels einer logistischen Regression analysiert, mit

welchen Effekten und mit welcher Einflussstärke die o.g. Faktoren Geschlecht, Herkunft etc. in die Entscheidung eingehen. Multivariate Auswertungen ermöglichen es, mehrere Variablen gleichzeitig in die Betrachtung einzubeziehen und so - im Gegensatz zu bivariaten Auswertungen - die jeweiligen „reinen“ Effekte der im Modell enthaltenen Faktoren zu ermitteln. Über die oben genannten hinaus wurden noch weitere Variablen berücksichtigt, die zu sog. individuellen und institutionellen Faktoren zusammengefasst wurden. Zu den individuellen Faktoren zählen: Geschlechtszugehörigkeit, Schulabschlussnote, Alter, Berufsausbildung vor/mit Erwerb der Hochschulreife, ausgewählte Berufsziele, ausgewählte Studien- und Ausbildungswahlmotive, familiäre Bildungsherkunft, familiärer Migrationshintergrund und Land des Erwerbs der Hochschulreife; als institutionelle Faktoren wurden in das Regressionsmodell einbezogen: jeweilige Art der besuchten allgemeinbildenden und beruflichen Schule und Einschätzung der Berufsaussichten für Hochschulabsolventen und für Absolventen einer beruflichen Ausbildung ohne Studium. Die Regression bestätigt nicht nur die obigen bivariaten Ergebnisse, sondern erbringt auch etwa hinsichtlich (sich verschlechternder) Durchschnittsnote und (steigendem) Alter der Studienberechtigten die erwartbaren hoch signifikanten Resultate in der zu erwartenden Richtung sinkender Studierwahrscheinlichkeiten. Begünstigend auf die Chancen einer Studienentscheidung wirken die Studienwahlmotive „eigene Vorstellungen verwirklichen“, „Erreichen eines hohen sozialen Status“ sowie „Interesse an wissenschaftlicher Arbeit“. Eher gegen ein Studium fällt die Entscheidung dagegen aus, wenn die Ausbildungswahl stark von dem Ziel motiviert ist, einen sicheren Arbeitsplatz zu bekommen, und besonders dann, wenn eine baldige finanzielle Unabhängigkeit erreicht werden soll. Wie zu erwarten kommt hinzu: Je günstiger die Berufsaussichten von Hochschulabsolventen und damit die Erträge eines Studiums eingeschätzt werden, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit einer Studienaufnahme. Umgekehrt sinkt die Studierwahrscheinlichkeit mit positiv ausfallender Einschätzung der Berufsaussichten von Absolventen eine nichtakademischen Berufsqualifizierung. Der Vergleich der

Faktoren hinsichtlich ihrer jeweiligen Einflussstärken zeigt, dass der Art der besuchten Schule, der „baldigen finanziellen Unabhängigkeit“, dem „Interesse an wissenschaftlicher Arbeit“, der Bildungsherkunft und dem Migrationshintergrund der Studienberechtigten besonders große Bedeutung bei der Studienentscheidung zukommt.

Diplom auf dem Rückzug - Bachelor im Aufwind.

Von allen studienberechtigten Schulabgängern 2004 streben ein Fünftel ein Universitäts-Diplom und ein weiteres knappes Fünftel ein Fachhochschul-Diplom an. Damit ist das Diplom zwar nach wie vor der bei weitem häufigste hochschulische (aber auch insgesamt der am meisten gewählte berufsqualifizierende) Abschluss. Im Jahrgangvergleich lässt sich jedoch für 2004 erstmals seit Mitte der 90er Jahre eine nachlassende Wahl dieses traditionellen Abschlusses beobachten. Insbesondere das Fachhochschul-Diplom wird seltener als zuvor angestrebt - Resultat der insgesamt geringeren Entscheidung für Fachhochschulstudiengänge sowie der verstärkten administrativen Umstellung auf Bachelor-Abschlüsse. Mit 8 % unverändert häufig gegenüber 2002 wird ein Staatsexamen angestrebt; das Gleiche gilt für die Lehramtsprüfungen mit 9 %, darunter ist 1 % mit einem Abschluss Bachelor. 4 % aller Studienberechtigten haben sich für den Magister-Abschluss entschieden. Dagegen strebt fast jeder zehnte Studienberechtigte 2004 einen Bachelor-Abschluss an (2002: 4 %), darunter 4 % an einer Fachhochschule und 5 % an einer Universität. Bei sinkender Studierquote beschleunigt sich damit die erwartete sukzessive Umschichtung zugunsten der neuen Abschlüsse auch auf Seiten der Studienberechtigten. Allerdings ist, wie auch beim Jahrgang 2002, noch mehr als einem Viertel der Studienberechtigten der Bachelor-Abschluss unbekannt. Männer entscheiden sich deutlich häufiger für Diplom-Abschlüsse sowohl an Universitäten als auch an Fachhochschulen; der generelle Rückgang des Diploms findet sich aber bei beiden Geschlechtern. Frauen streben dagegen häufiger als Männer Lehramtsprüfungen, eines der übrigen Staatsexamina oder einen Magister an. Diese Unterschiede hängen eng mit der geschlechts-

spezifisch unterschiedlichen Wahl der Studienrichtungen mit ihren jeweiligen typischen Abschlussarten zusammen. Nach zuvor faktisch gleichen Wahlhäufigkeiten entscheiden sich beim Jahrgang 2004 erstmals Männer deutlich öfter für einen mit einem Bachelor abschließenden Studiengang (11 % vs. 8 %). Allerdings verringert sich dieser Unterschied auf nur noch 1 Prozentpunkt, wenn die Bachelor-Lehramtsstudiengänge hinzugenommen werden. Im West-Ost-Vergleich sind - trotz sich angleichender Studierquoten - in der Abschlusswahl teilweise deutliche Unterschiede und Entwicklungstrends zu erkennen. Studienberechtigte aus den alten Ländern entscheiden sich häufiger als die aus den neuen für ein Fachhochschul-Diplom und eine Lehramtsprüfung; bei den ostdeutschen Studienberechtigten genießt dagegen das Universitäts-Diplom nicht nur eine größere sondern gegen den Bundestrend auch wachsende Präferenz. Dagegen verliert der Magister bei ihnen deutlicher als im Westen an Attraktivität. Ein Bachelor-Studiengang wird dagegen in beiden Herkunftsregionen faktisch gleich häufig gewählt. Bedingt auch durch die unterschiedlichen Studierquoten, zeigen sich in den einzelnen Bundesländern teilweise erhebliche Abweichungen von den Bundeswerten. Gemeinsam ist allen Ländern aber eine vermehrte Wahl von Bachelor-Studiengängen

Wirtschaftswissenschaften sind nach wie vor die beliebteste Studienrichtung mit gut einem Zehntel aller Studienberechtigten 2004; danach folgen die Lehramtsstudiengänge (9 %) und Maschinenbau (7 %).

In der mittelfristigen Perspektive seit 1990 ergeben sich folgende Entwicklungen der fachlichen Präferenzen: Nach kontinuierlichem Rückgang hat sich die 2002 bei den Lehramtsstudiengängen eingetretene Trendwende 2004 auf dem erreichten Anteilswert von knapp einem Zehntel stabilisiert; die Mitte der 90er Jahre einsetzende rückläufige Wahl von Architektur/Bauwesen ist auf dem erreichten niedrigen Niveau vorerst gestoppt; während die Wahl von Elektrotechnik auf dem 2002 erreichten Tiefstwert verharrt, hat sich die 2002 wieder etwas größere Präferenz für Maschinenbau stabilisiert, eine durchgreifende Trendwende ist aber trotz anhaltend positiver Arbeitsmarktsignale

für beide ingenieurwissenschaftlichen Kerndisziplinen immer noch nicht zu erkennen; die in der zweiten Hälfte der 90er Jahre parallel zum Boom in der IT-Branche deutliche gestiegene, danach aber wieder gesunkene Attraktivität von Mathematik/Informatik ist nicht weiter rückläufig, sondern hat sich 2004 auf diesem im Jahrgangvergleich immer noch vergleichsweise hohen Wert stabilisiert; die Kultur- und Sprachwissenschaften wie auch Sozialwissenschaften/Sozialwesen sind bis 2002 durch trendmäßig wachsende Wahlanteile, seither durch einen geringfügigen Rückgang gekennzeichnet; die Wirtschaftswissenschaften werden seit Mitte der 90er Jahre von konstant einem Zehntel aller Studienberechtigten gewählt. Auch für 2004 weist die Fachrichtungsstruktur der Studienberechtigten die seit langem bekannten geschlechtstypischen Unterschiede auf: Frauen wählen signifikant häufiger Lehramtsstudiengänge, Sozialwissenschaften/Sozialwesen, Kultur- und Sprachwissenschaften, Kunst- und Gestaltungswissenschaften sowie Medizin, während der fachliche Schwerpunkt der Männer auf den ingenieur- und naturwissenschaftlichen Studienrichtungen Elektrotechnik, Maschinenbau und Mathematik/Informatik liegt; deutlich häufiger als Frauen entscheiden sie sich auch für Wirtschaftswissenschaften. Bereits am Beginn des gemeinsamen Untersuchungszeitraums, beim Jahrgang 1990, weisen die Fächerpräferenzen der Studienberechtigten aus den alten und den neuen Ländern mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede auf. Eine weitgehend gleiche Struktur der Fächerpräferenzen gilt auch für den Jahrgang 2004. Eine Ausnahme bilden nur Wirtschaftswissenschaften und die Lehramtsstudiengänge, die seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre von den Studienberechtigten aus den alten fast durchgängig häufiger gewählt werden als von denen aus den neuen Ländern. In Relation zu den Bundeswerten lassen sich in den einzelnen Ländern deutlich unterschiedliche Schwerpunkte in den Fächerpräferenzen der Studienberechtigten erkennen.

Hauptgründe für einen Studienverzicht: baldiger eigener Verdienst und großes Interesse an praktischer Tätigkeit.

Als Gründe für die Nicht-Realisierung der erworbenen Studienoption (Mehrfachnennung

möglich), verweisen nur vergleichsweise wenige Studienberechtigte auf Bedingungen, die sie an der Aufnahme eines Studiums hindern, als vielmehr auf Motive, die für eine nicht-akademische Ausbildung oder für eine Berufstätigkeit (ohne vorhergehendes Studium) sprechen. Der mit nahezu zwei Dritteln (bezogen auf die Gruppe der Studienberechtigten mit Studienverzicht) mit Abstand am häufigsten genannte Grund ist das Streben, „möglichst bald selbst Geld zu verdienen“. Mit gut der Hälfte folgt die Begründung, dass „eine praktische Tätigkeit mehr interessiert als ein theoretisches Studium“; knapp ein Drittel hatte bereits „ein festes Berufsziel vor Augen, das ein derartiges Studium nicht voraussetzt“. Bei den „Hinderungsgründen“ für eine Studienaufnahme wird mit Abstand am häufigsten darauf verwiesen, dass „ein derartiges Studium zu lange dauert“ (35 %); es folgen auf die Finanzierung eines Studiums bezogene Aspekte: Einführung von Studiengebühren (23 %), fehlende finanzielle Voraussetzungen (22 %), und keine Bereitschaft, BAföG Schulden zu machen (14 %). Direkt auf ein mögliches Studium bzw. seine Zugänglichkeit bezogene Hinderungsgründe spielen eine nur marginale Rolle. Etwa ein Fünftel (19 %) spricht sich selber eine ausreichende Qualifizierung für ein Studium ab („eigne mich nicht für ein solches Studium“) und 17 % unter den Studienberechtigten mit Studienverzicht geben an, nie die Absicht gehabt zu haben zu studieren. Der Befund, dass Studienverzicht häufiger begründet wird durch Motive, die mit einer „positiven“ Orientierung auf nicht-akademische Werdegänge verknüpft werden, gilt für die weiblichen Studienberechtigten 2004 stärker als für Männer. Von Frauen werden zudem häufiger als von Männern die nur unzureichenden eigenen Möglichkeiten der Studienfinanzierung und die Überforderung durch Studiengebühren als Gründe für den Verzicht auf ein Hochschulstudium vorgebracht. Zudem lassen sich studienberechtigte Frauen häufiger als Männer sowohl durch schlechte Berufsaussichten in der interessierenden Studienrichtung als auch durch Zulassungsbeschränkungen im Wunschfach gänzlich vom Studium abbringen. Studienberechtigte aus beruflichen Schulen geben häufiger als ihre Jahrgangskollegen aus allgemeinbildenden Schulen u.a. an, nie eine Studienabsicht gehabt zu haben, Zweifel an der eigenen Studieneignung zu ha-

ben, ein festes Berufsziel ohne vorausgesetztes Studium zu haben, nur unzureichend finanzielle Voraussetzungen zu haben, keine BAföG-Schulden machen zu wollen, kein zusagendes Studienangebot in der Nähe zu haben und aus familiären Gründen an einem Studium gehindert zu sein. Westdeutsche Studienberechtigte geben häufiger als die ostdeutschen an, nie die Absicht gehabt zu studieren, Zweifel an der Eignung für ein Hochschulstudium zu haben und ein festes Berufsziel ohne vorausgesetztes Studium zu haben. Umgekehrt sehen sich die Studienberechtigten aus den neuen Ländern immer noch häufiger als die aus den alten Ländern durch restriktive finanzielle Bedingungen an einem Studium gehindert.

Knapp ein Viertel der Studienberechtigten absolviert eine Berufsausbildung.

Damit erreicht die Brutto-Berufsausbildungsquote für 2004, also der Anteil an allen Studienberechtigten des Jahrgangs, die *nach* Erwerb der Hochschulreife eine berufliche Ausbildung in Betrieben, Behörden, Berufsfachschulen oder Berufsakademien bereits aufgenommen haben oder dies für die Folgezeit beabsichtigen, den gleichen Wert wie beim Jahrgang 2002 und liegt damit weiterhin erheblich unter dem zuvor weitgehend konstanten Anteilswert von etwa einem Drittel. Zwischen 1990 und 1999 vollzog sich aber eine Strukturverschiebung der beiden in der Berufsausbildungsquote zusammengefassten Wege beruflicher Qualifizierung: Während der Anteil der Studienberechtigten, die im Anschluss an ihre Berufsausbildung noch die Aufnahme eines Hochschulstudiums planen, kontinuierlich von 12 % auf 6 % zurückging, stieg der Anteil derjenigen, die sich ausschließlich für eine Berufsausbildung als nachschulische Qualifizierung entschieden haben, von etwa einem Fünftel auf gut ein Viertel an. Während diese gegenläufigen Entwicklungstrends sich bis 1999 zu einer stabilen Berufsausbildungsquote saldierten, gingen beim Jahrgang 2002 die Anteile beider Gruppen deutlich zurück, so dass sich die Brutto-Berufsausbildungsquote von einem Drittel auf nur noch ein Viertel reduzierte. Beim Jahrgang 2004 setzt dann die gegenläufige Entwicklung - deutlich abgeschwächt - wieder ein: Rückgang der „Doppelqualifizierer“ (von 4 % auf 3 %) und Anstieg derjenigen, die nur einen nicht-

akademischen Abschluss anstreben (von 20 % auf 22 %). Frauen entscheiden sich im gesamten Untersuchungszeitraum erheblich häufiger als Männer für eine nachschulische Berufsausbildung. Das sukzessive Abschmelzen der Doppelqualifizierer auf eine Restgröße von 2 % bzw. 3 % verläuft bei Männern und Frauen parallel. Studienberechtigte aus den neuen Ländern entscheiden sich (mit Ausnahme des Jahrgangs 1990) durchgängig deutlich häufiger als die aus den alten Ländern für eine Berufsausbildung. Im Jahrgangsvergleich zeigen sich in beiden Herkunftsregionen ähnliche Entwicklungen, wenn auch auf unterschiedlichem Niveau: Zwischen 1994 und 1999 weitgehende Stabilität der Berufsausbildungsquote, deutliches Absinken beim Jahrgang 2002 und anschließende Stabilisierung auf diesem niedrigen Wert. Die landesspezifischen Berufsausbildungsquoten der Studienberechtigten 2004 liegen zwischen einem Maximalwert von 36 % (Thüringen) und einem Minimalwert von 13 % (Bremen).

Betriebliche Ausbildungen bleiben vor den schulisch-studienähnlichen die häufigste Berufsausbildung.

Von allen Studienberechtigten 2004 streben, wie schon beim Jahrgang 2002, 13 % den Abschluss einer betrieblichen Ausbildung im dualen System an. Nach wie vor stellen damit Lehrausbildungen den überwiegenden Anteil unter den von Studienberechtigten gewählten Berufsausbildungsarten. Allerdings lag ihr Anteil bis 1999 durchgängig bei etwa einem Fünftel der Studienberechtigten. Der Anteil der Studienberechtigten mit Beamtenausbildung liegt gegenwärtig bei nur noch 2 %; damit setzt sich der trendmäßige Rückgang dieser Ausbildungsart weiter fort (1990: 5 %). Faktisch unverändert seit Ende der 90er Jahre sind dagegen die Anteile für die Ausbildung an einer Berufsakademie (3 %). Da der Zugang zu diesen beiden Ausbildungen der behördlichen bzw. unternehmerischen Personal- und Bedarfsplanung unterliegt, dürfte damit kaum die tatsächliche Attraktivität dieser bei Studienberechtigten begehrten Qualifizierungswege zum Ausdruck kommen. Insgesamt 6 % der Studienberechtigten 2004 haben sich für eine Ausbildung an Berufsfachschulen oder Schulen des Gesundheitswesens

entschieden - geringfügig mehr als beim Jahrgang 2002 (5 %), aber immer noch weniger als beim Jahrgang 1996 (8 %). Die bei weiblichen gegenüber männlichen Studienberechtigten höhere Berufsausbildungsquote resultiert hauptsächlich aus der deutlich höheren Wahlhäufigkeit von Ausbildungen an Berufsfachschulen (10 % vs. 2 %), aber auch von betrieblichen Ausbildungen (15 % vs. 11 %). Bei beiden Geschlechtern kommt der drastische Rückgang der Berufsausbildungsquoten zwischen 1999 und 2002 überwiegend durch die geringeren Anteile für betriebliche Ausbildungen zustande. Während jedoch bei den Männern die betrieblichen Ausbildungen bei ansonsten konstanten Anteilen zuletzt wieder etwas zulegen konnten (von 9 % auf 11 %), setzt sich der Abwärtstrend bei den Frauen abgeschwächt fort und erreicht 2004 seinen bislang niedrigsten Wert (15 %). Dagegen steigt bei ihnen der Anteil für die Berufsakademien auf den bislang höchsten Wert (3 %) und der für die Berufsfachschulen nach vorherigem Rückgang wieder auf ein Zehntel an. Wegen der gegenläufigen Entwicklungen entfallen bei Frauen, anders als bei Männern, jetzt gleich hohe Wahlhäufigkeiten auf die betrieblichen und schulisch-studienähnlichen Ausbildungen. Beim Vergleich zwischen den Studienberechtigten 2004 nach ihrer Herkunftsregion zeigt sich, dass die höhere Berufsausbildungsquote der Studienberechtigten aus den neuen Ländern überwiegend aus den höheren Anteilen von Beamtenausbildungen und Berufsfachschulen resultiert. Die anderen Ausbildungsarten werden von ihnen nur geringfügig häufiger gewählt. Der Besuch von Berufsakademien liegt im Westen bei konstant 3 %, im Osten, nach stetigem Wachstum von 1 % (1990) auf 5 % (2002), jetzt bei 4 %. Eine Ausbildung an Berufsakademien wählen die Studienberechtigten 2004 aus Baden-Württemberg (9 %), Sachsen (6 %), Sachsen-Anhalt und Thüringen (jeweils 5 %) mit Abstand am häufigsten. Während diese Ausbildungsart in Baden-Württemberg schon seit längerem besteht, resultieren die schnell gestiegenen Anteile in Sachsen und Thüringen aus dem Aufbau von Berufsakademien in diesen Ländern und aus der großen Resonanz, auf die diese Ausbildung bei den Studienberechtigten aus diesen Ländern trifft.

Wege in den Beruf: entweder Studium oder Berufsausbildung - Doppelqualifizierung verliert weiter an Bedeutung.

Von allen Studienberechtigten 2004 will ein halbes Jahr nach Erwerb der Hochschulreife nur ein kleiner Teil von knapp einem Zehntel (vorerst) keine berufliche Qualifizierung beginnen; darunter sind jedoch 5 %, die bereits über eine Berufsausbildung verfügen. Unter der großen Mehrheit von 93 % hat sich der ganz überwiegende Teil entweder für ein ausschließliches Studium (68 %) oder für eine ausschließliche Berufsausbildung (22 %) als Weg der Qualifizierung für den Beruf entschieden; auf die Gruppe, die nachschulische Ausbildung und Studium zu einer doppelten Qualifizierung verbinden, entfällt nur ein Anteil von 3 %. Damit erreicht die seit Anfang der 90er Jahre beobachtbare Polarisierung der grundlegenden Qualifizierungsentscheidungen - entweder Studium oder Berufsausbildung - ihren bisherigen Höhepunkt, denn bei nahezu unveränderten Gesamtanteilen der Studienberechtigten, die sich für eine nachschulische Qualifizierung entschieden haben, geht der besonders zeitaufwendige Weg in den Beruf über die Doppelqualifizierung von 12 % beim Jahrgang 1990 auf die Restgröße von nur noch 3 % zurück. Diese Entwicklung ist in allen untersuchten Teilpopulationen zu beobachten (Männer/Frauen, alte Länder/neue Länder, einzelne Bundesländer). Zugleich findet zwischen Mitte der 90er Jahre und 2002 eine Verschiebung zugunsten des sog. akademischen Königsweges in den Beruf „Hochschulreife - Studium - Beruf“ statt. Sein Anteil steigt von 46 % auf 56 % beim Jahrgang 2002 und stabilisiert sich für 2004 bei diesem Wert. Eine gegenläufige Entwicklung ist für den Weg „ausschließlich nicht-akademische Berufsausbildung“ zu beobachten. Mit 22 % liegt diese Gruppe von Studienberechtigten wieder auf dem Niveau der ersten Hälfte der 90er Jahre. Auch diese beiden Entwicklungen sind sowohl bei Frauen und Männern als auch in den alten und neuen Ländern zu beobachten. Eine besondere Bedeutung kommt den Studienberechtigten zu, die bereits über eine Berufsausbildung verfügen, handelt es sich bei ihnen doch ganz überwiegend um das klassische Rekrutierungspotenzial der Fachhochschulen. Zwischen 12 % und 19 % aller, aber zwischen 15 % und 26 %

aller männlichen Studienberechtigten gehören zu dieser Gruppe. Zwar entscheiden sich zu allen Befragungszeitpunkten die meisten unter ihnen für ein Studium, verfolgen also einen gezielt aufstiegsorientierten Weg. Aber dieser Anteil unterliegt starken Schwankungen; gegenwärtig beträgt er 12 % (Männer: 15 %). Zugleich steigt seit Ende der 90er Jahre sukzessive auch der Anteil unter ihnen, der keine nachschulische Qualifizierung plant und zumeist im erlernten Beruf (wieder) erwerbstätig wird, von 3 % auf 5 % (Männer: von 3 % auf 6 %). Kaum geschlechtsspezifische Differenzen bestehen hinsichtlich der Aufnahme eines ausschließlichen Studiums und der Entscheidung für eine Doppelqualifizierung. Festzuhalten ist jedoch, dass Frauen generell überdurchschnittlich auf ein Studium verzichten und stattdessen eine ausschließliche Berufsausbildung absolvieren (gegenwärtig: 27 % vs. 16 %). Im Ost-West-Vergleich bestehen wesentliche Unterschiede hauptsächlich und nach wie vor bezüglich der Studienberechtigten, die auf ihre Studienoption verzichten und sich für eine ausschließliche nachschulische Berufsausbildung entschieden haben. Diese Gruppe ist in den neuen Ländern seit Mitte der 90er Jahre erheblich größer als in den alten Ländern. Zudem entfallen auf die berufserfahrenen Studienberechtigten in den alten Ländern seit Ende der 90er Jahre deutlich höhere Anteile als in den neuen Ländern. Die Spannweite der länderspezifischen Abweichungen von den Durchschnittswerten der einzelnen Qualifizierungstypen ist zum Teil beträchtlich. So nehmen die Studienberechtigten 2004 aus Bayern und aus Sachsen mit 67 % bzw. 62 % weit überdurchschnittlich den Weg in den Beruf über ein ausschließliches Studium. Deutlich unterdurchschnittlich ist diese Gruppe dagegen in Thüringen (46 %) und in Hamburg und Baden-Württemberg (jeweils 50 %). Vor allem Studienberechtigte aus den neuen Ländern Thüringen (34 %), Brandenburg (29 %), Mecklenburg-Vorpommern und Berlin (jeweils 27 %) verzichten auf ihre Studienoption und wollen nur eine nachschulische Berufsausbildung durchlaufen; in Bremen und Schleswig-Holstein trifft dies lediglich auf 11 % bzw. 16 % der Studienberechtigten zu. Auffallend hoch sind die Anteile derjenigen, die keine konkreten Angaben

zum weiteren Werdegang machen und auch keine vorschulische Ausbildung absolviert haben, in den drei Stadtstaaten Berlin (7 %), Hamburg und Bremen (jeweils 6 %).

Einleitung

Anlass und Ziel der Untersuchung

Die Ausbildungswahlentscheidungen der studienberechtigten Schulabgänger der 90er Jahre waren zunächst durch einen deutlichen Rückgang der **Studierquote** gekennzeichnet gewesen. Erst die zuletzt befragten Studienberechtigten des Jahrgangs 2002 hatten sich ein halbes Jahr nach Schulabgang wieder deutlich häufiger für ein Studium an Universitäten und Fachhochschulen entschieden (73 %)¹. Welche nachschulischen Qualifizierungspläne verfolgen die Studienberechtigten 2004? Hält die wieder gewachsene Studierbereitschaft weiter an? Für ein hohes oder sogar stärkeres Ausschöpfen des Studierpotentials 2004 würden u.a. die mittelfristig guten Perspektiven auf dem akademischen Arbeitsmarkt sprechen. Die bestehende oder prognostizierte Knappheit von entsprechendem Fachpersonal auf einzelnen Teilarbeitsmärkten ist in den letzten Jahren mit hoher öffentlicher und medialer Aufmerksamkeit thematisiert worden. Hinzu kommen die häufigen Appelle und Ermunterungen aus der Politik, von Verbänden und Unternehmen, zur Aufnahme eines Studiums. Aber auch der anhaltende Wandel zugunsten hochqualifizierter Tätigkeiten und die damit auch langfristig günstigen Aussichten auf den akademischen Arbeitsmärkten insgesamt könnten sich förderlich auf die Studierneigung ausgewirkt haben. Mit der Einführung von Studiengebühren in Deutschland und deren bereits für die nahe Zukunft angekündigten Erhebung in einigen Bundesländern sowie den an Hochschulen zunehmenden Zugangsbeschränkungen gibt es jedoch auch Entwicklungen, die sich eventuell negativ auf die Studierbereitschaft auswirken können. Der Frage nach Gründen für einen Studienverzicht und deren Bedeutungswandel im Zeitverlauf wird daher vertiefend nachgegangen.

Neben der Frage nach einem generellen Anstieg der Studierquote ist die **Fachwahl** von besonderem Interesse. Gibt es z. B. nach der in den

90er Jahren beobachtbaren rückläufigen Wahl der ingenieurwissenschaftlichen Kerndisziplinen Elektrotechnik und Maschinenbau Hinweise auf ein wieder vermehrtes Interesse an diesen Studienrichtungen? Denn insbesondere in diesen Fachrichtungen bzw. Berufsbereichen ist ein akademischer Arbeitskräftemangel zu erwarten bzw. teilweise sogar bereits eingetreten. Zudem richtet sich das Augenmerk auf die Lehramtsstudiengänge, die erst 2002 ihre Attraktivität vom Beginn der 90er Jahre zurückerlangen konnten. Bleibt der Wunsch nach dem Lehrerberuf beim Jahrgang 2004 so groß oder wächst er sogar noch?

Mit Blick auf den Bologna-Prozess kommt auch der Art der **angestrebten Hochschulprüfungen** hohe Bedeutung zu. Entsprechend dem Vorhaben, bis zum Jahr 2010 auf Bachelor- und Masterstudiengänge umzustellen, ist das Angebot an diesen Studiengängen in den letzten Jahren stark angewachsen. In deutlichem Kontrast hierzu stand bislang die Nachfrage durch die Studienberechtigten. Es stellt sich daher die Frage, inwieweit das Wahlverhalten der Studienberechtigten 2004 bereits mit dem politischen Ziel des Bachelor als Regelabschluss korrespondiert.

Die aktuelle Diskussion um das Berufseinstiegsalter von Hochschulabsolventen, das in Deutschland vergleichsweise hoch ist, lenkt das Interesse auf den **Übergang zwischen Schule und Studium**. Einige Voraussetzungen wurden geschaffen, um den Start ins Studium und damit ins Berufsleben zu beschleunigen (z. B. Senkung des Einschulungsalters, Verkürzung der Schulzeit, Verkürzung der Wehr- und Zivildienstdauer). Nutzen die Studienberechtigten die Möglichkeit eines sofortigen Ausbildungsbeginns nach Erwerb der Hochschulreife? Was sind eventuelle Verzögerungsgründe? Welchen Tätigkeiten wird nachgegangen, wenn die Qualifizierung zunächst verschoben wird?

Im vorliegenden Bericht werden **zentrale Daten** über die nachschulische Studien- und Berufsausbildungswahl der **studienberechtigten Schulabgänger 2004** präsentiert. Die Befragung der Studienberechtigten 2004 ist Bestandteil der Untersuchungsreihe über die

¹ Beim Studienberechtigtenjahrgang 1999 zeigt sich zwischen der 1. Befragung ein halbes Jahr nach Schulabgang (Dezember 1999) und der 2. Befragung dreieinhalb Jahre nach Schulabgang (Dezember 2002) ein deutlicher, quasi nachholender Anstieg der Studierquote von 66 % auf 74 %.

nachschulischen Werdegänge von Hochschulzugangsberechtigten, die HIS seit 1976 für ausgewählte Schulentlassjahrgänge durchführt. Die Untersuchungen sind in der Regel als Längsschnitt- bzw. Panel-Befragungen angelegt, so dass die Angaben der einzelnen Befragten direkt miteinander verknüpft und die individuellen Studien-, Berufsausbildungs- und Berufsverläufe ermittelt und analysiert werden können. Aufgrund einer Neukonzipierung der Studienberechtigtenbefragungen – ab dem Schulentlassjahrgang 2004/05 findet die erste Befragung etwa ein halbes Jahr *vor* Erwerb der Hochschulreife statt – ist die Untersuchung der studienberechtigten Schulabgänger 2003/04 als einmalige Befragung angelegt. Der Jahrgang 2003/04 wird letztmalig nach dem bisherigen Erhebungskonzept, d. h. ein halbes Jahr *nach* Erwerb der Hochschulreife, erstmals schriftlich befragt. Die einzelnen Befragungstermine und die jeweils gestellten Fragen sind so aufeinander abgestimmt, dass die von den einbezogenen Jahrgängen jeweils erhobenen Daten zu jeder Befragungswelle miteinander vergleichbar sind.

Im vorliegenden Bericht wird ein Überblick gegeben über die jeweils im Dezember des Jahres des Schulabgangs ausgeübten Tätigkeiten, den Umfang des bereits erfolgten oder noch geplanten Übergangs in die Hochschule („Brutto-Studierquote“), die angestrebten Hochschulexamina, die gewählten Studienrichtungen, die Gründe für einen Studienverzicht, die Quote der erfolgten oder geplanten Aufnahme einer beruflichen Ausbildung („Brutto-Berufsausbildungsquote“), die Art dieser Ausbildung und die von den Studienberechtigten angestrebten Arten der nachschulischen Qualifizierung für den Beruf (Studium und/oder Berufsausbildung).

Neben der Ingesamt-Betrachtung werden die Ergebnisse differenziert nach der Geschlechtszugehörigkeit, nach Herkunft aus den alten bzw. neuen Ländern sowie nach den einzelnen Bundesländern, in denen die Hochschulreife erworben wurde. Um Veränderungen und Trends im nachschulischen Ausbildungswahlverhalten seit Anfang der 90er Jahre aufzuzeigen, werden die Daten der Studienberechtigten 2004 entsprechenden Daten der zuvor befrag-

ten Jahrgänge 1990, 1996, 1999 und 2002 gegenübergestellt sowie bei einzelnen Fragestellungen auch den Daten des Jahrgangs 1994.

Methodische Hinweise

In der aktuellen Untersuchung wurde eine auf Bundes- und Landesebene sowie nach Geschlecht und Art der Hochschulreife repräsentative Stichprobe von Personen befragt, die im Schulentlassjahr 2003/04 an allgemeinbildenden oder beruflichen Schulen die allgemeine Hochschulreife, die fachgebundene Hochschulreife, die Fachhochschulreife, die fachgebundene Fachhochschulreife oder den schulischen Teil der Fachhochschulreife erworben haben. Mit Hilfe einer auf dem Zufallsprinzip basierenden disproportionalen, geschichteten Klumpenstichprobe wurden ca. 550 deutsche Schulen ausgewählt. Die Befragung fand Ende 2004/ Anfang 2005 statt – also etwa ein halbes Jahr nach Schulabgang. Etwa drei Wochen nach Zusendung des 12-seitigen Fragebogens wurde den Studienberechtigten ein Erinnerungsschreiben zugeschickt. Der absolute Rücklauf liegt bei ca. 7.800 verwendbar bearbeiteten Fragebogen. Durch komplexe Gewichtungungsverfahren wurde die im Stichprobenplan festgelegte disproportionale Schulverteilung ausgeglichen. Die Repräsentativität der Untersuchung wurde für die o.g. Merkmale überprüft und ist gesichert.

Die ausgewiesenen Daten beziehen sich in allen Kapiteln jeweils auf alle Studienberechtigten eines Jahrgangs. Nur wenn die Angaben zum angestrebten Hochschulabschluss, zur Studienrichtungswahl und zur Art der Berufsausbildung auf alle Studienberechtigten eines Jahrgangs bezogen werden, können sich verändernde Präferenzen im nachschulischen Ausbildungswahlverhalten adäquat ermittelt werden. Eine Ausnahme hiervon bilden die Gründe für einen Studienverzicht und für eine verzögerte Aufnahme einer nachschulischen Qualifizierung, die jeweils bezogen auf die Gruppe der Studienberechtigten ohne Studienabsicht bzw. mit verzögerter Qualifizierungsaufnahme ausgewiesen werden.

Erstmals bei der Untersuchung der Studienberechtigten 1999 wurden auch die Schulabgän-

ger befragt, die mit Abgang von der Schule zunächst nur den schulischen Teil der Fachhochschulreife bescheinigt bekommen. Bei dieser Befragung stellte diese Gruppe einen Anteil von 2 %; beim Jahrgang 2004 sind es bereits 4 % aller Studienberechtigten. Zur Erlangung der Berechtigung zum Studium an einer Fachhochschule müssen diese Personen noch ein gelenktes Praktikum mit einer bestimmten Minstdauer oder eine berufliche Ausbildung erfolgreich absolvieren. Damit gehören diese Schulabgänger nicht zur Gesamtpopulation „Studienberechtigtenjahrgang 2004“, sondern je nach Datum der Absolvierung der noch zu erbringenden Leistungen zum Jahrgang 2005 oder 2006 – falls die genannten Bedingungen erfüllt werden. Diese Personengruppe wurde daher aus den Auswertungen für diesen Bericht ausgeschlossen².

Bei der Interpretation der in Kapitel 6 („Berufsausbildungswahl“) und Kapitel 8 („Wege in den Beruf“) dokumentierten Daten ist zu berücksichtigen, dass das Erhebungsinstrumentarium ab der Befragung der Studienberechtigten 1994 gegenüber früheren ersten Befragungen verfeinert worden ist. Seit diesem Jahrgang wurden die Studienberechtigten nicht nur danach gefragt, ob bereits (zum Befragungszeitpunkt) eine Berufsausbildung aufgenommen worden ist, sondern auch danach, ob zukünftig noch die Aufnahme einer solchen Ausbildung geplant ist. Um mit den Daten der Jahrgänge 1996, 1999, 2002 und 2004 vergleichbare Informationen zur Verfügung stellen zu können, wurde bei den Studienberechtigten 1990 auf die Ergebnisse der zweiten Befragung zurückgegriffen und die Gruppe „Berufsausbildung noch geplant“ simuliert durch die Gruppe „Berufsausbildung bis zur zweiten Befragung 3 ½ Jahre nach Schulabgang tatsächlich aufgenommen“.

² Der weitaus größte Anteil der Schulabgänger 2004 mit schulischem Teil der Fachhochschulreife hat eine zweijährige höhere Berufsfachschule abgeschlossen (96 %), weitere 3 % besuchten eine allgemeinbildende Schule und 1 % ein Fachgymnasium. Insbesondere in Nordrhein-Westfalen ist diese Form des Erwerbs der Hochschulreife anzutreffen. 84 % der befragten Schulabgänger mit schulischem Teil der Fachhochschulreife kommen aus diesem Bundesland, 4 % aus Rheinland-Pfalz, jeweils 3 % aus Schleswig-Holstein und dem Saarland, 2 % aus Thüringen sowie 4 % aus den übrigen 11 Bundesländern.

Bei den Veränderungen im Ausbildungswahlverhalten der Studienberechtigten aus den neuen Ländern ist zu berücksichtigen, dass es sich beim Jahrgang 1990 um den „Wendejahrgang“ handelt, der seine gesamte Schulausbildung einschließlich des Erwerbs der Hochschulreife noch zu DDR-Bedingungen absolviert und der seine Zukunftspläne noch vor der Wende gemacht hat. Die Realisierung bzw. Revision dieser Pläne erfolgte aber bereits unter den neuen Gegebenheiten, wobei die neuen Bildungsangebote (Fachhochschulstudium, Vorbereitungsdienst für die Beamtenlaufbahn) zunächst – wenn überhaupt – nur wenig bekannt waren und in den neuen Ländern erst im Laufe der Zeit auf- und ausgebaut wurden. Typisch für diesen Jahrgang ist insbesondere die ursprünglich fast gänzliche Ausrichtung auf ein (Universitäts-)Studium. Der Studien- und Berufsausbildungswahl der Hochschulzugangsberechtigten der nachfolgenden Jahrgänge lagen demgegenüber durch die grundlegende Umgestaltung des Bildungssystems weitgehend veränderte Rahmenbedingungen zugrunde.

Da in den Tabellen durchgängig gerundete Werte angegeben sind, können zwischen korrespondierenden Tabellen geringfügige Abweichungen auftreten. Auch ist es möglich, dass die Summe der einzelnen Prozentangaben nicht immer 100 % ergibt und bei Differenzierungen (z. B. nach der Studienfachrichtung) die Summe der Einzelangaben nicht gänzlich mit der Gesamtsumme (hier: Studium aufgenommen/beabsichtigt) übereinstimmt.

Hinzuweisen ist zudem auf folgende Besonderheiten:

- In den Auswertungen, Tabellen und Abbildungen wurde das Land Berlin bis einschließlich 2002 den alten Ländern zugeordnet. Mit der Studienberechtigtenbefragung 2004 erfolgt nun eine Anpassung an die amtliche Statistik, die Berlin den neuen Ländern zuordnet.
- In die Befragung der Studienberechtigten 1994 konnte Brandenburg wegen der dort in diesem Schuljahr erfolgten Umstellung von

der 12jährigen auf die 13jährige Schulzeit nicht mit einbezogen werden.

- Die Studienberechtigten aus den alten Ländern setzen sich bei allen Jahrgängen aus Schulabgängern mit Abitur (allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife) und Absolventen mit Fachhochschulreife zusammen. Bei der Stichprobe der Studienberechtigten 1990 aus den neuen Ländern handelt es sich dagegen ausschließlich um Abiturienten. Erst seit dem Jahrgang 1994 sind auch Schulabgänger mit Fachhochschulreife vertreten. Änderungen im nachschulischen Ausbildungswahlverhalten zwischen dem ost-deutschen Jahrgang 1990 einerseits und den Jahrgängen 1996, 1999, 2002 und 2004 andererseits können somit auch aus der veränderten Zusammensetzung resultieren, da sich Abiturienten und Schulabgänger mit Fachhochschulreife in ihrem Wahlverhalten erheblich unterscheiden.

Definitionen

Der Begriff „**Studium**“ umfasst den Besuch von Fachhochschulen und von Universitäten. Der Besuch einer Verwaltungsfachhochschule (i.d.R. im Rahmen der Ausbildung zum Beamten des gehobenen Dienstes) wird demgegenüber dem Bereich der beruflichen Ausbildungen zugeordnet. Dies gilt auch für die Ausbildungen an einer Berufsakademie. Zu den „**Universitäten**“ werden im Rahmen dieser Untersuchung neben diesen auch Technische, Pädagogische, Theologische, Kunst- und Musikhochschulen sowie die früheren Gesamthochschulen gezählt, nicht aber Hochschulen der Bundeswehr.

Zu den **beruflichen Ausbildungen** gehören die betriebliche Ausbildung, die verschiedenen schulischen Ausbildungen (Besuch von Berufsfachschulen, Schulen des Gesundheitswesens, Fachakademien), die Beamtenausbildung (i.d.R. für den gehobenen Dienst, in wenigen Fällen auch für den mittleren Dienst) und der Besuch von Berufsakademien. Es sei ausdrücklich darauf hingewiesen, dass in diesem Bericht ausschließlich nachschulische Berufsausbildungen betrachtet werden, nicht aber solche, die bereits vor – in seltenen Fällen

auch mit – Erwerb der Hochschulreife abgeschlossen wurden.

Auf diesen Definitionen basieren die Brutto-Studierquote (Kap. 2) und die Brutto-Berufsausbildungsquote (Kap. 6).

Die **Brutto-Studierquote** ist der Anteil all jener Hochschulzugangsberechtigten eines Jahrgangs, die ein Studium an einer Universität oder an einer Fachhochschule aufnehmen (wollen), unabhängig vom erfolgreichen Abschluss dieses Studiums. Sie wird ermittelt durch die Addition des Anteils derer, die bis zum jeweiligen Betrachtungszeitpunkt (hier: ein halbes Jahr nach Schulabgang) bereits ein Studium aufgenommen haben, und des Anteils jener, die sichere Studienabsichten für die Folgezeit bekunden. Zusätzlich zu dieser „Kernquote“ wird ein Korridor der Studierbereitschaft berechnet. Er berücksichtigt auch die Studienberechtigten, die sich ihrer Studienabsichten zum Befragungszeitpunkt noch nicht sicher sind und angeben, „wahrscheinlich“ zu studieren bzw., die noch zwischen einer Berufsausbildungs- und Studienaufnahme schwanken. Nicht in die Brutto-Studierquote einbezogen werden gemäß der obigen Hochschul-Definition die Anteile der Studienberechtigten, die eine Verwaltungsfachhochschule, eine Hochschule der Bundeswehr oder eine Berufsakademie besuchen. In Kap. 2 wird jedoch auch eine alternative Quote (Brutto-Studierquote II) unter Einbeziehung dieser Einrichtungen ausgewiesen.

Die **Brutto-Berufsausbildungsquote** ermittelt sich aus der Summe der Anteile der Studienberechtigten, die bis zum Befragungszeitpunkt eine der o.g. beruflichen Ausbildungen aufgenommen haben und derjenigen, die in der Folgezeit noch eine Berufsausbildung aufnehmen wollen – ebenfalls unabhängig davon, ob sie diese erfolgreich beenden. Beim Jahrgang 1990 wurden all diejenigen berücksichtigt, die bis 3 ½ Jahre nach Schulabgang (zum Zeitpunkt der zweiten Befragung) eine Berufsausbildung aufgenommen haben.

Abweichend davon handelt es sich bei den im Kapitel über die von den Studienberechtigten gewählten **Wege in den Beruf** genannten Quo-

ten bereits um „bereinigte“ Daten, d.h. es werden nur die Arten der Berufsqualifizierung berücksichtigt, die entweder schon erworben oder zum Befragungszeitpunkt tatsächlich noch angestrebt wurden, nicht aber zwischenzeitlich vorgenommene Korrekturen der ursprünglichen Ausbildungsentscheidung. So werden beispielsweise Studienberechtigte, die nach Erwerb der Hochschulreife zunächst eine Berufsausbildung begonnen, diese aber abgebrochen und danach ein Studium aufgenommen haben, nicht unter der Kategorie „nachschulische Berufsausbildung *und* Hochschulabschluss“ geführt, sondern der Kategorie „nur Hochschulabschluss angestrebt“ zugeordnet. Da es sich hiermit also um „Netto-Quoten“ handelt, erklären sich auch die tabellarischen Differenzen zu den in den Abschnitten „Brutto-Studierquote“ und „Brutto-Berufsausbildungsquote“ genannten Werten.

Die **Art der Hochschulreife** wird differenziert nach Abitur (allgemeine und fachgebundene Hochschulreife) und Fachhochschulreife (einschließlich fachgebundener und landesgebundener Fachhochschulreife).

1 Tätigkeiten ein halbes Jahr nach Schulabgang

Die Untersuchung der nachschulischen Werdegänge der Studienberechtigten 2004 beginnt mit einer Analyse der Situation zum Befragungszeitpunkt, also etwa ein halbes Jahr nach Schulabgang. Im Mittelpunkt des Interesses steht dabei: Wie viele der Studienberechtigten haben bereits ein Studium oder eine Berufsausbildung aufgenommen, wie viele arbeiten wieder in ihrem vor Erwerb der Hochschulreife erlernten Beruf? Welchen Übergangstätigkeiten gehen die Schulabgänger nach, die sich zum Befragungszeitpunkt noch nicht in einer nachschulischen Ausbildung befinden oder erwerbstätig sind? Welche Gründe werden für diese Verzögerungen angeführt? Sind im Vergleich mit zuvor untersuchten Jahrgängen Veränderungen hinsichtlich einer vermehrt verzögert oder unverzüglich aufgenommenen Qualifizierung zu beobachten?

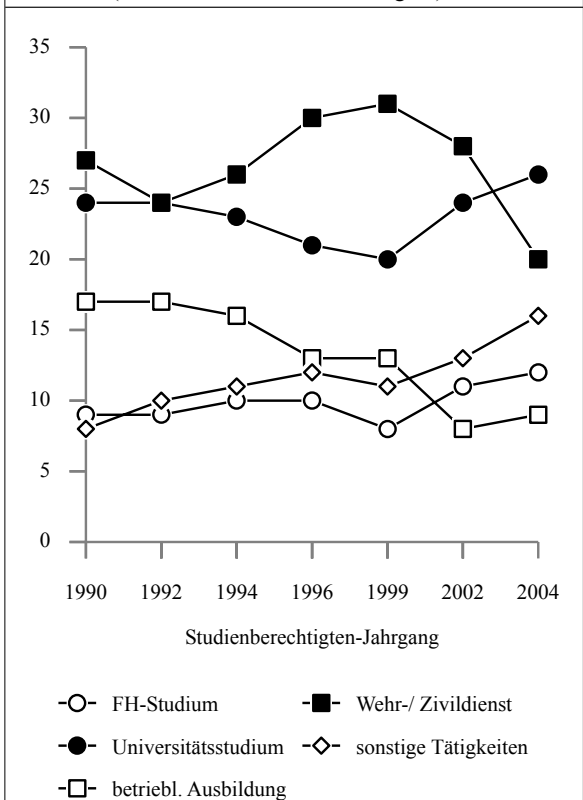
54 % der Studienberechtigten 2004 sind ein halbes Jahr nach Schulabgang bereits an einer Hochschule immatrikuliert oder haben eine Berufsausbildung begonnen. Die 2002 erstmals wieder zu beobachtende unverzüglichere Aufnahme einer nachschulischen Berufsqualifizierung hält somit an. Insbesondere bei der Studienaufnahme lassen sich die Schulabgänger weniger Zeit als die vorangegangenen Jahrgänge: Bis Ende 2004 hatten bereits 38 % der Studienberechtigten dieses Jahrgangs ihre Studienoption eingelöst, darunter 26 % an einer Universität und 12 % an einer Fachhochschule. 2002 lagen die entsprechenden Werte noch bei 24 % und 11 % (vgl. Tab. 1.1).

Eine Berufsausbildung hatten bis Ende 2004 16 % der Studienberechtigten begonnen. Nach einem starken Rückgang des Anteils in den 90er Jahren bis 2002 von 25 % auf 15 % setzt sich der Trend einer sinkenden Ausbildungsneigung 2004 somit nicht fort. Weiter an Bedeutung verloren hat jedoch die Beamtenausbildung für den gehobenen bzw. mittleren Dienst. 2004 erhielt lediglich 1 % der Schulabgänger im ersten halben Jahr nach Schulabschluss einen entsprechenden Ausbildungsplatz. 1990 lag der Anteil noch bei 3 %.

Beide Entwicklungen – vermehrt unverzügliche Aufnahme eines Studiums bzw. einer Berufsausbildung – werden durch die im Jahrgangsvergleich erheblich seltenere sofortige Ableistung des Wehr- bzw. Zivildienstes begünstigt (vgl. Abb. 1). Nach einem Anstieg in der zweiten Hälfte der 90er Jahre auf 32 % war der Anteil der direkt nach Schulabgang Wehr- bzw. Zivildienstleistenden 2002 (28 %) zunächst auf das Niveau von 1990 zurückgekehrt. 2004 ist diese Gruppe nun nochmals deutlich – um 8 Prozentpunkte auf 20 % – geschmolzen. Eine Ursache dafür dürfte die seit 2003 für den Wehrdienst und seit 2004 für den Zivildienst geltende veränderte Einberufungspraxis sein, wie etwa die Anerkennung einer Berufsausbildung als Zurückstellungsgrund, die Herabsetzung des Einberufungsalters von 25 auf 23 Jahre und die Beschränkung der Einberufung auf unverheiratete Männer sowie Männer, die den Tauglichkeitsstufen 1 oder 2 zugeordnet wurden.

Abb. 1 Ausgewählte Tätigkeiten ein halbes Jahr nach Schulabgang

(in v. H. aller Studienberechtigten)¹⁾



1) Differenz zu 100% = Praktikum, Berufstätigkeit, Beamtenausbildung, Berufsakademie, schulische Ausbildung

HIS-Studienberechtigtenbefragungen

Zugenommen hat aber nicht nur der sofortige Studien- und Berufsausbildungsbeginn, sondern zum einen auch der Anteil der Studienberechtigten, die ein halbes Jahr nach Schulabgang ein Praktikum absolvieren. Seit Mitte der 90er Jahre hat er sich von 3 % auf 6 % verdoppelt. Zum anderen befindet sich eine wachsende Gruppe von Studienberechtigten zu diesem Zeitpunkt noch in Übergangstätigkeiten, wie Jobben, Au-Pair-Tätigkeit, Auslandsaufenthalt und Freiwilliges Soziales Jahr. Seit Ende der 90er Jahre hat sich diese Gruppe um 5 Prozentpunkte auf 16 % vergrößert.

Der Grund für das vermehrte Absolvieren von Praktikum und Übergangstätigkeiten resultiert keineswegs aus einem gewachsenen Wunsch, nach der Schulzeit erst einmal eine Pause einzulegen. 2004 wird dieser Aspekt sowohl von den Praktikanten als auch den Studienberechtigten in Übergangstätigkeiten sogar erheblich seltener geltend gemacht als noch 2002 (27 % vs. 14 % bzw. 39 % vs. 27 %). Vielmehr nennen diese Schulabgänger zunehmend häufiger die erfolglose Bewerbung um eine Ausbildungsstelle oder einen Arbeitsplatz als Grund für die verzögerte Aufnahme der angestrebten Ausbildung bzw. Tätigkeit (Praktikum: 9 % vs. 15 %; andere Übergangstätigkeiten: 12 % vs. 19 %). Zulassungsbeschränkungen im gewünschten Studienfach sind indes von unverändert hoher Bedeutung³. 36 % der Praktikanten und 27 % der Schulabgänger, die Übergangstätigkeiten nachgehen, überbrücken damit u.a. Wartezeiten (vgl. Tab 1.3).

Die Durchschnittsnote des Schulabschlusszeugnisses ist erwartungsgemäß ein gewichtiger Einflussfaktor bei der Wahl und Realisierung der gewünschten Tätigkeiten nach Erwerb der Hochschulreife. Die derzeit schwierige Lage auf dem Lehrstellenmarkt und die zunehmende Etablierung von örtlichen Zulassungsbeschränkungen an Hochschulen⁴ führen offensichtlich zu einer wachsenden Selektion hinsichtlich der zügigen Realisierung der Ausbildungswahl. So absolvieren Studienberechtigte mit einer ausreichenden Note ein halbes Jahr nach Schulab-

gang deutlich überdurchschnittlich Praktika und andere Übergangstätigkeiten (9 % bzw. 26 %). Lediglich 40 % von ihnen sind bereits an einer Hochschule immatrikuliert oder haben eine Berufsausbildung begonnen. Bei den sehr guten Schulabgängern ist der Anteil mit 61 % eineinhalb mal so groß. Nur 4 % bzw. 9 % der Studienberechtigten mit der Note 1 absolvieren ein Praktikum bzw. jobben, machen ein Freiwilliges Soziales Jahr, sind im Ausland etc.

Geschlechtsspezifisch differenzierte Entwicklung

Männer leisten im Anschluss an die Schulzeit häufig zunächst den Wehr- oder Zivildienst (43 %). Im Vergleich zu 2002 hat sich dieser Anteil allerdings drastisch um 17 Prozentpunkte verringert (vgl. Tab. 1.1). Dieser Rückgang äußert sich – wie bereits für die Gesamtheit der Studienberechtigten beschrieben – in erster Linie in einer schnelleren Studienaufnahme. So liegt der Anteil der Männer, die ein halbes Jahr nach Schulabgang bereits an einer Hochschule eingeschrieben sind, mit 31 % um 10 Prozentpunkte über dem Wert von 2002. Vor allem ein Universitätsstudium wird von den Männern vermehrt direkt nach Erwerb der Hochschulreife begonnen (2002: 10 %; 2004: 17 %). An einer Fachhochschule studierten Ende 2004 14 % der männlichen Studienberechtigten – 3 Prozentpunkte mehr als 2002.

Eine Berufsausbildung beginnen die Männer 2004 ebenfalls häufiger bereits im ersten halben Jahr nach Schulabgang als der zuvor befragte Jahrgang 2002. 8 % sind in diesem Zeitraum ein Ausbildungsverhältnis eingegangen (2002: 5 %). Der Gesamtentwicklung entsprechend gehen die männlichen Studienberechtigten zudem auch vermehrt einem Praktikum (1 % vs. 3 %) und sonstigen Übergangstätigkeiten nach (7 % vs. 10 %).

Studienberechtigte Frauen haben, anders als Männer, ein halbes Jahr nach Schulabgang überwiegend bereits ein Studium (44 %) oder eine Berufsausbildung (23 %) begonnen. Die im Vergleich zu den 90er Jahren für 2002 beobachtbare deutliche Verschiebung zugunsten des Studiums setzt sich allerdings nicht fort, da 2004 der Anteil der weiblichen Studienberech-

³ Mehrfachnennung war möglich.

⁴ vgl. Heine, C. et al.: Studienanfänger in den Wintersemestern 2003/04 und 2004/05. Wege zum Studium, Studien- und Hochschulwahl, Situation bei Studienbeginn. HIS-Hochschulplanung 180, Hannover 2005.

tigten, die ein halbes Jahr nach Schulabgang ein Universitätsstudium aufgenommen haben, sich wieder verringert hat (von 37 % auf 34 %), und der Anteil derjenigen im Fachhochschulstudium stabil bleibt (10 %). Eine betriebliche Ausbildung nehmen nach dem deutlichen Rückgang zwischen den Jahrgängen 1999 und 2002 von 22 % auf 13 % nunmehr nur noch 12 % der weiblichen Studienberechtigten auf.

Insgesamt lässt sich der bei den Männern im Zuge der veränderten Einberufungspraxis zu beobachtende Trend eines schnelleren Studien- und Berufsausbildungsbeginns bei den Frauen nicht feststellen. Im Gegenteil, seit 1990 hat sich die Gruppe der unverzüglich in die berufliche Qualifizierung übergehenden Schulabgängerinnen kontinuierlich von 77 % auf 67 % verkleinert. Sonstige Tätigkeiten und zuletzt auch Praktika haben indes an Bedeutung gewonnen (1990: 18 %, 2004: 29 %). Als Gründe für diese Tätigkeiten⁵ werden u.a. von 32 % der Frauen zu überbrückende Wartezeiten aufgrund von Zulassungsbeschränkungen genannt, 25 % wollten zunächst eine Pause einlegen, 23 % längere Zeit ins Ausland gehen und 17 % haben sich erfolglos um eine Ausbildungsstelle bzw. einen Arbeitsplatz beworben. Für knapp jede fünfte Frau, die ihre Berufsqualifizierung verzögert beginnt, ist das Praktikum oder eine andere Übergangstätigkeit Voraussetzung für Studium bzw. Berufsausbildung. Gegenüber 2002 hat sich ausschließlich der Anteil der erfolglosen Bewerbungen um einen Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatz erhöht (10 % vs. 17 %, vgl. Tab. 1.3).

Nach alten und neuen Ländern differenzierte Entwicklung

Zwischen alten und neuen Ländern bestehen hinsichtlich der Art der ein halbes Jahr nach Erwerb der Hochschulreife ausgeübten Tätigkeiten kaum noch Unterschiede (vgl. Tab. 1.1). Einzig der Anteil der Studienberechtigten in Berufsausbildung ist in Ostdeutschland mit 19 % höher als in Westdeutschland (15 %). Dies ist in erster Linie auf entsprechende Werte bei der schulischen Berufsausbildung zurückzuführen (6 % vs. 4 %). Einer betrieblichen Ausbildung geht indes erstmals seit Mitte der 90er

Jahre in beiden Landesteilen ein gleich hoher Anteil von Studienberechtigten nach (9 %). Während dies in den neuen Ländern einem weiteren Rückgang dieser Ausbildungsart geschuldet ist, hat sich in Westdeutschland sein Anteil nach dem deutlichen Sinken zwischen 1999 und 2002 von 13 % auf 8 % wieder etwas erhöht.

Geringfügige Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschland zeigen sich zudem hinsichtlich der (Übergangs-)Tätigkeiten. In den neuen Ländern absolvieren die Studienberechtigten seltener ein Praktikum (4 % vs. 6 %) sowie sonstige Tätigkeiten (u.a. Jobben, Auslandsaufenthalt, Urlaub; 14 % vs. 16 %) und sie gehen seltener einer Berufstätigkeit nach (3 % vs. 5 %). Der beschriebene Trend einer vermehrten Ausübung von Praktikum und sonstigen Übergangstätigkeiten lässt sich jedoch auch in Ostdeutschland feststellen.

Nach Bundesländern differenzierte Entwicklung

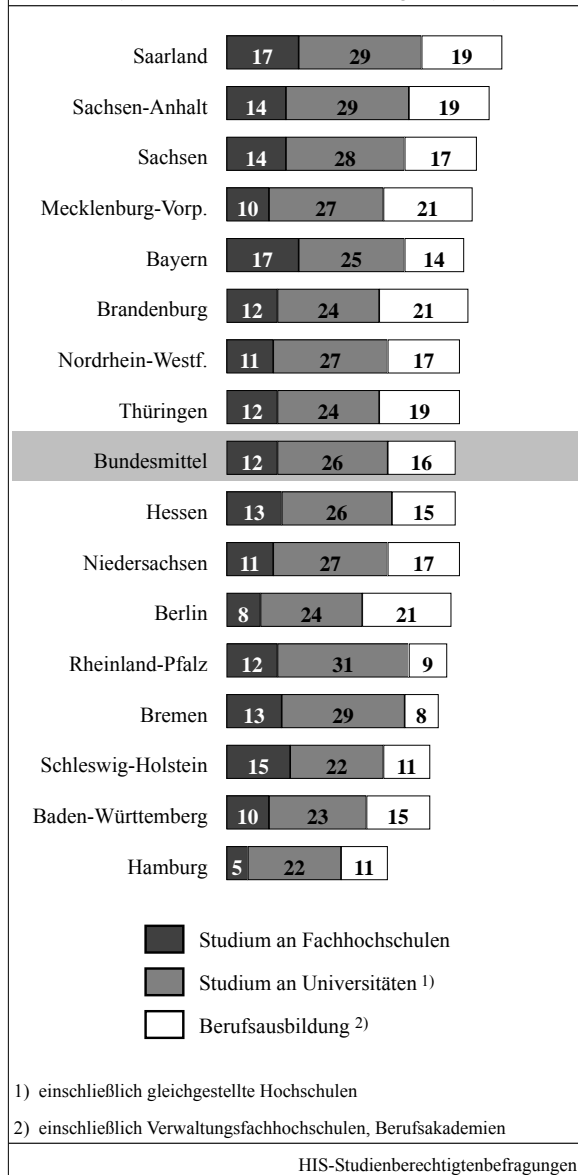
Erwartungsgemäß zeigen sich zwischen den einzelnen Bundesländern erhebliche Unterschiede hinsichtlich der Tätigkeiten ein halbes Jahr nach Schulabgang (vgl. Tab. 1.2a bis 1.2d). So befinden sich die Studienberechtigten des Saarlandes (65 %) sowie der ostdeutschen Länder Sachsen-Anhalt (62 %), Sachsen (59 %) und Mecklenburg-Vorpommern (58 %) überdurchschnittlich bereits in einer ersten nachschulischen Qualifizierung (vgl. Abb. 2; Bundesmittel: 54 %). Von den Schulabgängern aus Baden-Württemberg (48 %) sowie den norddeutschen Ländern Bremen (50 %), Hamburg (38 %) und Schleswig-Holstein (48 %) haben hingegen nur unterdurchschnittlich viele ihr Studium bzw. ihre Ausbildung begonnen.

Der direkte Übergang an eine Hochschule ist dementsprechend im Saarland (46 %), Sachsen-Anhalt (43 %) und Sachsen (42 %) besonders hoch. Aber auch von den Studienberechtigten aus Bayern, Rheinland-Pfalz sowie Bremen sind ein halbes Jahr nach Schulabgang mehr als 40 % an einer Hochschule immatrikuliert. Dabei entscheiden sich die Schulabgänger aus dem Saarland und Bayern überdurchschnittlich für ein Fachhochschulstudium (17 %), diejeni-

⁵ Mehrfachnennung war möglich.

Abb. 2 Im ersten halben Jahr nach Schulabgang begonnene berufliche Qualifizierungen nach Land des Erwerbs der Hochschulreife

(in v. H. aller Studienberechtigten 2004)



gen aus Rheinland-Pfalz für ein Universitätsstudium (31 %). In Hamburg, Berlin und Baden-Württemberg haben indes insgesamt nur zwischen 27 % und 33 % bereits ein Studium an einer Fachhochschule oder Universität aufgenommen.

Der oben beschriebene Befund hoher Quoten eines zügigen Übergangs in eine Berufsausbildung in den neuen Ländern lässt sich mit Ausnahme von Sachsen in allen ostdeutschen Bundesländern beobachten. Etwa jeder fünfte Stu-

dienberechtigte befand sich hier Ende 2004 in einem Ausbildungsverhältnis, in Sachsen dagegen 17 %. Auffallend ist dabei der in Sachsen vergleichsweise geringe Anteil der betrieblichen Ausbildung (6 %, Bundesmittel: 9 %), der bundesweit nur von Bremen (5 %) und Rheinland-Pfalz (4 %) noch unterschritten wird. Das Saarland ist das einzige westdeutsche Bundesland, in dem der sofortige Übergang in eine Berufsausbildung ebenso hoch ist wie in den neuen Ländern (19 %). In Rheinland-Pfalz sowie den norddeutschen Ländern Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein hat nur ein etwa halb so großer Anteil der Studienberechtigten mit einer Ausbildung begonnen.

Parallel zum unterdurchschnittlich hohen sofortigen Übergang in eine nachschulische Qualifizierung in Hamburg haben sonstige Tätigkeiten hier besonders hohen Zuspruch. 29 % der Studienberechtigten jobben ein halbes Jahr nach Schulabgang, absolvieren ein Freiwilliges Soziales Jahr, sind im Ausland oder machen Urlaub etc. Im Saarland und Sachsen-Anhalt trifft dies lediglich auf 11 % der Studienberechtigten zu.

Im Jahrgangvergleich lassen sich folgende Entwicklungen in den Bundesländern feststellen:

- Der Gesamttrend einer stärker unverzüglichen Studien- und Berufsaufnahme zeigt sich nur in neun Bundesländern. In Hamburg und Rheinland-Pfalz ist der Anteil indes zurückgegangen (-3 Prozentpunkte). In Thüringen, Brandenburg, Hessen, Bremen sowie Schleswig-Holstein ist die Quote der Studienberechtigten, die direkt nach Erwerb der Hochschulreife ein Studium oder eine Berufsausbildung beginnen, im Vergleich zum Jahrgang 2002 (nahezu) unverändert.
- In fast allen Bundesländern sind ein halbes Jahr nach Schulabgang mehr Studienberechtigte bereits an einer Hochschule immatrikuliert als noch 2002. Einzig in Berlin und Hamburg ist ein Rückgang zu verzeichnen, der sich in Hamburg auf die Fachhochschulen beschränkt (2002: 9 %, 2004: 5 %). In Baden-Württemberg ist der Anteil der Studienberechtigten, die direkt nach Erwerb der Hochschulreife ein Studium beginnen, mit

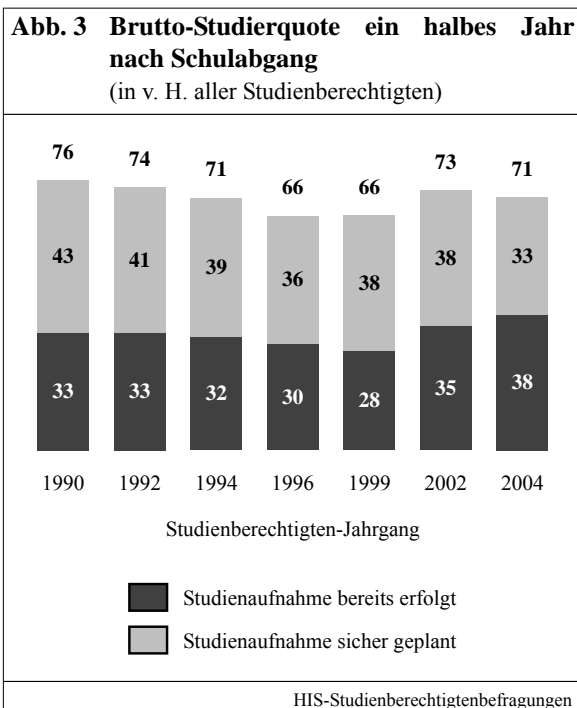
plus 1 Prozentpunkt nahezu unverändert. In Bremen, Bayern und Thüringen beträgt der Zuwachs lediglich 2 Prozentpunkte. Dagegen nahmen von den Schulabgängern aus Sachsen 12 Prozentpunkte mehr ein Studium auf und von denen aus dem Saarland 8 Prozentpunkte.

- In Berlin hat sich parallel zur selteneren sofortigen Studienaufnahme der Anteil der Studienberechtigten, die ein halbes Jahr nach Schulabgang eine Berufsausbildung begonnen haben, deutlich erhöht (2002: 12 %, 2004: 21 %). Auch in Bayern (+4 Prozentpunkte), Baden-Württemberg (+3), Niedersachsen (+5) und Sachsen-Anhalt (+3) lässt sich ein solcher Anstieg konstatieren. In Brandenburg und Rheinland-Pfalz befinden sich hingegen im Vergleich zum Jahrgang 2002 deutlich weniger Studienberechtigte in einem Ausbildungsverhältnis (-6 Prozentpunkte).
- Sonstigen Tätigkeiten gehen die Schulabgänger in sieben Bundesländern faktisch unverändert häufig nach (Niedersachsen, Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen). In den anderen Ländern sind gegenüber 2002 Zuwächse zu verzeichnen, besonders hohe in Rheinland-Pfalz (+8 Prozentpunkte), in Hamburg (+7), in Nordrhein-Westfalen (+6), in Hessen (+5), in Bremen und in Brandenburg (+4).

2 Studienentscheidung

Die Studienberechtigten 2004 lösen ihre Studientoption zum überwiegenden Teil ein. So hatten sich im Dezember 2004, also etwa ein halbes Jahr nach Erwerb der Hochschulreife, 38 % der studienberechtigten Schulabgänger bereits an einer Hochschule eingeschrieben, weitere 33 % hatten die feste Absicht, dies zu einem späteren Zeitpunkt noch zu tun (vgl. Tab. 2.1). Die Summe aus beiden Anteilswerten, die Brutto-Studierquote des Studienberechtigtenjahrgangs 2004, beträgt damit 71 %.

Im Jahrgangvergleich hat sich der 2002 erstmals seit Beginn der 1990er Jahre wieder zu beobachtende Anstieg der Studierbereitschaft nicht fortgesetzt (vgl. Abb. 3). Die Brutto-Studierquote ist gegenüber 2002 vielmehr leicht um zwei Prozentpunkte gesunken. Sie liegt damit aber immer noch deutlich über dem Niveau der zweiten Hälfte der 90er Jahre (66 %).



Ob es sich hierbei nur um einen kurzzeitigen Rückgang handelt, bleibt zu beobachten. Die Befragung der Schüler der Abschlussklassen des Studienberechtigtenjahrgangs 2005 zeigt keinen Wiederanstieg der Studierneigung.⁶

⁶ vgl. Heine, C./Scheller, P./Willich, J.: Studienberechtigte 2005. Studierbereitschaft, Berufsausbildung und Bedeutung der Hochschulreife. Ergebnisse der ersten Befragung der Studienberechtigten 2005 ein halbes Jahr vor Schulabgang. Pilotstudie. HIS Kurzinformation A16/2005, Hannover 2005.

Ein tiefgreifender Wandel in den Motiven für einen Studienverzicht zeichnet sich zwischenzeitlich nicht ab (vgl. Kap. 5). Es gibt aber Anzeichen für eine insgesamt etwas pessimistischere Wahrnehmung der zukünftigen Berufs- und Beschäftigungschancen, die, wie in diesem Kapitel gezeigt wird, eine wichtige Grundlage für die Studienentscheidung bildet (vgl. „Regressionsmodell b“ im Exkurs in diesem Kapitel). Während 58 % aller Studienberechtigten 2002 die Beschäftigungschancen von Akademikern als gut oder sehr gut einschätzten, sind es bei denen des Jahrgangs 2004 noch 54 %. Zwar reduziert sich auch der Anteil von knapp einem Fünftel mit guten oder sehr guten Zukunftsbeurteilungen für Absolventen eines beruflichen Ausbildungsweges ohne Studium auf 15 %. Die für Absolventen beider Qualifizierungswege skeptischere Sicht auf den zukünftigen Arbeitsmarkt zeigt jedoch nur bei der Studierbereitschaft entsprechende Wirkung. Eine Berufsausbildung ohne anschließendes Studium möchten 22 % aller Studienberechtigten 2004 absolvieren, 2 Prozentpunkte mehr als 2002. Offensichtlich wird ein Studium in wirtschaftlich ungünstiger wahrgenommenen Zeiten häufiger als zu risikoreich eingeschätzt, so dass in der subjektiven Einschätzung der Nutzen einer akademischen Laufbahn (Berufsaussichten) sinkt.

Zurückgegangen sind beim Studienberechtigtenjahrgang 2004 ausschließlich die erst für die Folgezeit geplanten Immatrikulationen. Jeder dritte studienberechtigte Schulabgänger wird sein Studium frühestens ein Jahr nach Erwerb der Hochschulreife aufnehmen, 5 Prozentpunkte weniger als bei den zuvor befragten Jahrgängen 1999 und 2002. Dagegen hat sich die Gruppe der direkt nach Schulabgang eingeschriebenen Studienberechtigten weiter vergrößert. Wie auch in Kapitel 1 beschrieben, haben sich 38 % der Schulabgänger noch im Jahr 2004 immatrikuliert. Ursächlich für diese Entwicklung ist der von deutlich weniger Männern (unmittelbar nach Erwerb der Hochschulreife) zu leistende Wehr- bzw. Zivildienst, so dass auch den männlichen Studienberechtigten vermehrt ein sofortiger Studienbeginn ermöglicht wird.

Wie im Einleitungskapitel zu diesem Bericht erwähnt, bezieht sich die Brutto-Studierquote auf alle Studienberechtigten eines Jahrgangs, die

sich für ein Studium an Universitäten bzw. gleichgestellten Hochschulen oder an Fachhochschulen entschieden haben. Nicht einbezogen werden in diese Definition der Studierquote die Anteile der Studienberechtigten, die eine Verwaltungsfachhochschule, eine Hochschule der Bundeswehr oder eine Berufsakademie besuchen. Berücksichtigt man diese in einer erweiterten Fassung der Brutto-Studierquote, erhöht sie sich für 2004 von 71 % auf 76 %. Im Vergleich zu den zuvor untersuchten Jahrgängen ist in dieser Betrachtung der gleiche Trend wie für die obige „enge“ Brutto-Studierquote zu erkennen, allerdings ist sowohl der Rückgang in den 90er Jahren als auch der Wiederanstieg noch etwas stärker ausgeprägt (vgl. Tab. 2.8).

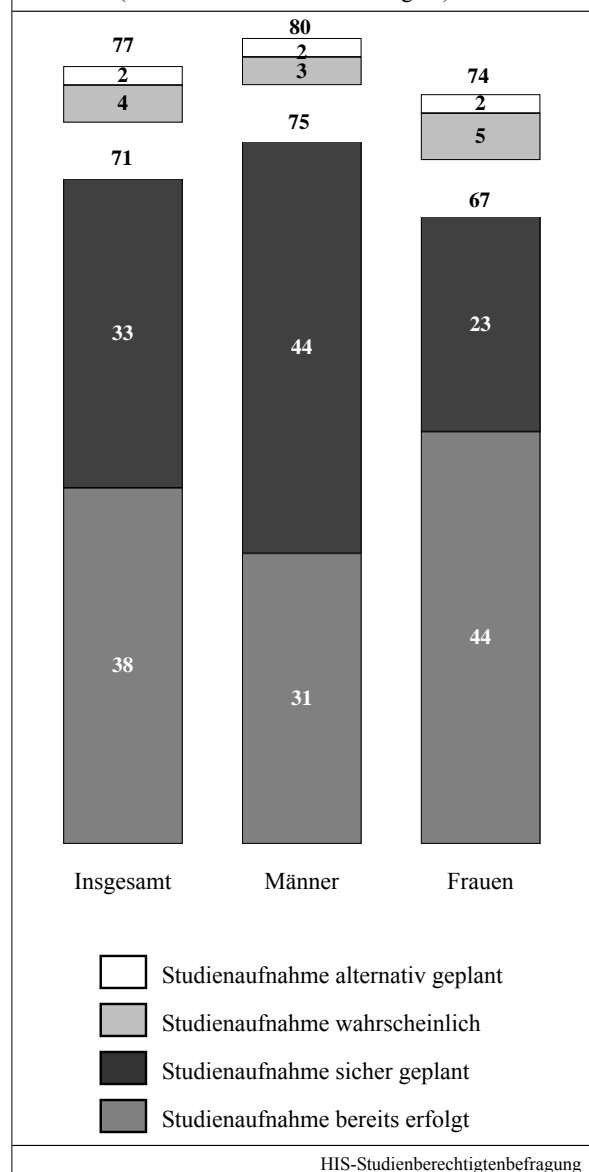
Bandbreite der Studienentscheidung

Erstmals für den Jahrgang 2002 wurde nicht nur der Anteil der Studienberechtigten, die ein Studium zum Befragungszeitpunkt bereits aufgenommen haben oder demnächst „sicher“ aufnehmen werden, ermittelt, sondern auch derjenigen, die eine Studienaufnahme nur „wahrscheinlich“ bzw. „alternativ“ planen. Dies ermöglicht die Angabe eines Korridors der Studierquote. Er liegt für den Jahrgang 2004 zwischen den genannten 71 % (= herkömmliche „Kernquote“ oder Minimalquote) und 75 % unter Einschluss der „wahrscheinlich“ geplanten bzw. maximal 77 % unter Einbeziehung der „alternativ“ geplanten Studienaufnahme (vgl. Tab. 2.3, Abb. 4).

Die Bandbreite der Studierquote hat sich gegenüber 2002 nicht verändert, sie liegt aber auf einem etwas niedrigeren Niveau. Vom Jahrgang 2002 nehmen zwischen 73 % und 79 % der Studienberechtigten ein Studium auf, vom Jahrgang 2004 entsprechend der leicht gesunkenen Kernquote zwischen 71 % und 77 % der Studienberechtigten.

Nach wie vor sind zum Befragungszeitpunkt 4 % der Studienberechtigten noch unentschlossen über eine Studienaufnahme – sie möchten nach einer Berufsausbildung oder einer mindestens sechsmonatigen Erwerbstätigkeit „wahrscheinlich“ studieren. Weitere 2 % befinden sich in Übergangstätigkeiten und schwanken noch zwischen Berufsausbildung bzw. Berufstätigkeit und Studium.

Abb. 4 Bandbreite der Brutto-Studierquote 2004 ein halbes Jahr nach Schulabgang
(in v. H. aller Studienberechtigten)

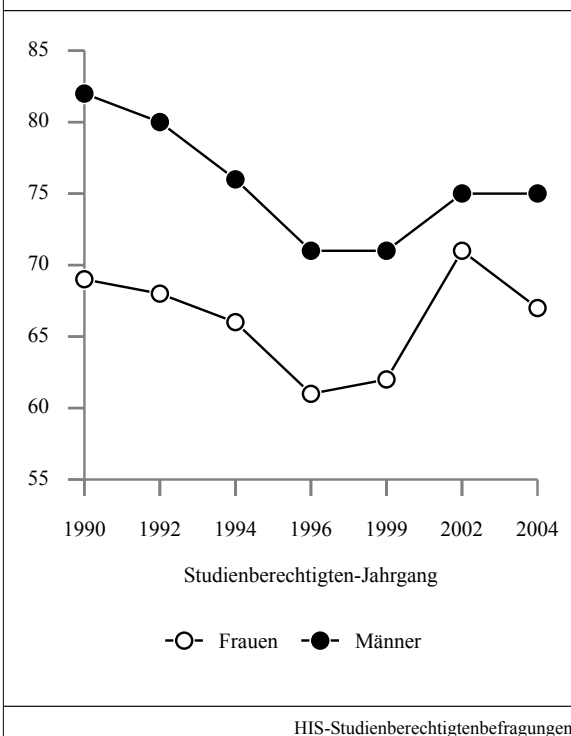


Weiter unten in diesem Kapitel wird mittels einer logistischen Regression der Einfluss verschiedener Faktoren, wie Geschlecht, Schulnote und besuchte Schulart, auf die Entscheidung für oder gegen eine Studienaufnahme *gleichzeitig* untersucht (siehe hierzu ausführlich den „Exkurs“). Der Regression vorangestellt wird eine bivariate und damit anschaulichere Betrachtung einzelner Faktoren, deren Auswahl u. a. aus den Ergebnissen früherer HIS-Studienberechtigtenbefragungen und den dabei ermittelten relevanten Größen der Studienentscheidung resultiert.

Geschlechtsspezifisch differenzierte Entwicklung

Die im Vergleich zu 2002 insgesamt wieder gesunkene Studierbereitschaft ist allein auf den vermehrten Studienverzicht der Frauen zurückzuführen. Im Vergleich zu 2002 hat sich die Brutto-Studierquote der weiblichen Studienberechtigten um 4 Prozentpunkte auf 67 % verringert, die der männlichen Schulabgänger beträgt hingegen unverändert 75 %. Damit hat sich die Differenz zwischen Männern und Frauen hinsichtlich ihrer Studierbereitschaft wieder deutlich vergrößert und das Niveau von Ende der 1990er Jahre erreicht (vgl. Abb. 5). Wie in Kapitel 5 weiter ausgeführt, liegt eine mögliche Ursache für die bei Frauen rückläufige Studierneigung in ihrer stärkeren Abschreckung durch finanzielle Aspekte und schlechte Berufsaussichten. So ist die eingangs erwähnte insgesamt pessimistischere Wahrnehmung der zukünftigen Berufs- und Beschäftigungschancen fast ausschließlich bei den Frauen zu beobachten. Während 51 % der weiblichen Studienberechtigten 2002 die Beschäftigungschancen von Akademikern als gut oder sehr gut einschätzten, sind es bei denen des Jahrgangs 2004 nur noch 45 %.

Abb. 5 Brutto-Studierquote ein halbes Jahr nach Schulabgang nach Geschlecht
(in v. H.)



Die Männer beurteilen die Berufsaussichten nach wie vor deutlich positiver. Ebenso wie 2002 schreiben zwei Drittel von ihnen Akademikern gute Beschäftigungschancen zu.

Hinsichtlich des Zeitpunkts der Studienaufnahme sind indes in erster Linie bei den Männern wesentliche Veränderungen festzustellen. Um 10 Prozentpunkte auf 31 % hat sich die Gruppe der männlichen Studienberechtigten vergrößert, die unverzüglich nach Schulabgang ein Studium beginnen. Im Gegenzug ist 2004 der Anteil der für die Folgezeit geplanten Immatrikulationen gegenüber 2002 um 10 Prozentpunkte auf 44 % gesunken. Bei den Frauen ist dieser Trend einer schnelleren Studienaufnahme nicht zu beobachten. Im Gegenteil, ausschließlich der Anteil der sofort nach Erwerb der Hochschulreife mit dem Studium beginnenden Schulabgängerinnen ist zurückgegangen, und zwar zunächst zugunsten einer häufigeren Entscheidung für Übergangstätigkeiten.

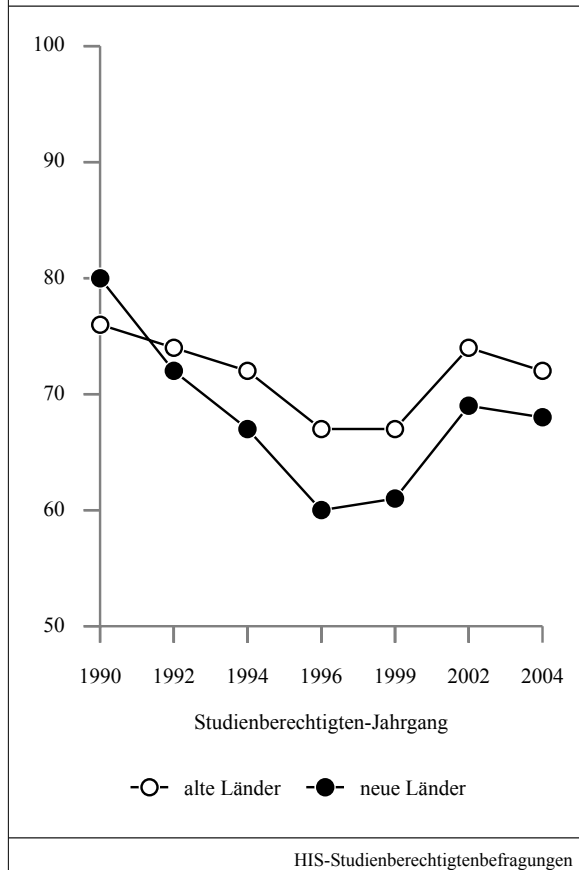
Zwischen Männern und Frauen gibt es geringfügige Unterschiede in der *Bandbreite* der Studierbereitschaft (vgl. Tab. 2.3). Frauen stellen eine Studienaufnahme häufiger nur „wahrscheinlich“ in Aussicht (5 % vs. 3 %). Unentschieden zwischen Berufsausbildung und Studium sind ebenso wie bei den Männern weitere 2 %. Die geschlechtsspezifisch differierenden Bandbreiten der Studierquote führen zu einer Annäherung der Maximalquoten: Zwischen 75 % und 80 % der Männer beginnen ein Studium und zwischen 67 % und 74 % der Frauen. Gegenüber 2002 sind keine geschlechtsspezifischen Veränderungen in der Breite der Studierkorridore festzustellen. Die bei den Frauen 2004 deutlich gesunkene Kernquote weist somit auf einen definitiven Studienverzicht hin.

Nach alten und neuen Ländern differenzierte Entwicklung

Die Brutto-Studierquote ist in den alten Ländern auch beim Jahrgang 2004 höher als in den neuen (72 % vs. 68 %). Allerdings zeichnet sich seit Ende der 90er Jahre eine Angleichung zwischen Ost- und Westdeutschland ab. In beiden Herkunftsregionen war bis 1996 zunächst ein erheblicher Rückgang der Studierbereitschaft zu beobachten gewesen, der in den neuen Län-

dern jedoch deutlich ausgeprägter verlief (vgl. Abb. 6). Nach einer kurzzeitigen Stabilisierung auf dem niedrigen Niveau stieg die Studierquote in Ost- und Westdeutschland wieder stark an.

Abb. 6 Brutto-Studierquote ein halbes Jahr nach Schulabgang nach alten und neuen Ländern (in v. H.)



Im Ergebnis der unterschiedlichen Entwicklungsdynamik vergrößerte sich zwischen 1992 und 1996 die Differenz zwischen alten und neuen Ländern hinsichtlich der Studierfreudigkeit von 2 auf 7 Prozentpunkte. Seither verringert sich der Abstand kontinuierlich auf zuletzt 4 Prozentpunkte.

Unter Einbeziehung der studienähnlichen Ausbildungen an Verwaltungsfachhochschulen und Berufsakademien sowie der Hochschulen der Bundeswehr in einer erweiterten Fassung der Studierquote – Einrichtungen, die in den neuen Ländern größeren Zuspruch erfahren als in den alten (vgl. Tab. 7.1) – zeigt sich kein regional-spezifischer Unterschied mehr. Jeweils 76 % der Studienberechtigten 2004 in Ost- und West-

deutschland nehmen ein Studium im weiteren Sinn auf (vgl. Tab. 2.8). Noch 1996 lag die Differenz bei 4 Prozentpunkten (Westdeutschland: 73 %, Ostdeutschland: 69 %).

Nach Bundesländern differenzierte Entwicklung

Ordnet man die länderspezifischen Studierquoten des Jahrgangs 2004 nach ihrer Höhe, stehen die Studienberechtigten aus Bremen mit 78 % an der Spitze, knapp vor denen aus Sachsen (77 %; vgl. Abb. 7). Es folgen Bayern und Schleswig-Holstein mit jeweils 75 % und Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz mit jeweils 72 %. Genau dem Bundesdurchschnitt entspricht die Studierbereitschaft in Sachsen-Anhalt und dem Saarland (71 %). Deutlich unterhalb dieses Wertes liegen die Länder Baden-Württemberg (68 %)⁷, Mecklenburg-Vorpommern (67 %), Brandenburg (65 %) und Berlin (64 %). Das Ende der Rangskala bilden Hamburg (62 %) und Thüringen (61 %).

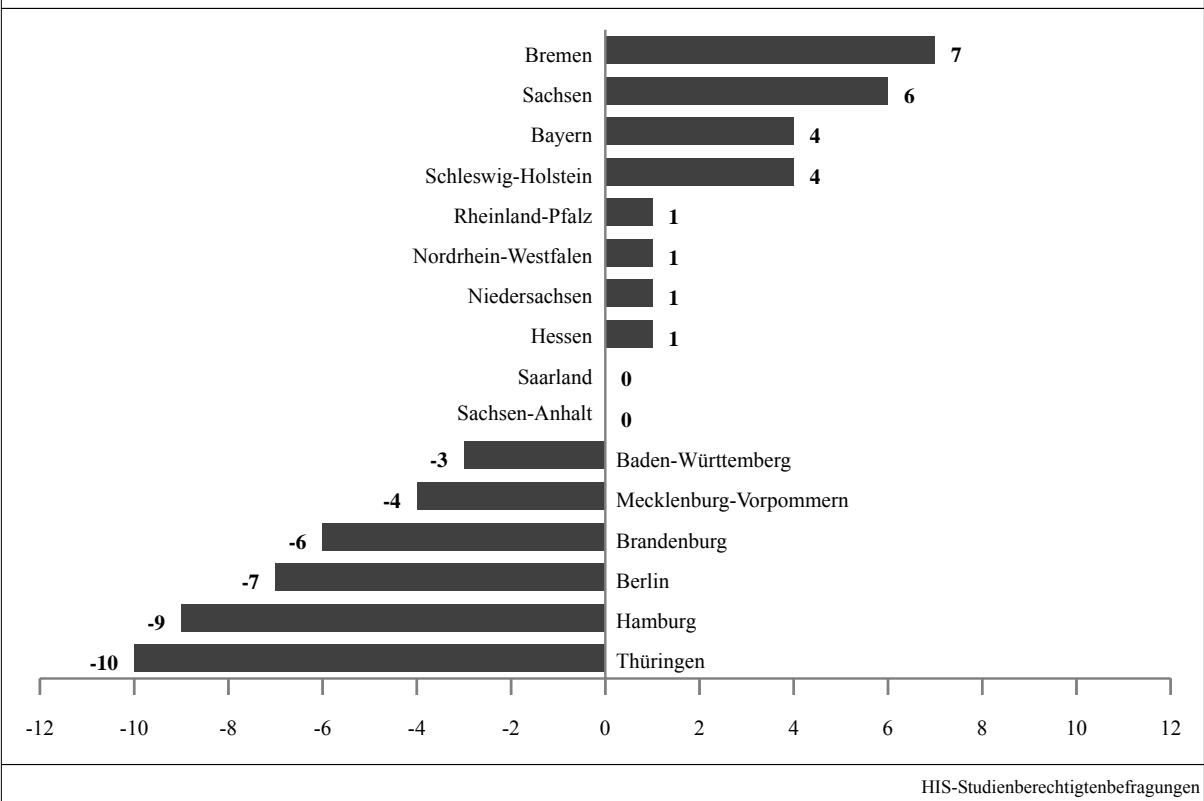
Eine hinreichende Erklärung der insgesamt erheblichen Länderunterschiede in der Studierbereitschaft kann ohne genaue Kenntnis der landesspezifischen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen sowie der Besonderheiten der Bildungssysteme nicht geleistet werden. Festzuhalten ist aber, dass Faktoren, wie „Stadtstaat-Flächenstaat“ und „hohe-niedrige Quote der landesspezifischen Erwerbslosigkeit“ als Erklärungsgründe nicht ausreichend sind. Auch die sehr unterschiedlichen Studienberechtigtenquoten⁸ geben separat betrachtet noch keinen Aufschluss über die großen Länderdifferenzen. So erlangen beispielsweise sowohl in Bremen als auch in Hamburg überdurchschnittlich viele junge Menschen eine Studienberechtigung (2003: 44,1 bzw. 44,6 %)⁹. In Mecklenburg-Vorpommern und Bayern erwerben indes vergleichsweise wenig Schüler eine Hochschulreife (28 % bzw. 31,3 %). In Bayern mündet dies

⁷ Einer der zentralen Gründe für den niedrigen Wert in Baden-Württemberg ist die hier besonders erfolgreiche Etablierung bzw. besonders hohe Attraktivität der Ausbildung an Berufsakademien als Alternative zum herkömmlichen Studium an Universitäten und Fachhochschulen.

⁸ Anteil der Studienberechtigten an der altersspezifischen Bevölkerung

⁹ vgl. Statistisches Bundesamt: Fachserie 11/Reihe 4.3.1, Bildung und Kultur. Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen 1980 - 2003. Wiesbaden 2005.

Abb. 7 Brutto-Studierquote der Studienberechtigten 2004 nach Land des Erwerbs der Hochschulreife: Abweichungen in Prozentpunkten vom Durchschnittswert (71%)



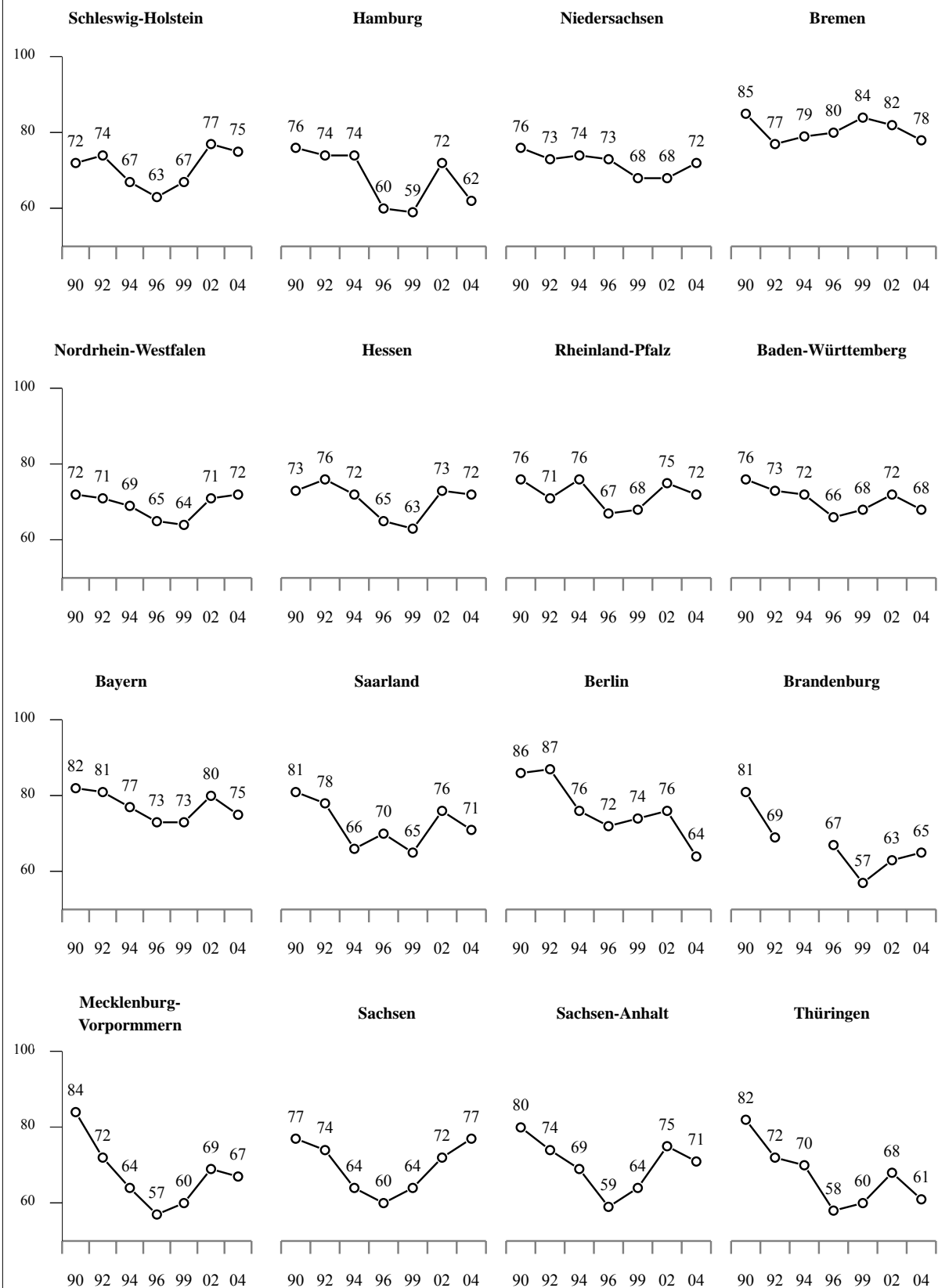
in einer überdurchschnittlichen Studierneigung, in Mecklenburg-Vorpommern möchten dagegen nur unterdurchschnittlich viele Studienberechtigte ein Studium aufnehmen.

Wie die Zeitreihen der Tabelle 2.2 und die Abb. 8 zeigen, sind die **Entwicklungsverläufe der länderspezifischen Brutto-Studierquoten** sowohl in ihrem Niveau als auch in den jeweiligen Veränderungsraten sehr heterogen. Allen Länderverläufen gemeinsam ist jedoch eine Abnahme der Studierbereitschaft zwischen den Jahrgängen 1990 und 1996. Besonders deutlich fiel dieser Rückgang in Hamburg, Berlin und in allen fünf neuen Ländern aus. Während in den Ländern Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen damit bereits die niedrigste Quote erreicht wurde, war das in Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Brandenburg und im Saarland erst bei dem Jahrgang 1999 der Fall. Auch nach dem anschließenden deutlichen Wiederanstieg der Studierquote wurde 2002 nur in einigen Ländern das hohe Niveau vom Beginn der 90er Jahre wieder erreicht bzw.

sogar überschritten (Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz).

2004 setzt sich der Aufwärtstrend nur in wenigen Ländern fort (Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Sachsen). In Niedersachsen ist erstmals seit Beginn der 90er Jahre wieder ein Anstieg der Studierbereitschaft zu beobachten. In den anderen zwölf Ländern ist die Brutto-Studierquote hingegen rückläufig, jedoch in sehr unterschiedlichem Maß. In Hessen und Mecklenburg-Vorpommern hat sich die Quote lediglich um einen bzw. zwei Prozentpunkte verringert. In Berlin ist dagegen ein dramatischer Einbruch der Studierbereitschaft um 12 Prozentpunkte auf 64 % gegenüber 2002 und damit auf den bislang niedrigsten Wert zu konstatieren. Auch in Hamburg hat das Studium deutlich an Attraktivität verloren (-10 Prozentpunkte). Mit 62 % ist die Brutto-Studierquote nach einem kurzzeitigen Anstieg wieder auf das Niveau von Ende der 90er zurückgekehrt. Ähnlich verläuft die Entwicklung in Thüringen, Bayern und Baden-Württemberg. Beim Jahrgang 2004 ist in diesen Ländern die Studierbereitschaft wieder (fast) auf den Wert von 1999 gesunken.

Abb. 8 Brutto-Studierquote der Studienberechtigten nach Land des Erwerbs der Hochschulreife
(in v.H.)



Zwischen den einzelnen Bundesländern sind zudem große Differenzen in der *Bandbreite* der Brutto-Studierquote erkennbar (vgl. Tab. 2.4a bis Tab. 2.4b). Während sich in Sachsen-Anhalt die Studierquote unter Einbeziehung der „wahrscheinlich“ und „alternativ“ geplanten Studienaufnahme lediglich um 4 Prozentpunkte auf 75 % erhöht, ist die Bandbreite in Berlin und Bremen mit 10 Prozentpunkten zweieinhalb mal so groß und in Hamburg, Thüringen und dem Saarland mit 8 Prozentpunkten doppelt so groß. Die in Berlin, Hamburg und Thüringen besonders niedrigen Kernquoten werden somit durch wesentlich höhere Maximalquoten „ergänzt“. Dennoch bleibt Thüringen das Schlusslicht hinsichtlich der Studierfreudigkeit (61 %-68 %). Bremen kann indes seinen Vorsprung weiter ausbauen (78 %-88 %).

Besuchte Schulart

Die Schulabgänger von Abendgymnasien und Kollegs zeichnen sich durch eine besonders hohe Studierbereitschaft aus (vgl. Tab. 2.5). 87 % von ihnen lösen ihre im Anschluss an eine berufliche Ausbildung und (häufig parallel zu einer) Berufstätigkeit erworbene Studienoption ein – überwiegend direkt nach Schulabgang (68 %). Die Ursache dafür ist wohl vor allem, dass sie die Erschwernisse des zweiten Bildungsweges in erster Linie aus einem festen Studienwunsch heraus auf sich genommen haben. So hat für sie – gefragt nach der Bedeutung bzw. den Gründen für den Erwerb der Hochschulreife – die Studienberechtigung deutlich häufiger als für Schulabgänger anderer Schularten die Bedeutung einer unerlässlichen Voraussetzung zum Studium¹⁰.

Überdurchschnittlich hoch ist die Studierneigung 2004 auch an den Gymnasien, Gesamtschulen und Waldorfschulen. 77 % der Absolventen dieser Schularten nehmen ein Hochschulstudium auf. Bei den Studienberechtigten aus Fachgymnasien und Fachoberschulen liegt die Studierquote mit jeweils 64 % deutlich darunter. Noch geringer ist die Studierbereitschaft bei den Schulabgängern von Berufsfachschu-

len, Fachschulen und bayerischen Fachakademien. Nicht einmal jeder zweite von ihnen möchte seine Studienoption einlösen.

Im Vergleich zum Studienberechtigtenjahrgang 2002 hat sich die Studierbereitschaft an den einzelnen Schularten kaum verändert. Ein deutlicher Rückgang lässt sich jedoch bei den Absolventen der Fachoberschulen beobachten. Um 6 Prozentpunkte auf 64 % hat sich die Studierquote bei ihnen verringert.

Bildungsherkunft

Die PISA-Studien haben die im internationalen Vergleich sehr hohe soziale Selektivität des deutschen Schulsystems erneut belegt. Zum gleichen Ergebnis kommt die regelmäßig von -HIS durchgeführte „Sozialerhebung“ des Deutschen Studentenwerks, die sehr eindrucksvoll zeigt, dass die größten Selektionswirkungen beim Übergang von der Grundschule in die weiterführenden Schulen sowie beim Übergang von der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II bestehen. Während 85 % der Kinder aus der hohen sozialen Herkunftsgruppe eine Schule besuchen, die zur Studienberechtigung führt, sind es von denen aus der niedrigen sozialen Herkunftsgruppe nur 36 %¹¹. Ihre Fortsetzung findet die soziale Selektivität des Schulsystems beim Übergang zur Hochschule¹². 80 % der Schulabgänger aus Akademikerfamilien lösen ihre Studienoption ein. Ein halbes Jahr nach Schulabgang waren bereits 42 % an einer Hochschule immatrikuliert. Studienberechtigte, die aus einem Elternhaus ohne Hochschulabschluss stammen, entscheiden sich erheblich seltener für ein Studium (63 %). Lediglich 34 % sind zum frühest möglichen Zeitpunkt eingeschrieben, weitere 29 % möchten demnächst ein Studium aufnehmen.

Gegenüber 2002 ist in beiden Gruppen ein Rückgang der Studierbereitschaft zu beobach-

¹⁰ vgl. Heine, C./Scheller, P./Willich, J.: Studienberechtigte 2005. Studierbereitschaft, Berufsausbildung und Bedeutung der Hochschulreife. Ergebnisse der ersten Befragung der Studienberechtigten 2005 ein halbes Jahr vor Schulabgang. Pilotstudie. HIS Kurzinformation A16/2005, Hannover 2005.

¹¹ vgl. Isserstedt, I./Middendorff, E./Weber, S./Schnitzer, K./Wolter, A.: Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2003. Hrsg. vom Bundesministerium für Bildung und Forschung. Bonn, Berlin 2004 (17. Sozialerhebung des DSW).

¹² Für die Untersuchung des Einflusses der familialen Herkunft wurde das Merkmal „höchster Ausbildungsabschluss der Eltern“ betrachtet und zwischen Eltern mit und ohne Hochschulabschluss unterschieden. Aus einem Elternhaus mit Hochschulabschluss kommen Studienberechtigte, von denen mindestens ein Elternteil einen Hochschulabschluss erworben hat.

ten. Allerdings fällt er unterschiedlich stark aus. Während bei den Studienberechtigten aus einem Akademikerhaushalt die Studierquote lediglich um 1 Prozentpunkt gesunken ist, verzichten von den Schulabgängern aus Familien ohne Hochschulabschluss 3 Prozentpunkte mehr auf eine Studienaufnahme.

Migrationshintergrund

Der Migrationshintergrund der Studienberechtigten wurde erstmals beim Jahrgang 2004 erfragt und aufgrund seiner Bedeutung in der gegenwärtigen bildungspolitischen Diskussion in die bivariate Betrachtung einbezogen. Der Migrationshintergrund wurde anhand der Staatsangehörigkeit der Befragten, des Geburtslandes der Eltern und der im Elternhaus normalerweise gesprochenen Sprache erhoben. In dieser weiten Definition liegt ein Migrationshintergrund vor, wenn der Proband eine ausländische oder doppelte Staatsangehörigkeit besitzt *oder* mindestens ein Elternteil im Ausland geboren wurde *oder* zu Hause kein deutsch gesprochen wird bzw. nur in Verbindung mit einer anderen Sprache.

Um der Bedeutung der im Elternhaus gesprochenen Sprache als Ausdruck der sprachlichen Integration in Deutschland und der Verfügung über kulturelles Kapital Rechnung zu tragen, werden vier Gruppen von Studienberechtigten unterschieden: Studienberechtigte ohne Migrationshintergrund, Studienberechtigte mit Migrationshintergrund, in deren Elternhaus normalerweise deutsch gesprochen wird, Studienberechtigte mit Migrationshintergrund, in deren Elternhaus deutsch sowie eine andere Sprache gesprochen werden, und Studienberechtigte mit Migrationshintergrund, in deren Elternhaus normalerweise kein deutsch gesprochen wird.

Von den Studienberechtigten 2004 haben insgesamt 15 % einen Migrationshintergrund. Nur deutsch sprechen davon im Elternhaus 5 %, nur eine andere Sprache 1 %. Mit 9 % die größte Gruppe kommt aus einem Elternhaus, in dem deutsch und eine andere Sprache gesprochen werden.

Die mit Abstand höchste Studierneigung zeigen die Studienberechtigten mit Migrationshinter-

grund, die zu Hause kein deutsch sprechen. 83 % dieser Schulabgänger nehmen ein Studium auf. Mit nur einem Prozent ist diese Gruppe aber zugleich die kleinste. Überdurchschnittlich ist die Studierbereitschaft auch bei den Absolventen mit Migrationshintergrund, die im Elternhaus neben einer anderen Sprache deutsch sprechen (75 %). Etwas geringer ist die Studierquote der zu Hause nur deutsch sprechenden Migranten (73 %). Von den Studienberechtigten ohne Migrationshintergrund nehmen hingegen vergleichsweise wenige ein Studium auf (70 %). Insgesamt lässt sich also konstatieren, dass die Studierbereitschaft umso größer ist, je geringer die sprachliche Integration in Deutschland ist. Dieser auf den ersten Blick überraschende Befund erklärt sich primär aus der Intensität der „Vorselektion“, die innerhalb des Schulsystems – z.B. beim Übergang in eine weiterführende Schule – bereits stattgefunden hat. Studienberechtigte mit Migrationshintergrund, erst recht solche, in deren Familie überwiegend nicht Deutsch gesprochen wird, bilden eine beim Erwerb der Hochschulreife bereits hochgradig vorselektierte Gruppe. Je höher die bis zu dieser Schwelle erforderlichen Anstrengungen ausfallen, desto kleiner wird diese Gruppe und desto höher fallen die Ambitionen auf eine Studienaufnahme aus.

Exkurs: Einflussfaktoren der Studienentscheidung

Im Folgenden geht es um die Frage nach *bestimmenden* Faktoren der Entscheidung für oder wider eine Studienaufnahme und nach ihren jeweiligen Einflussstärken bei den studienberechtigten Schulabgängern 2004. Während bivariate Verfahren die Gefahr bergen, nur scheinbare oder vermittelte Einflüsse aufzuzeigen, bietet die hier verwendete Methode der logistischen Regression¹³ die Möglichkeit, den Einfluss mehrerer bildungsbiographischer, soziodemographischer und arbeitsmarktbezogener Variablen gleichzeitig zu betrachten und so Effekte zu erhalten, die um den Einfluss der anderen im Modell enthaltenen Faktoren „bereinigt“ sind. Zudem kann die Effektstärke der einzelnen Variablen genau abgeschätzt und ihre (bivariat ermittelte) Signifikanz überprüft werden.

¹³ Lit. zu diesem Verfahren z. B.: Andreß, H.-J./Hagenaars, J./Kühnel, S.: Analyse von Tabellen und kategorialen Daten. 1997

In der Literatur wird eine Vielzahl von Einflussfaktoren der Studienentscheidung diskutiert, die auf verschiedenen „Ebenen“ anzusiedeln sind. In Anlehnung an die Systematisierung der Determinanten der Bildungsnachfrage nach Härnqvist¹⁴ werden im Folgenden eine individuelle und eine institutionelle Ebene unterschieden. Der *individuelle* Bereich unterteilt sich in:

- Faktoren, die Charakteristika der Studienberechtigten betreffen (z.B. Geschlecht, Alter, Bildungserfolg, intellektuelle Fähigkeiten, Interessen und Bildungsambitionen, wie die Motivation für Leistung, Status, Erfolg) und
- Einflüsse, die aus der persönlichen Umgebung der Studienberechtigten resultieren (z.B. soziale Herkunft, Migrationshintergrund, regionale Herkunft).

Die *institutionelle* Ebene gliedert sich in:

- Einflüsse des Bildungssystems (z.B. Betonung bestimmter berufsvorbereitender Kurse in der Schule, Zulassungsvoraussetzungen in bestimmten Studiengängen, räumliche Entfernung der berufsqualifizierenden Angebote, öffentliche Finanzierungshilfen) und
- gesellschaftliche Faktoren außerhalb des Bildungssystems (z.B. gesellschaftliche Wertschätzung eines Bildungsweges, die erwartete Ertragsrate der Bildungsinvestition in Anlehnung an den Humankapitalansatz, erhoffte Arbeitsmarktchancen).

In der folgenden Modellierung erfolgt eine Konzentration auf die individuellen Faktoren. Auf der institutionellen Ebene werden die besuchte Schulart und die Wahrnehmung der Arbeitsmarktchancen von Akademikern sowie Absolventen eines beruflichen Ausbildungsweges ohne Studium einbezogen.

Als *abhängige, zu erklärende Variable* wird die Entscheidung für oder gegen ein Studium betrachtet. Studienberechtigte, die zum Befragungszeitpunkt bereits an einer Universität bzw. gleichgestellten Hochschule oder Fachhochschule immatrikuliert waren oder dies für

die Zukunft sicher planen, gehören zur Gruppe „Studium“. Studienberechtigte, die keine Studienaufnahme beabsichtigen oder deren Studienentscheidung mit (großen) Unsicherheiten behaftet ist, bilden die Gruppe „kein Studium“. Als *unabhängige Variablen* wurden in einem ersten Schritt Merkmale einbezogen, die nach Härnqvist der individuellen Ebene zuzurechnen sind (vgl. Tab. a): Geschlecht, Alter, die Schulabschlussnote als Indikator intellektueller Fähigkeiten sowie eine vor oder parallel zum Erwerb der Hochschulreife abgeschlossene Berufsausbildung. Hinzu kommen verschiedene Berufsziele sowie Motive, die von den Probanden hinsichtlich ihrer Bedeutung für die Wahl ihres nachschulischen Werdegangs auf einer fünf- bzw. sechsstufigen Skala zu beurteilen waren. Sie dienen als Indikator für die Leistungsmotivation und Interessen der Studienberechtigten. Insgesamt wurden den Befragten 15 Berufsziele und 25 Studien- und Ausbildungsmotive vorgegeben, aus denen im Ergebnis einer Faktorenanalyse drei Ziele und fünf Motive für das Regressionsmodell ausgewählt wurden. Auswahlkriterium war die Abbildung aller ermittelten Faktoren. Unter den Berufszielen ist dies ein Faktor, der intrinsische, leistungsorientierte Ziele vereint und im Folgenden durch den Wunsch, später „in beruflicher Hinsicht Überdurchschnittliches zu leisten“ repräsentiert wird. Ein zweiter Faktor kann mit extrinsischen, karriereorientierten Zielen überschrieben werden. Aus ihm wurde das Berufsziel „eine leitende Funktion einnehmen“ ausgewählt. Eine dritte Gruppe umfasst schließlich Ziele, die auf Familie, Freizeit und einen sicheren Arbeitsplatz gerichtet sind. Der Wunsch „einen sicheren Arbeitsplatz zu haben“ geht in das Regressionsmodell ein.

Die Faktoranalyse der Studien- und Ausbildungsmotive hat ebenfalls drei Faktoren ergeben, die intrinsische und extrinsische sowie situative¹⁵ Motive bündeln. Exemplarisch ausgewählt wurden aus diesen drei Faktoren der Wunsch, „eigene Vorstellungen besser verwirklichen zu können“, „einen hohen sozialen Status zu erreichen“ sowie „örtliche Bindungen“.

¹⁴ Zitiert nach Helberger, C.: Die Nachfrage nach Bildung: Theorien und empirische Ergebnisse. Berlin 1992

¹⁵ Situative Motive sind Motive, die nicht auf Inhalte oder „Erträge“ der nachschulischen Ausbildung gerichtet sind, sondern die Situation der Studienberechtigten betreffen, wie familiäre Gründe, örtliche Bindungen, gesundheitliche Gründe, fehlende Alternative, Orientierung vor der endgültigen Entscheidung.

Hinzu kommen zwei Motive, die sich als keinem der Faktoren (eindeutig) zugehörig erwiesen haben: „Interesse an wissenschaftlicher Arbeit“ und „baldige finanzielle Unabhängigkeit“.

Als Wirkgrößen der persönlichen Umgebung der Studienberechtigten wurden die Bildungsherkunft und der Migrationshintergrund in das Regressionsmodell einbezogen. Zudem fließt das Bundesland, in dem die Hochschulreife erworben wurde, als unabhängige – jedoch nicht gesondert ausgewiesene – Variable in das Regressionsmodell ein, um mögliche Effekte, die aus der regionalen Herkunft resultieren, zu kontrollieren.

Für die Untersuchung des Einflusses des Migrationshintergrundes auf die Studienentscheidung wird, anders als bei der bivariaten Betrachtung, nur zwischen Studienberechtigten mit und ohne Migrationshintergrund differenziert. Grund dafür ist die sehr kleine Gruppengröße der Studienberechtigten mit Migrationshintergrund, die zu Hause kein deutsch sprechen.

Das *Geschlecht* hat sich auch in früheren Untersuchungen in der bivariaten Betrachtung der Studienentscheidung stets als differenzierendes Merkmal herausgestellt. Zu überprüfen ist nun, ob dieses Ergebnis auch bei der multivariaten Untersuchung, also bei Kontrolle aller betrachteten Wirkgrößen, Bestand hat. Wie in Tab. a zu sehen ist, bestätigen sich die bivariaten Resultate. Bei Konstanthaltung jeweils aller anderen in das Modell einbezogenen individuellen Merkmale der Studienberechtigten zeigen sich hoch signifikante Einflüsse des Geschlechts auf die Studienentscheidung in erwarteter Richtung. Demnach haben Männer bei gleicher Note, gleichem Alter, gleicher Motivation, gleichen Zielen, gleicher beruflicher Vorbildung, Bildungsherkunft sowie gleichem Migrationshintergrund (Migration ja/nein) eine knapp eineinhalb mal so große Chance ein Studium aufzunehmen wie Frauen.

Die *Abschlussnote* bei Erwerb der Hochschulreife hat bei Kontrolle aller anderen Faktoren im Regressionsmodell ebenfalls signifikanten Einfluss auf die Studienentscheidung. Wie zu erwarten sinkt die Wahrscheinlichkeit einer Studien-

Tab. a Individuelle Faktoren der Studienberechtigten 2004

<i>Erklärende Variablen</i>	<i>Odds Ratio</i>
Charakteristika der Studienberechtigten	
Mann RK ¹ : Frau	1,45***
Abschlussnote	0,96***
Alter	0,88***
vor/mit Erwerb der Hochschulreife Berufsausbildung abgeschlossen RK ¹ : keine Berufsausbildung	1,03
Berufsziele (5-stufige Skala von 1 = "überhaupt nicht" bis 5 = "sehr stark"):	
"in beruflicher Hinsicht Überdurchschnittliches leisten"	0,94
"eine leitende Funktion einnehmen"	1,03
"einen sicheren Arbeitsplatz haben"	0,76***
Studien-/Ausbildungsmotive (6-stufige Skala von 1 = "bedeutungslos" bis 6 = "sehr bedeutend"):	
"einen hohen sozialen Status erreichen"	1,17***
"baldige finanzielle Unabhängigkeit"	0,47***
"eigene Vorstellungen besser verwirklichen können"	1,27***
"Interesse an wissenschaftlicher Arbeit"	1,55***
"örtliche Bindungen"	0,98
persönliche Umgebung der Studienberechtigten ²	
Eltern Akademiker RK ¹ : Eltern ohne Hochschulabschluss	1,92***
Migrationshintergrund RK ¹ : kein Migrationshintergrund	1,78***
N = 6228 Pseudo R ² (McFadden) = 0,26 ¹ RK = Referenzkategorie ² Das Bundesland des Erwerbs der Hochschulreife geht als Kontrollvariable ein *** auf 0,1% - Niveau signifikant ** auf 1% - Niveau signifikant	
HIS- Studienberechtigtenbefragungen	

aufnahme mit schlechter werdender Abschlussnote. Verschlechtert sich die Abschlussnote um eine Standardabweichung, das entspricht 0,6 Notestufen, dann sinkt die Studierwahrscheinlichkeit um 4 Prozentpunkte (vgl. Tab. c).

Auch ein steigendes *Alter* schmälert die Chance einer Entscheidung für ein Studium. Bei einer Erhöhung des Alters der Studienberechtigten um eine Standardabweichung (2,8 Jahre), sinkt die Wahrscheinlichkeit einer Studienaufnahme um 5 Prozentpunkte. Ein 20-Jähriger beginnt

mit einer geschätzten Wahrscheinlichkeit von 82 % ein Studium, ein 30-Jähriger nur mit einer Wahrscheinlichkeit von 57 %.

Wie eingangs erwähnt bietet eine Regression die Möglichkeit, die Einflussstärken der unabhängigen Variablen zu ermitteln und sie damit hinsichtlich ihrer Bedeutung für die abhängige Variable miteinander zu vergleichen. Bei logistischen Regressionsmodellen kann die Größe des Einflusses der einzelnen erklärenden Variablen jedoch nicht direkt an deren Koeffizienten abgelesen werden. Einen Ausweg bietet die Berechnung eines sogenannten marginalen Effektes¹⁶ für jede Wirkgröße und dessen Multiplikation mit der jeweiligen Standardabweichung. Dadurch werden die Einflüsse der metrischen Variablen mit ihren unterschiedlichen Wertebereichen (Alter, Abschlussnote, Leistungsmotivation, Einschätzung der Berufsaussichten) vergleichbar. Für die dichotomen Variablen werden die Studierwahrscheinlichkeiten jeweils für die Werte 0 und 1 berechnet. Der Einfluss der Indikatorvariable ergibt sich aus der Differenz der beiden Wahrscheinlichkeiten.

Die verschiedenen *Berufsziele* sowie *Studien- und Ausbildungsmotive* beeinflussen die Studienaufnahme sehr unterschiedlich. Begünstigend wirken der Wunsch, eigene Vorstellungen besser verwirklichen zu können und einen hohen sozialen Status zu erreichen, sowie das Interesse an wissenschaftlicher Arbeit. Erhöht sich das Interesse an wissenschaftlicher Arbeit um eine Standardabweichung (1,5 Stufen) auf einer sechsstufigen Skala, dann steigt die Studierwahrscheinlichkeit um 8 Prozentpunkte. Eher gegen ein Studium fällt die Entscheidung dagegen bei dem Ziel, einen sicheren Arbeitsplatz zu haben. Besonders stark verringert sich die Wahrscheinlichkeit einer Studienaufnahme, wenn eine baldige finanzielle Unabhängigkeit angestrebt wird. Erhöht sich dieser Wunsch auf einer sechsstufigen Skala um eine Standardabweichung (ca. 1,5 Stufen), dann sinkt die Studierwahrscheinlichkeit um 15 Prozentpunkte.

Auch unter Kontrolle aller jeweils anderen individuellen Faktoren haben *Bildungsherkunft* und *Migrationshintergrund* signifikanten Einfluss

¹⁶ Der marginale Effekt gibt an, wie sich die Wahrscheinlichkeit für eine Studienentscheidung verändert, wenn die unabhängige Variable um eine sehr kleine Einheit erhöht wird.

auf die Studienentscheidung. Im Vergleich zu Schulabgängern, deren Eltern keinen Hochschulabschluss erlangt haben, haben Studienberechtigte aus einem Akademikerhaushalt eine knapp doppelt so große Chance, ein Studium zu beginnen. Ein Migrationshintergrund wirkt unter Konstanthaltung aller übrigen Variablen positiv auf die Entscheidung für ein Studium. Schulabgänger mit einem Migrationshintergrund haben, wenn sie die zahlreichen Hürden bis zur Studienberechtigung gemeistert haben, eine 1,8 mal so hohe Chance zu studieren wie Schulabgänger ohne Migrationshintergrund.

Keinen signifikanten Einfluss auf die Studienentscheidung haben im ersten Modell eine bereits vor oder parallel zum Erwerb der Hochschulreife absolvierte *Berufsausbildung*, die Berufsziele „in beruflicher Hinsicht Überdurchschnittliches zu leisten“ und „eine leitende Funktion einnehmen“ sowie die Wahl des nachschulischen Werdegangs aufgrund örtlicher Bindungen.

Mit einem Pseudo R^2 -Wert von 0,26 zeigt sich bei Einbezug nur der individuellen Einflussfaktoren bereits ein starker Zusammenhang zwischen abhängiger und unabhängigen Variablen¹⁷. Er erhöht sich nochmals auf 0,32 im durch Faktoren der institutionellen Ebene erweiterten zweiten Regressionsmodell.

Unter Einbeziehung der institutionellen Faktoren bleiben Wirkungsgröße und -richtung der im Modell 1 untersuchten individuellen Faktoren der Studienberechtigten im Wesentlichen unverändert (vgl. Tab. b). Eine Ausnahme bilden das Geschlecht und die Bildungsherkunft der Studienberechtigten sowie deren berufliche Vorbildung. Unter Kontrolle der institutionellen Faktoren verringern sich die Einflussstärken von Geschlecht und Bildungsherkunft deutlich. Männer haben bei Berücksichtigung der besuchten Schulart und der Einschätzung der Berufsaussichten von Akademikern und Absolventen eines Ausbildungsweges ohne Studium „nur“ noch eine 1,3 mal so große Chance ein

¹⁷ Pseudo- R^2 kann Werte zwischen 0 und 1 annehmen. In der Literatur finden sich unterschiedliche Hinweise auf die Interpretation dieses Maßes. Nach Andreß u.a. (siehe Fußnote 13) weist ein R^2 -Wert unter 0,05 auf einen geringen Zusammenhang hin und ein Wert über 0,2 auf einen starken Zusammenhang. Ein Wert über 0,4 ist nur selten zu erreichen.

Tab. b Individuelle und institutionelle Faktoren der Studienberechtigten 2004

<i>Erklärende Variablen</i>	<i>Odds Ratio</i>
individuelle Faktoren ²	
Mann RK ¹ : Frau	1,30***
Abschlussnote	0,96***
Alter	0,88***
Berufsziele (5-stufige Skala von 1 = "überhaupt nicht" bis 5 = "sehr stark"):	
"in beruflicher Hinsicht Überdurchschnittliches leisten"	0,92
"eine leitende Funktion einnehmen"	1,03
"einen sicheren Arbeitsplatz haben"	0,80***
Studien-/Ausbildungsmotive (6-stufige Skala von 1 = "bedeutungslos" bis 6 = "sehr bedeutend"):	
"einen hohen sozialen Status erreichen"	1,13***
"baldige finanzielle Unabhängigkeit"	0,49***
"eigene Vorstellungen besser verwirklichen können"	1,35***
"Interesse an wissenschaftlicher Arbeit"	1,47***
"örtliche Bindungen"	0,98
Eltern Akademiker RK ¹ : Eltern ohne Hochschulabschluss	1,71***
Migrationshintergrund RK ¹ : kein Migrationshintergrund	1,85***
institutionelle Faktoren	
besuchte Schulart:	
Abendgymnasium/Kolleg	5,19***
Fachgymnasium/BOS (Abitur)	0,65***
Fachoberschule/BOS (Fachhochschulreife) mit vor/parallel zum Erwerb der Hochschulreife abgeschlossener Berufsausbildung	1,70***
Fachoberschule/BOS (Fachhochschulreife) ohne abgeschlossene Berufsausbildung	0,30***
Berufsfachschule/Fachschule/Fachakademie RK ¹ : Gymnasium/Gesamtschule/Waldorfschule	0,38***
Einschätzung der Berufsaussichten (5-stufige Skala von 1 = "sehr schlecht" bis 5 = "sehr gut"):	
- für Akademiker	1,67***
- für Absolventen eines Ausbildungsweges ohne Studium	0,52***
N = 6228 Pseudo R ² (McFadden) = 0,32 ¹ RK = Referenzkategorie ² Das Bundesland des Erwerbs der Hochschulreife geht als Kontrollvariable ein *** auf 0,1% - Niveau signifikant ** auf 1% - Niveau signifikant	
HIS- Studienberechtigtenbefragungen	

Studium aufzunehmen wie Frauen. Insbesondere hinsichtlich der Wahrnehmung der Berufsaussichten von Akademikern gibt es deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede, bei deren

Kontrolle sich die Differenzen hinsichtlich der Studierwahrscheinlichkeit von Männern und Frauen verkleinern. Zwei Drittel der Männer und lediglich 45 % der Frauen beurteilen die Berufsaussichten von Hochschulabsolventen als gut oder sehr gut.

Die Verringerung der Einflussstärke der Bildungsherkunft bei Kontrolle der institutionellen Faktoren ist hingegen in besonderem Maße durch die Unterschiede hinsichtlich der besuchten Schulart und den damit verbundenen Bildungszielen begründet. 76 % der Akademikerkinder und nur 54 % der Studienberechtigten, deren Eltern keinen Hochschulabschluss erlangt haben, erwarben das Abitur an einem Gymnasium. Dagegen haben von den Kindern aus einem nichtakademischen Haushalt 19 % eine Fachoberschule und 13 % eine Berufsfachschule oder Fachschule besucht. Unter den Akademikerkindern sind es nur 10 bzw. 6 %. Vergleichsweise gering sind je nach Bildungsherkunft die Differenzen hinsichtlich der Einschätzung der Berufsaussichten von Akademikern. 58 % der Studienberechtigten, deren Eltern selbst über einen Hochschulabschluss verfügen, beurteilen die Arbeitsmarktchancen positiv. Bei den Studienberechtigten aus einem nichtakademischen Haushalt sind es 51 %. Auch bei Einbeziehung dieser institutionellen Faktoren in das Regressionsmodell haben Akademikerkinder gegenüber Studienberechtigten aus einem nichtakademischen Haushalt immer noch eine 1,7 mal so große Chance, ein Studium aufzunehmen (Modell a: 1,9).

Eine vor oder parallel zum Erwerb der Hochschulreife abgeschlossene Ausbildung wurde im zweiten Modell nicht mehr als einzelner Faktor betrachtet, da je nach Schulart in der Regel nur eine Ausprägung dieser Variable auftritt: An Gymnasien, Gesamtschulen, Waldorfschulen und Fachgymnasien hat von einigen Ausnahmen abgesehen bei Schulabgang kein Studienberechtigter eine abgeschlossene Berufsausbildung. An Abendgymnasien und Kollegs ist dies indes Voraussetzung für den Schulbesuch. An Berufsfachschulen und Fachschulen wird überwiegend parallel zum Erwerb der Hochschulreife eine berufliche Aus- oder Weiterbildung absolviert. Der Einfluss einer vor oder parallel zum Erwerb der Hochschulreife

abgeschlossenen Berufsausbildung würde bei Einbeziehung der Schularten somit falsch geschätzt. Dennoch wird im zweiten Modell nicht gänzlich auf die Berufsausbildung verzichtet, denn an Fachoberschulen sind sowohl Schulabgänger ohne als auch Studienberechtigte mit abgeschlossener Ausbildung in ausreichend großen Anteilen vertreten (44 % vs. 56 %). Für diese Schulart wird zwischen beiden Gruppen unterschieden und der Einfluss einer vor oder parallel zum Erwerb der Hochschulreife abgeschlossenen Berufsausbildung untersucht.

Bei Konstanzhaltung aller anderen einbezogenen Variablen der individuellen und institutionellen Ebene zeigt sich ein signifikanter Zusammenhang zwischen der Studienentscheidung und der zum Erwerb der Hochschulreife besuchten *Schulart*. Während Absolventen einer Schule des zweiten Bildungsweges im Vergleich zu Gymnasiasten eine etwa fünfmal so hohe Chance haben, ein Hochschulstudium zu beginnen, ist die der Abgänger von Berufsfachschulen und Fachschulen nur 0,38 mal so groß. Mit dem Schulbesuch sind offensichtlich je nach Schulart bereits unterschiedliche nachschulische Ziele verbunden. So werden Abendgymnasium und Kolleg in der Regel nach abgeschlossener Berufsausbildung und einer Phase der Erwerbstätigkeit bzw. parallel zur Erwerbstätigkeit besucht, um eine Hochschulzugangsberechtigung zu erlangen. Berufsfachschüler und Fachschüler erlernen an der Schule primär einen Beruf oder bilden sich in ihrem Beruf weiter. Der Erwerb der Studienberechtigung ist in ihrer bildungs- und berufsbiografischen Planung nicht selten optional bzw. eine „Beigabe“.

Die mit dem Schulbesuch verbundenen unterschiedlichen Ziele werden bei Betrachtung der Fachoberschulabsolventen mit bzw. ohne abgeschlossene Berufsausbildung ebenfalls deutlich. Schulabgänger, die mit bereits absolvierter Ausbildung eine Studienberechtigung erwerben, haben diese Mühe offensichtlich vor allem aus einem Studienwunsch heraus auf sich genommen. Ihre Chance zu studieren, ist 1,7 mal so groß wie bei Gymnasiasten. Besonders gering ist die Studierneigung bei Fachoberschülern ohne berufliche Vorbildung: Gymnasiasten haben eine 3,3 mal und Fachoberschüler mit

Berufsausbildung eine 5,7 mal so große Chance zur Studienaufnahme.

Die Einschätzungen der Studienberechtigten zu den allgemeinen *Berufsaussichten* von Akademikern sowie von Absolventen eines beruflichen Ausbildungsweges ohne Studium wirken wie zu vermuten in verschiedener Richtung. Je günstiger die Berufsaussichten von Hochschulabsolventen und damit auch der Nutzen eines Studiums beurteilt werden, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit einer Studienaufnahme. Bei einer um eine Standardabweichung (0,7 Stufen) günstigeren Einschätzung auf einer fünfstufigen Skala steigt die Studierwahrscheinlichkeit um 5 Prozentpunkte. Umgekehrt sinkt die Studierwahrscheinlichkeit mit positiv ausfallender Einschätzung der Berufsaussichten von Absolventen eines nichtakademischen Ausbildungsweges. Ein Anstieg um eine Standardabweichung (0,7 Stufen) lässt die Wahrscheinlichkeit einer Studienaufnahme um 7 Prozentpunkte sinken (vgl. Tab. c).

Der Vergleich der erhaltenen Hilfsgrößen für die Einflussstärken (vgl. Tab. c) ergibt, dass bei der Entscheidung für oder gegen eine Studienaufnahme der zum Erwerb der Hochschulreife besuchten Schulart besondere Bedeutung zukommt – nicht zuletzt aufgrund der erwähnten unterschiedlichen Zielsetzungen, die mit dem Schulbesuch verbunden sind. So ist beispielsweise die Wahrscheinlichkeit der Entscheidung für ein Studium bei Studienberechtigten von Berufsfachschulen, Fachschulen und Fachakademien um 18 Prozentpunkte geringer als bei Gymnasiasten. Absolventen von Abendgymnasien nehmen dagegen mit einer um 14 Prozentpunkte höheren Wahrscheinlichkeit ein Studium auf als die Abgänger von Gymnasien. Vergleichsweise wichtige Einflussgrößen bei der Studienentscheidung sind auch die Ausbildungsmotive „baldige finanzielle Unabhängigkeit“ und „Interesse an wissenschaftlicher Arbeit“. Steigt der Wunsch, möglichst bald finanziell unabhängig zu sein, um eine Standardabweichung (1,5 Stufen), dann sinkt die Wahrscheinlichkeit einer Studienaufnahme um 15 Prozentpunkte. Eine Zunahme des Interesses an wissenschaftlicher Arbeit um eine Standardabweichung (1,5 Stufen) auf der sechsstufigen Skala hat indes ein Anwachsen der Studierwahrscheinlichkeit um 8 Prozentpunkte zur

Tab. c Einflussstärken der erklärenden Variablen

<i>Erklärende Variablen</i>	<i>marginaler Effekt * Standardabweichung</i>	<i>dichotome Variable</i>
individuelle Faktoren ²		
Mann RK ¹ : Frau		0,04***
Abschlussnote	-0,04***	
Alter	-0,05***	
Berufsziele (5-stufige Skala von 1 = "überhaupt nicht" bis 5 = "sehr stark"):		
"in beruflicher Hinsicht Überdurchschnittliches leisten"	-0,01	
"eine leitende Funktion einnehmen"	0,01	
"einen sicheren Arbeitsplatz haben"	-0,02***	
Studien-/Ausbildungsmotive (6-stufige Skala von 1 = "bedeutungslos" bis 6 = "sehr bedeutend"):		
"einen hohen sozialen Status erreichen"	0,02***	
"baldige finanzielle Unabhängigkeit"	-0,15***	
"eigene Vorstellungen besser verwirklichen können"	0,05***	
"Interesse an wissenschaftlicher Arbeit"	0,08***	
"örtliche Bindungen"	-0,00	
Eltern Akademiker RK ¹ : Eltern ohne Hochschulabschluss		0,08***
Migrationshintergrund RK ¹ : kein Migrationshintergrund		0,08***
institutionelle Faktoren		
besuchte Schulart:		
Abendgymnasium/Kolleg		0,14***
Fachgymnasium/BOS (Abitur)		-0,07***
Fachoberschule/BOS (Fachhochschulreife) mit vor/parallel zum Erwerb der Hochschulreife abgeschlossener Berufsausbildung		0,07***
Fachoberschule/BOS (Fachhochschulreife) ohne abgeschlossene Berufsausbildung		-0,23***
Berufsfachschule/Fachschule/Fachakademie RK ¹ : Gymnasium/Gesamtschule/Waldorfschule		-0,18***
Einschätzung der Berufsaussichten (5-stufige Skala von 1 = "sehr schlecht" bis 5 = "sehr gut"):		
für Akademiker	0,05***	
für Absolventen eines Ausbildungsweges ohne Studium	-0,07***	
N = 6228 Pseudo R ² (McFadden) = 0,32 ² Das Bundesland des Erwerbs der Hochschulreife geht als Kontrollvariable ein ¹ RK = Referenzkategorie *** auf 0,1% - Niveau signifikant ** auf 1% - Niveau signifikant		
HIS- Studienberechtigtenbefragungen		

Folge. Die Bildungsherkunft und der Migrationshintergrund der Studienberechtigten sind ebenfalls durch eine vergleichsweise hohe Einflussstärke gekennzeichnet. Kinder aus einem Akademikerhaushalt haben im Vergleich zu Studienberechtigten, deren Eltern keinen Hochschulabschluss erworben haben, eine um 8 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit einer Entscheidung für ein Studium. Gleiches gilt für den Migrationshintergrund: Studienberechtigte mit

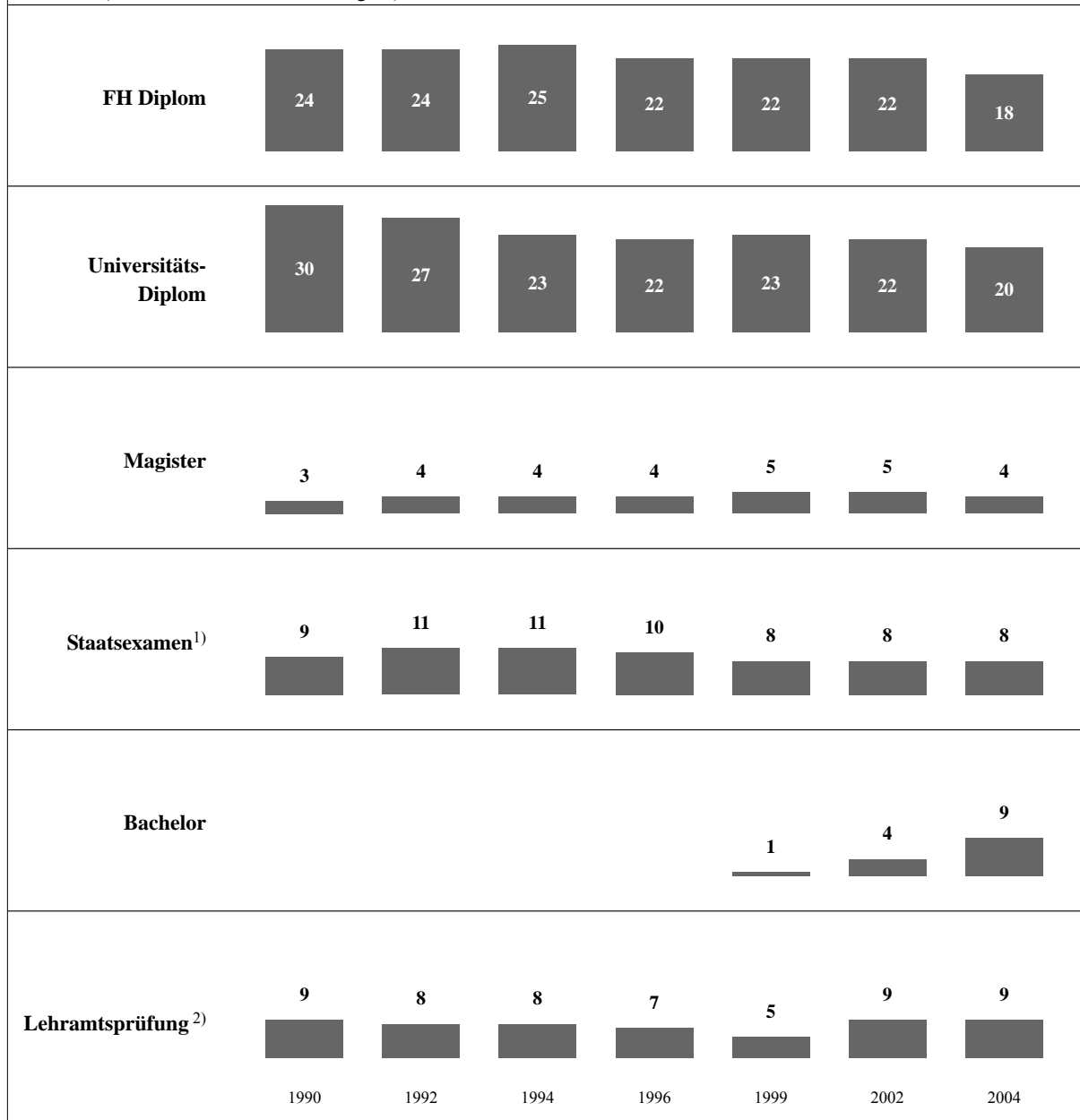
Migrationshintergrund haben eine um 8 Prozentpunkte höhere Studierwahrscheinlichkeit als Schulabgänger ohne Migrationshintergrund.

3 Angestrebte Hochschulprüfungen

Fachhochschul- und Universitätsdiplom sind weiterhin die mit Abstand am häufigsten angestrebten Hochschulabschlüsse. 20 % aller Studienberechtigten 2004 haben sich für einen Diplom-Studiengang an einer Universität entschieden, 18 % möchten das Diplom an einer Fachhochschule erwerben (vgl. Tab. 3.1, Abb. 9). Im Jahrgangvergleich lässt sich jedoch erst-

mals seit Mitte der 90er Jahre eine nachlassende Wahl dieser traditionellen Abschlüsse beobachten. Insbesondere das Fachhochschuldiplom wird seltener angestrebt. Gegenüber 2002 ist sein Anteil um 4 Prozentpunkte gesunken (Universitätsdiplom: -2 Prozentpunkte). Dies ist zum einen auf die insgesamt leicht rückläufige Entscheidung für die Hochschulart Fachhochschule zurückzuführen (2002: 24 %, 2004: 23 %). Zum anderen zeigt die forcierte admini-

Abb. 9 Angestrebtes Hochschulexamen ein halbes Jahr nach Schulabgang
(in v. H. aller Studienberechtigten)



1) Ohne Lehramt

2) inkl. Bachelor-Studiengänge mit Ziel Lehrerberuf

strative Umstellung der herkömmlichen Abschlüsse auf Bachelor und Master Wirkung.

Von den Studienberechtigten 2004 strebt fast jeder zehnte einen Bachelorabschluss an: 4 % an einer Fachhochschule und 5 % an einer Universität. Im Vergleich zum Jahrgang 2002 bedeutet dies einen Zuwachs von jeweils 3 Prozentpunkten¹⁸. Ebenso wie 2002 ist allerdings immer noch mehr als einem Viertel aller studienberechtigten Schulabgänger der Bachelor unbekannt.

Unverändert hoch ist der Anteil der Studienberechtigten, die ein Staatsexamen erwerben möchten. Seit 1999 liegt er bei 8 %. Eine Lehramtsprüfung¹⁹ streben mit 9 % etwa gleich viele Schulabgänger an. Im Verlauf der 90er Jahre hatte sich ihr Anteil zunächst nahezu halbiert (1990: 9 %, 1999: 5 %), um 2002 parallel zur insgesamt deutlich gestiegenen Studierneigung wieder auf den Wert von 9 % zurückzukehren.

Von eher geringer Bedeutung ist der Magister. Nachdem er in den 90er Jahren einen leichten Anstieg seines Anteils verzeichnen konnte (1990: 3 %, 1999: 5 %), entscheiden sich 2004 noch 4 % der Schulabgänger für diesen Abschluss. Weitere 2 % der Studienberechtigten nannten eine andere Art der Abschlussprüfung. Hierzu zählen künstlerische und kirchliche Abschlüsse sowie Abschlüsse an ausländischen Hochschulen.

Geschlechtsspezifisch differenzierte Entwicklung

Bei allen bisher befragten Studienberechtigtenjahrgängen ist zu beobachten, dass Männer entsprechend ihrer charakteristischen Studienfachwahl (vgl. auch Kap. 4) und der damit typischerweise verknüpften Abschlussarten deutlich häufiger als Frauen eine Diplomprüfung an einer Universität oder einer Fachhochschule absolvieren möchten (vgl. Tab. 3.1). Weibliche Studienberechtigte hingegen streben deutlich

öfter insbesondere eine Lehramtsprüfung an; auch Magister und Staatsexamen werden von ihnen durchgängig häufiger als von Männern gewählt.

Nach zuvor weitgehend gleichen Anteilen entscheiden sich 2004 nun Männer deutlich öfter für einen Bachelor-Studiengang als Frauen (11 % vs. 8 %). Dieser Unterschied verringert sich jedoch auf nur 1 Prozentpunkt, wenn die Bachelor-Studiengänge hinzugerechnet werden, die mit dem Ziel des Lehrerberufs aufgenommen wurden. Der erwähnte gleichzeitige Rückgang des Anteils angestrebter Fachhochschul- und Universitätsdiplome findet sich bei beiden Geschlechtern. Bei den Frauen dürfte hierbei aber auch die im Vergleich zu 2002 gesunkene Studierneigung eine gewichtige Rolle spielen. So haben sich die weiblichen Studienberechtigten nicht nur seltener für Diplom-Studiengänge entschieden, auch den Magister streben sie deutlich seltener an (2002: 7 %, 2004: 5 %). Eine Ausnahme bilden lediglich die Lehramtsprüfungen, deren Anteil sich nochmals um einen Prozentpunkt erhöht hat (2004: 13 %), sowie die sonstigen Abschlüsse.

Nach alten und neuen Ländern differenzierte Entwicklung

Während sich die Studierbereitschaft und die ein halbes Jahr nach Schulabgang ausgeübten Tätigkeiten zwischen Ost- und Westdeutschland zunehmend angleichen bzw. nur noch geringe Unterschiede aufweisen, zeigen sich bei den angestrebten Hochschulexamen teilweise deutliche Differenzen (vgl. Tab. 3.1). So entscheiden sich die Studienberechtigten aus den alten häufiger als die aus den neuen Ländern für ein Fachhochschuldiplom (19 % vs. 15 %) und eine Lehramtsprüfung (10 % vs. 6 %). In Ostdeutschland hat indes das Universitätsdiplom deutlich stärkeren Zuspruch (25 % vs. 19 %). Diese regional sehr unterschiedliche Wahl der Diplom-Studiengänge ist allerdings – mit Ausnahme des Jahrgangs 1990 – erstmals zu beobachten.

Einen Bachelor-Studiengang wählen die Studienberechtigten in den alten und neuen Ländern indes nahezu gleich häufig (Ost: 8 %, West: 9 %). Die zu beobachtende Gesamtentwicklung

¹⁸ Auch die HIS-Studienanfängerbefragungen zeigen einen deutlichen Anstieg der Wahl von Bachelor-Studiengängen. Zwischen den Wintersemestern 2003/04 und 2004/05 hat sich ihr Anteil bei den Studienanfängern von 9 % auf 16 % erhöht. Vgl. Heine, C. et al.: Studienanfänger in den Wintersemestern 2003/04 und 2004/05, HIS Hochschulplanung 180, Hannover 2005.

¹⁹ Bachelor-Studiengänge mit dem Ziel Lehrerberuf wurden den Lehramtsprüfungen zugerechnet (1 %).

rückläufiger Anteile von Schulabgängern in Diplom-Studiengängen vollzieht sich dabei nur in Westdeutschland uneingeschränkt. In Ostdeutschland hingegen verzeichnet das Universitätsdiplom sogar einen leichten Zuwachs. Gleiches gilt für das Staatsexamen. Dagegen verliert der Magister in den neuen Ländern nach einem kontinuierlichen Anstieg in den 90er Jahren bis 2002 erstmals und vergleichsweise deutlich an Attraktivität (2002: 7 %, 2004: 4 %).

Hinzuweisen ist auf die innerhalb der beiden Regionen bestehenden geschlechtsspezifischen Differenzen. Während der Bachelor an Universitäten in den alten Ländern häufiger von Männern gewählt wird (6 % vs. 4 %), ist das Verhältnis in den neuen Ländern umgekehrt. Lediglich 3 % der ostdeutschen Männer, aber 5 % der Frauen wählen einen Bachelor an Universitäten. Das Staatsexamen wird in Ostdeutschland ebenfalls von den weiblichen Studienberechtigten dominiert (10 % vs. 5 %); in Westdeutschland entscheiden sich hingegen etwa gleich viele Männer und Frauen für diesen Abschluss (7 % bzw. 8 %). Die Lehramtsprüfung ist indes insbesondere für Frauen aus den alten Ländern attraktiv. Jede siebte von ihnen strebt den Lehrerberuf an. In den neuen Ländern trifft dies lediglich auf knapp jede zwölfte Frau zu. Bei den Männern sind die Differenzen mit 5 % und 3 % wesentlich geringer.

Nach Bundesländern differenzierte Entwicklung

In den einzelnen Bundesländern zeigen sich hinsichtlich der Art des angestrebten Examens teilweise erhebliche Abweichungen von den bundesdeutschen Durchschnittswerten (vgl. Tab. 3.2a und 3.2b). Zum Teil lassen sich diese Differenzen auf die unterschiedliche Studierneigung in den Ländern zurückführen. Aber auch verschiedene fachliche und regionale Akzentuierungen im Bildungsangebot dürften von Bedeutung sein. Von den Studienberechtigten aus Bayern wird unterdurchschnittlich oft das Universitätsdiplom (17 %) und überdurchschnittlich häufig das Fachhochschuldiplom - (27 %) angestrebt. In Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Hamburg, Bremen und Rheinland-Pfalz möchten dagegen lediglich knapp - halb so viele Studienberechtigte das Diplom an

einer Fachhochschule erwerben (10 % - 13 %). Die Schulabgänger aus Berlin und Rheinland-Pfalz entscheiden sich andererseits besonders oft für einen Diplom-Studiengang an Universitäten. Gleiches gilt für die Studienberechtigten aus Sachsen und Sachsen-Anhalt. In Mecklenburg-Vorpommern wird indes auch das Universitätsdiplom vergleichsweise selten angestrebt.

Die unterdurchschnittliche Wahl von Fachhochschul- und Universitätsdiplom geht in Mecklenburg-Vorpommern mit besonders hohen Werten bei Staatsexamen (12 %) und Bachelor (14 %) einher. Einzig die Studienberechtigten aus Bremen entscheiden sich noch häufiger für einen gestuften Studiengang (19 %). Dagegen möchten von den Schulabgängern aus Thüringen, Sachsen und dem Saarland nur jeweils 5 % einen Bachelor erwerben.

Groß sind die länderspezifischen Differenzen auch bei der Wahl von Lehramtsstudiengängen. Während in allen ostdeutschen Bundesländern die Gruppe der Studienberechtigten, die das Lehramt anstreben, unterdurchschnittlich groß ist, trifft dies in Westdeutschland lediglich auf Hamburg zu. Am geringsten ist der Wunsch, die Lehramtsprüfung abzulegen, in Berlin (4 %), am stärksten in Schleswig-Holstein und Niedersachsen (jeweils 12 %).

Im Jahrgangsvergleich lässt sich in allen Ländern eine vermehrte Wahl von Bachelor-Studiengängen beobachten, die auch Ausdruck des unterschiedlichen Standes der Umstellung sein dürfte. Während dieser Anstieg jedoch in Mecklenburg-Vorpommern und Bremen weit überdurchschnittlich ausfällt (+9 bzw. +14 Prozentpunkte), ist er in Thüringen mit einem Prozentpunkt äußerst gering. Parallel dazu wird in nahezu allen Ländern das Diplom an Fachhochschulen seltener angestrebt als noch beim Jahrgang 2002. In Rheinland-Pfalz, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern ist der Rückgang besonders stark (-12 bzw. -13 Prozentpunkte). Das Universitätsdiplom wird ebenfalls in der Mehrzahl der Länder seltener gewählt als zwei Jahre zuvor. Eine Ausnahme bilden Rheinland-Pfalz, Sachsen und Thüringen. Die Studienberechtigten der beiden erstgenannten Bundesländer entscheiden sich häufiger als, diejenigen

aus Thüringen genauso häufig wie der Jahrgang 2002 für das Diplom an einer Universität.

Die in der Gesamtbetrachtung leicht rückläufige Wahl von Magisterabschlüssen resultiert u.a. aus der erheblich gesunkenen Entscheidung für diese Studiengänge in Schleswig-Holstein, Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt.

Hinzuweisen ist zudem auf die bei den Schulabgängern aus Mecklenburg-Vorpommern und dem Saarland überdurchschnittlich gestiegene Attraktivität von Studiengängen, die das Staatsexamen vergeben. Gleiches gilt für die Lehramtsstudiengänge in Bremen. Von den Studienberechtigten aus Berlin wird der Lehrerberuf dagegen erheblich seltener angestrebt als noch 2002.

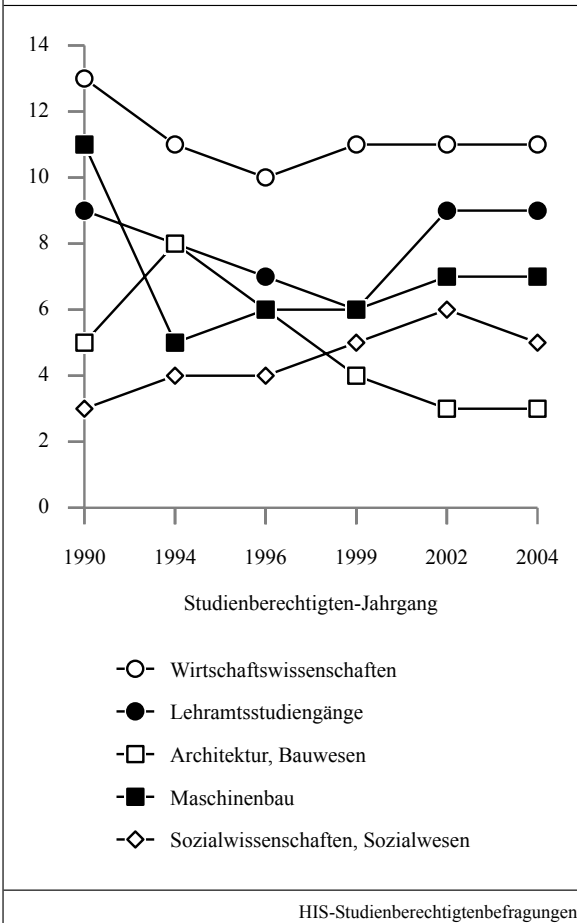
Vergleichsweise hohe Anteile sonstiger Abschlüsse zeigen sich in den „Grenzländern“ Schleswig-Holstein (4 %), Saarland und Rheinland-Pfalz (jeweils 3 %). Grund dafür ist die in diesen Regionen überdurchschnittliche Entscheidung für ein Studium an einer ausländischen Hochschule oder einen deutsch-ausländischen Studiengang.

4 Studienrichtungswahl

Wirtschaftswissenschaften sind die beliebteste Studienrichtung der Schulabgänger (vgl. Tab. 4.1). Etwas mehr als *jeder* zehnte Studienberechtigte 2004 (11 %) hat sich für ein solches Studium entschieden. Es folgen die Lehramtsstudiengänge (9 %) und danach Maschinenbau (7 %).

Beim Vergleich mit dem zuvor befragten Jahrgang 2002 sind kaum Veränderungen in den Wahlhäufigkeiten zu beobachten. Die wenigen Veränderungen in den Wahlanteilen bleiben durchweg im Bereich von einem Prozentpunkt. In der mittelfristigen Betrachtung seit dem Jahrgang 1990 sind folgende Entwicklungen und Trends der Fächerpräferenzen festzuhalten (vgl. Abb. 10):

Abb. 10 Richtung des aufgenommenen bzw. angestrebten Studiums ein halbes Jahr nach Schulabgang
(in v. H. aller Studienberechtigten)



- Die Mitte der 90er Jahre einsetzende rückläufige Wahl von Architektur/Bauwesen scheint trotz der anhaltend ungünstigen konjunkturellen Situation im Bausektor auf niedrigem Niveau vorerst gestoppt. Ebenso wie 2002 entscheiden sich 3 % aller Studienberechtigten 2004 für diese Studienrichtung.
- Während bei der Wahl der ingenieurwissenschaftlichen Kerndisziplin Elektrotechnik (immer noch) keine Trendumkehr zu erkennen ist (Konstanz des 2002 erreichten Tiefstwerts von 2 %), hat sich die 2002 wieder etwas häufigere Wahl von Maschinenbau (7 %) beim Jahrgang 2004 bei diesem Wert stabilisiert.
- Die naturwissenschaftlichen Studienrichtungen Physik/Geowissenschaften und Biologie/Chemie/Pharmazie weisen durchweg faktisch konstante Wahlanteile auf (2 % bzw. 4 %).
- Die Präferenzen für Mathematik/Informatik liegen nach einem kurzzeitigen deutlichen Anstieg beim Jahrgang 1999 (von 3 % auf 6 %) mit einem seit 2002 stabilen Anteilswert von 5 % geringfügig über der ersten Hälfte der 90er Jahre (4 bzw. 3 %).
- Die Kultur- und Sprachwissenschaften sowie Sozialwissenschaften/Sozialwesen sind durch eine gemeinsame Entwicklung gekennzeichnet: zunächst bis zum Jahrgang 2002 trendmäßiger Zuwachs von 4 % auf 6 % bzw. von 3 % auf 6 %, danach geringfügiger Rückgang auf einen Wahlanteil von 5 %.
- Die wirtschaftswissenschaftlichen Studienfächer werden seit Mitte der 90er Jahre von unverändert etwa jedem zehnten Studienberechtigten gewählt. 1990 lag der Anteil allerdings bei 13 %. Für Rechtswissenschaften entscheiden sich dagegen durchgängig lediglich 3 % bis 4 % der Studienberechtigten; nur beim Jahrgang 1996 waren es 5 %.
- Bei den Lehramtsstudiengängen sind die Wahlanteile nach einem deutlichen Rückgang in den 90er Jahren (von 9 % auf 6 %) bereits 2002 wieder auf das "alte" Niveau zurückgekehrt und stabilisieren sich seither bei diesem Anteilswert von knapp einem Zehntel.

- Für die Studienrichtung Medizin entscheiden sich mit Ausnahme des Jahrgangs 1999 (4%) durchgängig 5 % aller Studienberechtigten. Da zu dieser Gruppe von Studienrichtungen nun auch der neue Studienbereich Gesundheitswissenschaften gezählt wird, der nichtärztliche Heilberufe/Therapien und Gesundheitsmanagement umfasst, ist in Zukunft eher eine Ausweitung der Anteilswerte zu erwarten.
- Die mit einem bundesweiten NC belegte Studienrichtung Psychologie weist mit Ausnahme des Jahrgangs 2004 (2 %) einen durchweg stabilen Anteil von 1 % auf; ähnliches gilt für die häufig mit Zugangsbeschränkungen bzw. hochschuleigenen Auswahlverfahren versehenen Kunst- und Gestaltungswissenschaften (3 %, Ausnahme 1990: 2 %). Im Jahrgangsvergleich nur sehr geringfügige Schwankungen sind auch für Pädagogik, Sport zu beobachten (1 % bzw. 2 %)

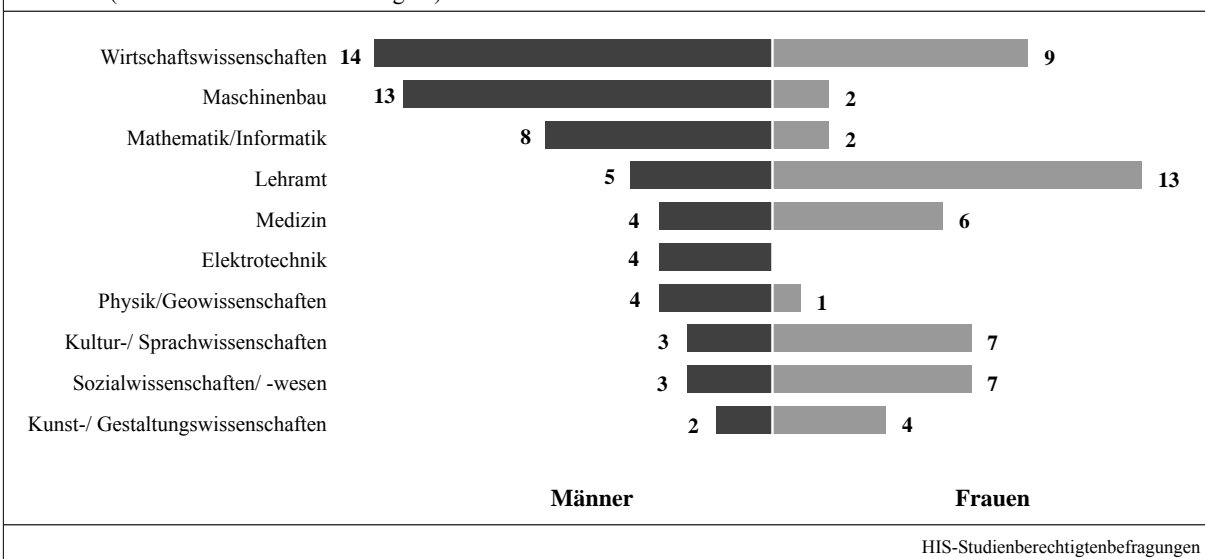
Geschlechtsspezifisch differenzierte Entwicklung

Wie zu erwarten, weisen Frauen deutlich andere Fächerpräferenzen auf als Männer (vgl. Abb. 11). Die weiblichen Studienberechtigten 2004 wählen signifikant häufiger Lehramtsstudiengänge (13 % vs. 5 %), Sozialwissenschaften/ Sozialwesen (7 % vs. 3 %), Kultur- und

Sprachwissenschaften (7 % vs. 3 %), Kunst- und Gestaltungswissenschaften (4 % vs. 2 %) sowie Medizin (6 % vs. 4 %). Am unteren Ende der Rangskala der von ihnen gewählten Studienrichtungen stehen Studienrichtungen, für die sich Männer besonders oft entscheiden: Mathematik/Informatik (8 % vs. 2 %), Maschinenbau (13 % vs. 2 %), Elektrotechnik (4 % vs. < 0,5 %) und Physik/Geowissenschaften (4 % vs. 1 %); deutlich häufiger als Frauen entscheiden sich Männer auch für Wirtschaftswissenschaften (14 % vs. 9 %).

Im Jahrgangsvergleich sind im Wahlverhalten der männlichen Schulabgänger nur wenige Veränderungen zu beobachten. Für ein Studium der Wirtschaftswissenschaften entscheiden sich 2004 wieder mehr Männer als in der zweiten Hälfte der 90er Jahre und 2002. In Maschinenbau setzt sich der 2002 begonnene Aufwärtstrend fort; das Gleiche lässt sich, allerdings auf erheblich niedrigerem Niveau, für Physik/Geowissenschaften feststellen. Die seit einigen Jahren von Wirtschaftsverbänden, Hochschulen und Medien als sehr gut bezeichneten Arbeitsmarkt- und Berufsaussichten in der herkömmlich männerdominierten Elektrotechnik wirken sich hingegen immer noch nicht positiv auf die Studienwahl der nachrückenden studienberechtigten Männer aus. Im Gegenteil, 2004 setzt sich die rückläufige Entwicklung weiter fort.

Abb. 11 Richtung des aufgenommenen bzw. angestrebten Studiums ein halbes Jahr nach Schulabgang nach Geschlecht
(in v. H. aller Studienberechtigten)



Noch geringer sind die Veränderungen in den Fächerpräferenzen bei den studienberechtigten Frauen. Der Rückgang der Studierquote zwischen den beiden zuletzt untersuchten Jahrgängen macht sich in nur marginaler Veränderung von jeweils minus 1 Prozentpunkt in den naturwissenschaftlichen Studienrichtungen und in den Rechts- und Wirtschaftswissenschaften bemerkbar. Geringfügige Anstiege von jeweils plus 1 Prozentpunkt sind nur in den Kunst- und Gestaltungswissenschaften und Medizin festzustellen. In mittelfristiger Perspektive weisen die Lehramtsstudiengänge mit Abstand die größte Veränderungsdynamik auf: Nach einer faktischen Halbierung der Anteile von 15 % auf 8 % zwischen 1990 und 1999 stieg der Anteil wieder auf 13 % beim Jahrgang 2002 und verharrt seitdem auf diesem Niveau. Dagegen bleibt das herkömmlich geringe Interesse von Frauen an den männerdominierten Fachrichtungen Maschinenbau, Elektrotechnik und Mathematik/Informatik trotz aller öffentlichen Ermunterungen und bildungspolitischen Fördermaßnahmen weiterhin gering. Ähnlich wie bei den Männern (konstant 3 %) hat die zuvor kontinuierlich und stark rückläufige Attraktivität von Architektur/Bauwesen offensichtlich auch bei den Frauen die "Talsohle" erreicht (konstant 2 %).

Nach alten und neuen Ländern differenzierte Entwicklung

Beim Fachrichtungswahlverhalten der Studienberechtigten aus den alten und den neuen Ländern überwiegen die Gemeinsamkeiten deutlich die Unterschiede (vgl. Tab. 4.1). Beim Jahrgang 2004 werden nur Wirtschaftswissenschaften und die Lehramtsstudiengänge von den Studienberechtigten aus den alten Ländern etwas häufiger gewählt (+ 3 bzw. + 4 Prozentpunkte) als von denen aus den neuen Ländern. Bei den übrigen Fachrichtungen gibt es allenfalls minimale Unterschiede von einem Prozentpunkt.

Auch in der mittelfristigen Betrachtung überwiegen die Gemeinsamkeiten, etwa der starke Rückgang mit anschließender Konstanz in Architektur/Bauwesen, die nach wie vor fehlende Trendwende in Elektrotechnik im Gegensatz zu der seit 2002 wieder gestiegenen Attraktivität von Maschinenbau, die Stabilisierung von Mathematik/Informatik seit 2002 auf einem „mitt-

leren“ Niveau der Wahlhäufigkeit, die gleichfalls seit 2002 wieder steigenden Anteile für Medizin, die im Trend seit Mitte der 1990er Jahre sinkenden Wahlanteile für Rechtswissenschaften und die um ein Zehntel aller Studienberechtigten schwankenden Anteilswerte für die Wirtschaftswissenschaften als der in beiden Herkunftsregionen beliebtesten Studienrichtung.

Unter Einbeziehung der geschlechtsspezifischen Unterschiede zeigt sich, dass der starke Zuspruch zu den Wirtschaftswissenschaften in Westdeutschland vor allem aus dem Wahlverhalten der männlichen Studienberechtigten resultiert. Jeder siebte Mann aus den alten Ländern nimmt ein wirtschaftswissenschaftliches Studium auf, jedoch nur gut jeder zehnte aus den neuen Ländern. Die regionalen Differenzen bei den Lehramtsstudiengängen sind indes in erster Linie das Ergebnis unterschiedlich starker Präferenzen der Frauen. In Westdeutschland entscheidet sich mit 15 % ein nahezu doppelt so hoher Anteil der weiblichen Studienberechtigten 2004 für das Lehramt wie in Ostdeutschland (8 %). Nennenswerte Unterschiede lassen sich zudem in Medizin, Physik/Geowissenschaften und Biologie/Chemie/Pharmazie feststellen. Medizin wird von den Männern in Westdeutschland signifikant häufiger gewählt als von denjenigen in Ostdeutschland (5 % vs. 2 %). Umgekehrt nehmen die männlichen Studienberechtigten der neuen Länder öfter ein Studium in Physik/Geowissenschaften auf (5 % vs. 3 %).

Nach Bundesländern differenzierte Entwicklung

Die Wirtschaftswissenschaften gehören bei den Studienberechtigten 2004 in allen Ländern zu den am häufigsten angestrebten Studienrichtungen; in 9 Ländern sind sie dabei die am meisten gewählte (vgl. Tab. 4.2a bis Tab. 4.2d). Besonders stark ist der Zuspruch in Berlin (16 %), Bremen (14 %) und Baden-Württemberg (14 %). Von den Studienberechtigten 2004 aus Brandenburg und Thüringen studiert dagegen nur weniger als ein halb so großer Anteil (6 % bzw. 7 %) ein wirtschaftswissenschaftliches Fach, Wirtschaftswissenschaften gehören allerdings auch hier zu den Studienrichtungen mit den größten Wahlanteilen.

In Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz werden die Anteile der Wirtschaftswissenschaften übertroffen von denen der Lehramtsstudiengänge. 12 % bzw. 11 % der Schulabgänger aus diesen Ländern streben den Lehrerberuf an. In Berlin sind es hingegen lediglich 4 % und in Hamburg, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern jeweils nur 6 %.

In Relation zu den bundesweiten Durchschnittswerten lassen sich darüber hinaus folgende länderspezifische Schwerpunkte in den Fächerpräferenzen der Studienberechtigten erkennen:

- Die Schulabgänger aus *Schleswig-Holstein* entscheiden sich besonders oft für Lehramtsstudiengänge und Maschinenbau, dagegen nur selten für Sozialwissenschaften/Sozialwesen. Das Gegenteil markiert *Brandenburg* mit seinen niedrigen Wahlanteilen für die Lehramtsstudiengänge und Maschinenbau, sehr hohen dagegen für Sozialwissenschaften/Sozialwesen als der zugleich am häufigsten gewählten Studienrichtung. Auch in *Hamburg* genießen die Lehramtsstudiengänge und insbesondere auch der Maschinenbau nur eine geringe, Medizin und Biologie/Chemie/Pharmazie dagegen vergleichsweise große Attraktivität.
- Die Schulabgänger aus *Rheinland-Pfalz* immatrikulieren sich relativ selten in Agrar-/Ernährungs-/Forstwissenschaften, Kunst-/Gestaltungswissenschaften, Kultur-/Sprachwissenschaften und Maschinenbau. Sie entscheiden sich stattdessen erheblich häufiger als im Bundesmittel für Medizin, Elektrotechnik und Mathematik/Informatik.
- Die Studienberechtigten aus *Berlin* stellen mit ihrem stark geistes- und wirtschafts-/sozialwissenschaftlichen Fächerprofil sozusagen den Gegenpol zu Rheinland-Pfalz dar. Sie treffen ihre Entscheidung überdurchschnittlich zugunsten der Wirtschaftswissenschaften, Sozialwissenschaften/Sozialwesen und der Kultur-/Sprachwissenschaften; aber auch Physik/Geowissenschaften genießen bei ihnen eine deutlich überdurchschnittliche Attraktivität. Wenig Zuspruch erhalten dagegen neben den Lehramtsstudiengängen

auch Medizin, Mathematik/Informatik und Maschinenbau. Ein Studium der Elektrotechnik möchte zum Befragungszeitpunkt kein Studienberechtigter 2004 aufnehmen.

- In *Sachsen* sind die Fächerpräferenzen noch stärker als in Rheinland-Pfalz mathematisch, natur- und ingenieurwissenschaftlich geprägt. Deutlich häufiger als im Bundesdurchschnitt nehmen sie ein Studium in Maschinenbau, Mathematik/Informatik, Physik/Geowissenschaften und Elektrotechnik auf. Aber auch Sprach-/Kulturwissenschaften werden vergleichsweise oft gewählt.
- In *Mecklenburg-Vorpommern* entfallen dagegen neben den Lehramtsstudiengängen auf die Natur- und Ingenieurwissenschaften nur sehr niedrige, dagegen auf Rechtswissenschaften, die Kultur- und Sprachwissenschaften und besonders auf Medizin sehr hohe Wahlanteile.
- In *Sachsen-Anhalt* fällt neben den nur unterdurchschnittlichen Wahlhäufigkeiten für die Lehramtsstudiengänge vor allem die im Ländervergleich höchste Attraktivität von Biologie/Chemie/Pharmazie auf. Auch Maschinenbau liegt deutlich über dem Bundesmittel.

Im Jahrgangsvergleich sind insbesondere folgende Entwicklungen und Trends festzuhalten:

- Die in der zweiten Hälfte der 90er Jahre erheblich zurückgegangene Aufnahme eines Studiums der Richtung *Architektur/Bauwesen* ist mit Ausnahme von Schleswig-Holstein, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Berlin zumindest gestoppt. In Hamburg, Niedersachsen, Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Thüringen und im Saarland entscheiden sich 2004 sogar wieder mehr Studienberechtigte für ein solches Studium als noch zwei Jahre zuvor.
- Im Gegensatz zu der Stabilität im Bundesdurchschnitt hat sich der Anteil der Schulabgänger, die sich in *Biologie/Chemie/Pharmazie* immatrikulieren, in Hamburg, Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt *erneut*, in Schleswig-Holstein und Sachsen *erstmalig* erhöht und erreicht in den genannten Län-

- dern seinen bislang höchsten Wert. In Rheinland-Pfalz und Berlin, nach 2002 auch in Bremen, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen ist der Trend indes gegenläufig. Als „Hochburgen“ für die Wahl dieser Studienrichtung erweisen sich aktuell Hamburg und Sachsen-Anhalt; bei den Jahrgängen zuvor hatte vor allem Bremen, aber auch Berlin und Brandenburg diese Funktion inne.
- *Elektrotechnik* hat in mehreren Ländern (weiter) an Bedeutung verloren: Schleswig-Holstein, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Baden-Württemberg, Berlin und im Saarland. Einzig in Niedersachsen, Hamburg, Sachsen und besonders in Rheinland-Pfalz sind Zuwächse zu verzeichnen.
 - Für *Maschinenbau* ist in neun Ländern ein Aufwärtstrend erkennbar, in einigen Ländern wie Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt bereits seit dem Jahrgang 1999. In Schleswig-Holstein und Sachsen haben sich so viele Studienberechtigte wie nie zuvor für diese Ingenieurwissenschaft entschieden (10 %). „Hochburgen“ für die Wahl von Maschinenbau sind zudem Bayern und Sachsen-Anhalt. Lediglich in den Bundesländern Bremen, Hamburg, Berlin, Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern hat Maschinenbau (teilweise deutlich) weniger Zuspruch als beim Jahrgang 2002. Für Hamburg ist dieser Trend für den ganzen Zeitraum zu beobachten.
 - In der Mehrzahl der Bundesländer haben die hohen Werte, die das Studium der *Mathematik/Informatik* Ende der 90er Jahre erreichte, keinen Bestand. Bereits beim Jahrgang 2002 waren sie zum Teil erheblich gesunken. In Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Bayern, Mecklenburg-Vorpommern und im Saarland setzt sich dieser Trend 2004 fort; für Berlin ist erstmals beim Jahrgang 2004 ein deutlicher Rückgang zu beobachten. Dagegen haben sich in Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Sachsen und Thüringen wieder (teilweise deutlich) mehr Studienberechtigte für Mathematik/Informatik entschieden.
 - Die Gesamtentwicklung für die Studienrichtung *Medizin* ist durch hohe Stabilität gekennzeichnet. In einer Reihe von Ländern ist dagegen bereits seit dem Jahrgang 2002 eine Aufwärtsentwicklung festzustellen: Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Brandenburg und Sachsen; für den Jahrgang 2004 gilt das auch für das Saarland, Thüringen und besonders für Mecklenburg-Vorpommern (von 3 % auf 9 %). Neben den Studienberechtigten aus Mecklenburg-Vorpommern genießt Medizin gegenwärtig vor allem bei den Studienberechtigten aus Rheinland-Pfalz und Hamburg große Attraktivität. Auffällig ist dagegen der deutlich rückläufige Trend in Berlin.
 - Bei insgesamt nur geringen Schwankungen in der Wahlhäufigkeit von *Wirtschaftswissenschaften* haben sich gegenüber 2002 besonders in Schleswig-Holstein (minus 4 Prozentpunkte) und Thüringen (minus 6 Prozentpunkte) gegenwärtig deutlich weniger Studienberechtigte für diese Studienrichtung entschieden. Zuwächse sind dagegen besonders in Berlin zu verzeichnen (von 11 % auf 16 %), aber auch in Niedersachsen, Bremen und Nordrhein-Westfalen. Neben Berlin haben die Wirtschaftswissenschaften bei den Studienberechtigten 2004 aus Bremen und Baden-Württemberg die größte Attraktivität.
 - Die Gesamtentwicklung in den *Kultur- und Sprachwissenschaften* – trendmäßiger Anstieg bis zum Jahrgang 2002, danach geringfügiger Rückgang bzw. Konstanz – ist mit wenigen Ausnahmen in der großen Mehrzahl der Länder zu beobachten. Nur bei den Studienberechtigten aus Rheinland-Pfalz sinkt die Beliebtheit dieser Studienrichtung seit 1996 kontinuierlich ab. Zuwächse seit 2002 haben nur Hessen, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern zu verzeichnen.
 - Die gleiche Gesamtentwicklung wie in den Kultur- und Sprachwissenschaften – zunächst kontinuierliches Wachstum, danach geringfügiger Rückgang – gilt auch für *Sozialwissenschaften/Sozialwesen*. Auf der Ebene der einzelnen Länder gilt dieses „Muster“ allerdings nur für Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen,

Sachsen-Anhalt und Thüringen. Einer im gesamten Beobachtungszeitraum ansteigenden Attraktivität erfreut sich diese Studienrichtung dagegen bei den Studienberechtigten aus Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. „Hochburgen“ des Interesses an Sozialwissenschaften/Sozialwesen sind gegenwärtig Brandenburg und Berlin; das Gegenteil trifft auf Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg zu.

5 Gründe für Studienverzicht

In Kapitel 2 wurde untersucht, welche Faktoren auf die Entscheidung für und gegen ein Studium einwirken, genauer: welche Variablen mit welcher Ausprägung die Chancen auf eine Entscheidung zugunsten eines Hochschulstudiums erhöhen und welche sie reduzieren. Auf dieser Basis wurde ein multivariates Modell entwickelt, das Informationen über die Stärke des positiven bzw. negativen Einflusses der jeweiligen Faktoren unter Kontrolle aller anderen Faktoren liefert. Die so möglichen Aussagen über das Zustandekommen eines Studienverzichts von Studienberechtigten schließen auch solche Faktoren ein, die die Befragten selber nicht mit ihrer Entscheidung gegen ein Studium in Verbindung bringen (soziale Herkunft, besuchte Schulart etc.). Hiervon unterscheiden sich die Ausführungen dieses Kapitels grundlegend insofern, als sie auf den expliziten Angaben der Studienberechtigten mit erklärtem Studienverzicht über „ihre“ Gründe für diese Entscheidung beruhen.

Hierzu wurden die Studienberechtigten, die ein Studium an einer Universität oder an einer allgemeinen Fachhochschule weder aufgenommen haben noch für die Zukunft beabsichtigen, sondern stattdessen eine Berufsausbildung oder – in der deutlichen Minderheit – überhaupt keine nachschulische Qualifizierung beabsichtigen, nach den „ausschlaggebenden Gründen“ für die Nicht-Realisierung der kürzlich erworbenen Studienoption gefragt. Um diese möglichst differenziert zu erfassen, wurde ein Katalog mit 14 Stellungnahmen mit der Bitte vorgegeben, die jeweils zutreffenden zentralen Gründe anzukreuzen, wobei auch Mehrfachnennung möglich war. Für die Befragung des Jahrgangs 2004 wurden zwei zusätzliche Gründe erstmals erhoben: „Falls Studiengebühren eingeführt werden, übersteigt dies meine finanziellen Möglichkeiten“ und „es gibt kein mir zusagendes Studienangebot in der Nähe“. Wegen der spezifischen Fragestellung, die sich nur auf eine Teilgruppe der Studienberechtigten bezieht, wurden die tabellarisch ausgewiesenen Auswertungen – anders als bei den anderen in diesem Bericht dokumentierten empirischen Befunden – nicht auf alle, sondern nur auf die

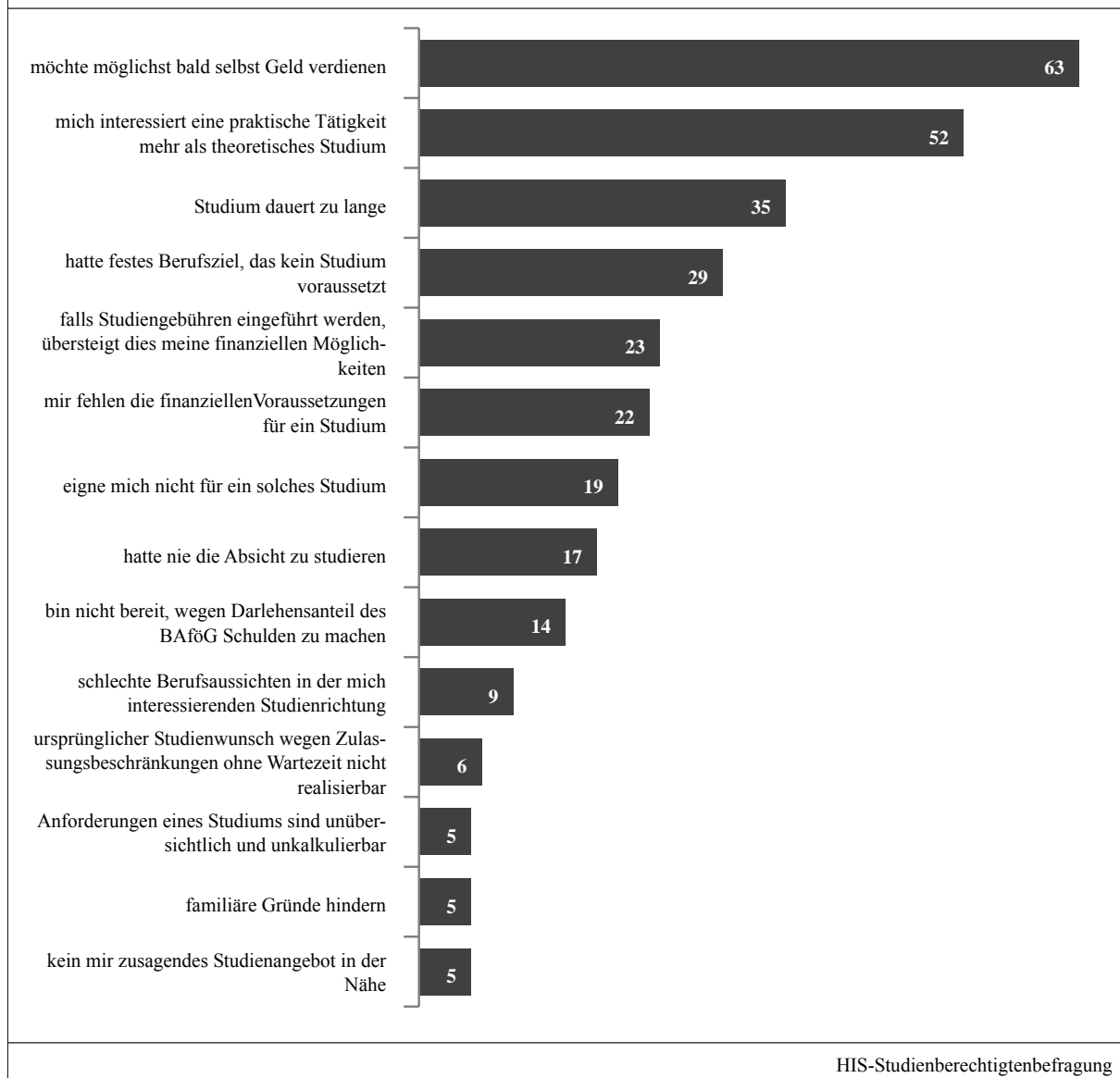
Studienberechtigten mit explizitem Studienverzicht bezogen.

Die Studienberechtigten 2004, die auf ein Hochschulstudium verzichten, verweisen vergleichsweise wenig auf (restriktive) Bedingungen, die sie an der Aufnahme eines (möglicherweise gewünschten) Studiums hindern. Vielmehr begründen sie diese Entscheidung vornehmlich mit Motiven, die in ihrer Wahrnehmung offensichtlich für eine nicht-akademische Ausbildung oder für eine Berufstätigkeit (ohne vorhergehendes Studium) sprechen bzw. sich subjektiv weniger mit einem Studium vereinbaren lassen. Der mit nahezu zwei Dritteln (63 %) mit Abstand am häufigsten genannte Grund für einen Studienverzicht ist das Streben, „möglichst bald selbst Geld zu verdienen“. Außerdem hat gut die Hälfte der Studienberechtigten ohne Studienabsicht (52 %) den nicht-akademischen Weg gewählt, weil „eine praktische Tätigkeit mehr interessiert als ein theoretisches Studium“. Und knapp ein Drittel (29 %) dieser Studienberechtigten hatten bereits „ein festes Berufsziel vor Augen, das ein derartiges Studium nicht voraussetzt“ (vgl. Abb. 12).

Besonders hinzuweisen ist auf den „harten Kern“ der Studienberechtigten, für die ein Hochschulstudium nach eigenem Bekunden keine wirkliche Alternative bei der Entscheidung über den nachschulischen Werdegang ist. Obwohl sie mit ihrem Schulabschluss die „Berechtigung“ zum Hochschulstudium erworben haben, kann man bei ihnen deshalb nur bedingt von einem Studienverzicht sprechen: Etwa ein Fünftel (19 %) spricht sich selber eine ausreichende Qualifizierung für ein Studium ab („eigne mich nicht für ein solches Studium“) und 17 % unter den Studienberechtigten mit Studienverzicht geben an, nie die Absicht gehabt zu haben zu studieren. Insbesondere Letztere haben die Hochschulreife offensichtlich wesentlich aus anderen Gründen erworben, etwa wegen der erwarteten Verbesserung der Aussichten auf einen Ausbildungsplatz oder der Aufstiegschancen im erlernten Beruf.

Bei den „Hinderungsgründen“ für eine Studienaufnahme wird mit Abstand am häufigsten darauf verwiesen, dass „ein derartiges Studium zu lange dauert“ (35 %); es folgen drei auf die Fi-

Abb. 12 Studienverzichtsgründe ein halbes Jahr nach Erwerb der Hochschulreife
(in v. H. aller Studienberechtigten 2004, Mehrfachnennung möglich)



finanzierung eines Studiums bezogenen Gründe: „Die Einführung von Studiengebühren übersteigt meine finanziellen Möglichkeiten“ (23 %)²⁰, „mir fehlen für ein Universitäts- oder Fachhochschulstudium die finanziellen Voraussetzungen“ (22 %)²¹ und „ich bin nicht bereit, wegen des Darlehensanteils des BAföG Schulden zu machen“ (14 %)²². Direkt auf ein mögliches Studium bzw. seine Zugänglichkeit bezogene Hinderungsgründe spielen eine nur marginale Rolle: „Die Anforderungen eines solchen Studiums sind unübersichtlich und unkalkulierbar“ (5 %), „ursprünglicher Studienwunsch war

wegen Zulassungsbeschränkungen ohne zusätzliche Wartezeit nicht realisierbar“ (6 %)²³ und „es gibt kein mir zusagendes Studienangebot in der Nähe“ (5 %). Etwas häufiger genannt, aber gleichfalls nur von untergeordneter Bedeutung sind „die schlechten Berufsaussichten in der mich interessierenden Studienrichtung“, die generell von einem Hochschulstudium abgeschreckt haben (9 %).

Hinsichtlich des Jahrgangsvergleichs ist zu bedenken, dass die Vergleichbarkeit wegen der genannten Aufnahme weiterer Gründe in die „Studienverzichtsfrage“ nur eingeschränkt

²⁰ Bezogen auf alle Studienberechtigten sind dies 3 %.

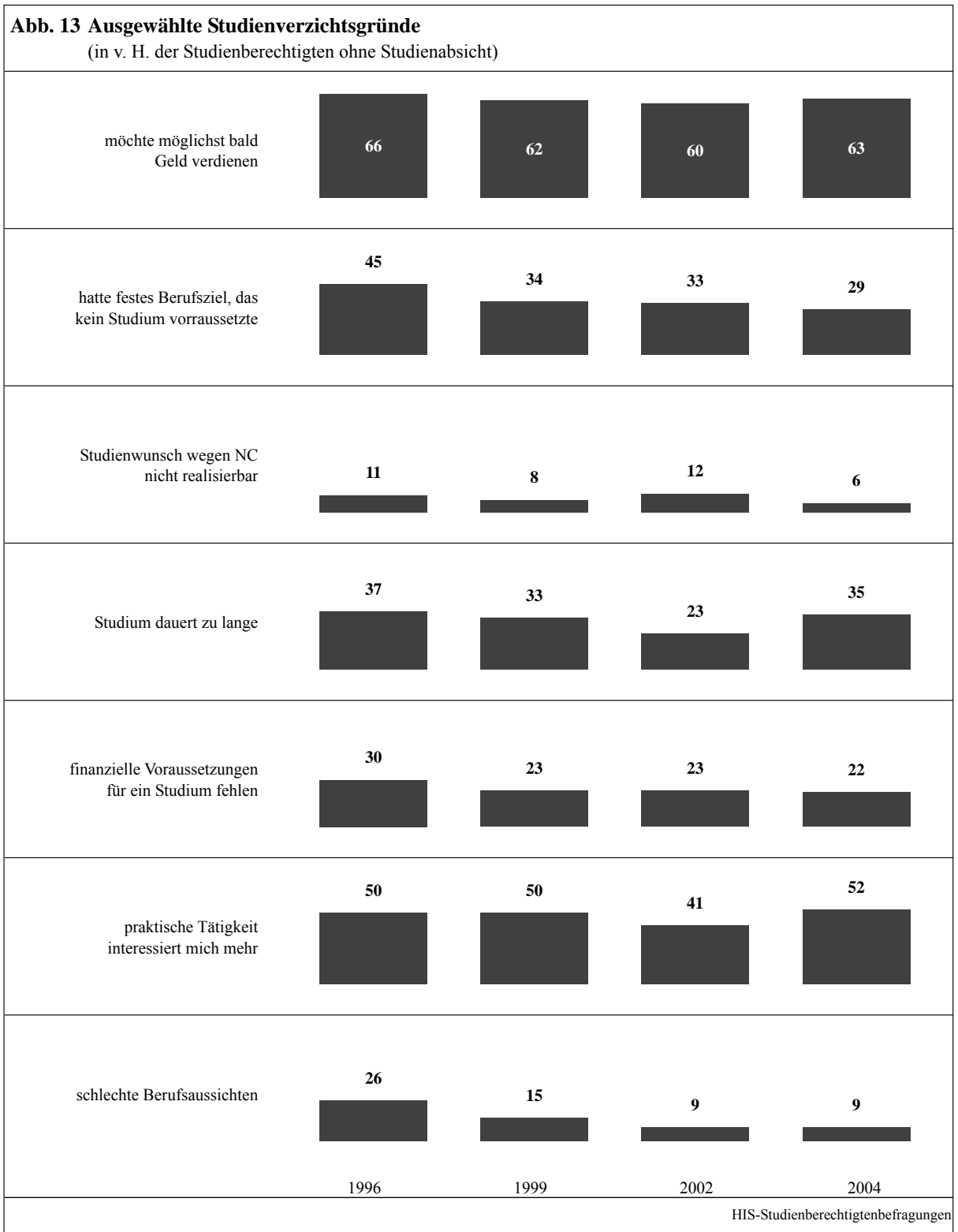
²¹ Bezogen auf alle Studienberechtigten sind dies 3 %.

²² Bezogen auf alle Studienberechtigten sind dies 2 %.

²³ Bezogen auf alle Studienberechtigten sind dies 1 %.

möglich ist. Zudem sind die teilweise sprunghaften Veränderungen zwischen einzelnen Jahrgängen nur schwer interpretierbar. Unter Berücksichtigung dieser Vorbehalte ist gleichwohl generell festzuhalten: Die oben für 2004 beschriebene klar hierarchische Struktur der

Motivgruppen für die Nicht-Einlösung der Studienoption gilt für den gesamten Beobachtungszeitraum seit Mitte der 1990er Jahre. Im Einzelnen sind zudem folgende Befunde und Trends festzuhalten (vgl. auch Abb. 13):



- Die Nennungshäufigkeiten der beiden Gründe, die von den Studienberechtigten mit Abstand am häufigsten als zentrale Motive für den Studienverzicht genannt werden – bald selbst Geld verdienen und großes Interesse an praktischer Tätigkeit – sind im Zeitablauf weitgehend stabil. Im Trend klar rückläufig ist dagegen der Grund „festes Berufsziel ohne Studium als Voraussetzung“ – möglicherweise ein Reflex auf den kleiner werdenden Abstand des Anforderungsniveaus zwischen akademischen und nicht-akademischen Ausbildungsgängen, z.B. an Berufsakademien.
- Der Anteil derjenigen, die wegen Selbstzweifeln an der Eignung für ein Hochschulstudium auf die Studienoption verzichten, verbleibt innerhalb einer Bandbreite von minimal 16 % und maximal 23 % und stabilisiert sich gegenwärtig bei einem Fünftel (vgl. Tab. 5.1). Der Korridor der Anteile der Studienberechtigten, die nie die Absicht hatten zu studieren, ist mit einer Spannweite zwischen 16 % und 19 % sehr schmal.
- Insgesamt stabil ist auch die untergeordnete Rolle der Begründungen, die von einem Studium abhalten. Das im Jahrgangsvergleich zunächst konstante, zuletzt aber halbierte „Gewicht“ der „unübersichtlichen Studienanforderungen“ (von 12 % bzw. 11 % auf 5 %) könnte ein Hinweis auf das Vordringen der stärker strukturierten Bachelor-Studiengänge sein. Nur schwer vereinbar damit ist allerdings der Befund der zuvor rückläufigen, aktuell aber wieder sprunghaft auf sein früheres Niveau angestiegenen Bedeutung von „ein Studium dauert mir zu lange“ als Begründung für den Studienverzicht (von 37 % über 23 % auf jetzt 35 %).
- Klar rückläufig ist dagegen die von einem Hochschulstudium generell abschreckende Wirkung der schlechten Aussichten in der interessierenden Studienrichtung (von 26 % über 15 % auf 9 % bei den beiden zuletzt untersuchten Jahrgängen).
- Nach einem Rückgang zwischen den Jahrgängen 1996 und 1999 von 30 % auf 23 % ist dagegen die Bedeutung fehlender finan-

zieller Voraussetzungen für ein Studium als Grund für den Studienverzicht weitgehend unverändert. Zudem gibt gleich bleibend etwa ein Siebtel der Studienberechtigten ohne Studienabsicht an, nicht bereit gewesen zu sein, wegen des BAföG-Darlehens Schulden zu machen; durch Studiengebühren sieht sich fast ein Viertel der auf ein Studium verzichtenden Studienberechtigten finanziell überfordert.

- Für den Verweis auf Zulassungsbeschränkungen im ursprünglichen Wunschfach ist ein sprunghafter Wechsel der Nennungshäufigkeiten zu beobachten. Insgesamt ist dieser Aspekt aber nur von untergeordneter Bedeutung als Begründung für den gänzlichen Studienverzicht (zwischen minimal 6 % und maximal 12 %). Das wird auch daran deutlich, dass Zulassungsbeschränkungen nur sehr selten als einziger Grund für den Studienverzicht genannt werden.

Geschlechtsspezifisch differenzierte Entwicklung

Die obige verallgemeinernde Aussage, dass Studienverzicht weniger begründet wird durch die Verhinderung eines eigentlich gewünschten Studiums als vielmehr durch Motive, die von den Befragten mit einer Orientierung auf nicht-akademische Werdegänge verknüpft werden, gilt für die weiblichen Studienberechtigten 2004 durchgängig stärker als für Männer (vgl. Tab. 5.1): Möglichst bald selbst Geld verdienen (64 % vs. 61 %), praktische Tätigkeit interessiert mehr als theoretisches Studium (54 % vs. 48 %) und festes Berufsziel ohne vorausgesetztes Studium (31 % vs. 27 %). Auf diesen Befund ist auch deshalb hinzuweisen, weil sich die Geschlechter hinsichtlich der studienbezogenen Verzichtsgründe entweder nur geringfügig unterscheiden oder der Vergleich sogar zugunsten der studienberechtigten Frauen ausfällt: ein Studium dauert zu lange (Frauen: 36 % vs. Männer: 33 %), Anforderungen eines Studiums sind unübersichtlich (3 % vs. 7 %) und kein zusagendes Studienangebot in der Nähe (5 % vs. 4 %). Identisch sind auch die Anteile bezüglich der selbst eingeschätzten Nicht-Eignung für ein Studium (jeweils 19 %) und der generellen Studienferne (jeweils 17 %). Allerdings werden

von Frauen häufiger als von Männern die nur unzureichenden eigenen Möglichkeiten der Studienfinanzierung und die Überforderung durch Studiengebühren als Gründe für den Verzicht auf ein Hochschulstudium vorgebracht. Zudem lassen sich studienberechtigte Frauen häufiger als Männer sowohl durch schlechte Berufsaussichten in der interessierenden Studienrichtung (11 % vs. 7 %) als auch durch Zulassungsbeschränkungen im Wunschfach (7 % vs. 4 %) gänzlich vom Studium abbringen. Offensichtlich fördert diese Mischung aus unzureichender Studienfinanzierung sowie vermehrten Zulassungsbeschränkungen und als ungünstig eingeschätzten Berufsaussichten in den bevorzugten Fachrichtungen stärker als bei Männern eine generelle Abwendung vom Studium und eine ausgeprägtere Orientierung auf Berufsziele, die kein Studium erfordern und die Aussicht auf baldigen eigenen Verdienst eröffnen.

Die obige Bemerkung hinsichtlich der sprunghaften, nur schwer interpretierbaren Veränderungen im Jahrgangvergleich gilt noch mehr in der geschlechtsspezifischen Differenzierung der Studienverzichtsründe. Dennoch ist auf folgende Befunde und Entwicklungen aufmerksam zu machen:

- Sowohl bei Männern als auch bei Frauen ist der Aspekt „möglichst bald selbst Geld verdienen“ zu allen Beobachtungszeitpunkten das mit Abstand am häufigsten genannte Studienverzichtsmotiv.
- Anders als dieser Einkommensgrund wird der am zweithäufigsten genannte Aspekt – „praktische Tätigkeit interessiert mehr als theoretisches Studium“ – von Frauen seit dem Jahrgang 1999 deutlich öfter als Begründung für den Verzicht auf die Realisierung der Studienoption vorgebracht als von Männern. Allerdings wird der Abstand zuletzt wieder kleiner.
- „Festes Berufsziel ohne vorausgesetztes Studium“ als ausschlaggebendes Studienverzichtsmotiv ist bei Frauen im gesamten Beobachtungszeitraum kontinuierlich rückläufig und nähert sich gleichfalls den durchgängig niedrigeren Werten bei Männern an.

- Die Gruppengrößen der Studienberechtigten mit Studienverzicht, die an ihrer grundsätzlichen Eignung für ein Studium zweifeln bzw. wegen genereller Studienferne die Studienoption von vornherein ausschließen, sind im Jahrgangvergleich mit wenigen Ausnahmen bei beiden Geschlechtern etwa gleich groß.
- Frauen lassen sich durchgängig deutlich weniger als Männer vom Studium durch vermeintliche Unübersichtlichkeit und Unkalkulierbarkeit abschrecken. Für beide, nach kontinuierlichem Rückgang insbesondere für Frauen, hat dieser Aspekt aktuell nur noch marginale Bedeutung.
- Eine gegenteilige Entwicklung zeigt sich bei „ein Studium dauert zu lange“: Nach vorherigem erheblichen Rückgang steigt die Bedeutung dieses Verzichtsgrunds aktuell – besonders bei Frauen – wieder auf sein hohes „Ausgangsniveau“ der zweiten Hälfte der 1990er Jahre.
- Im Trend haben fehlende finanziellen Voraussetzungen als Begründung für den Studienverzicht seit Mitte der 1990er Jahre sowohl bei Frauen als auch bei Männern an Bedeutung verloren. Sie werden allerdings von Frauen nach wie vor häufiger vorgebracht. Für die „fehlende Bereitschaft, BAföG-Schulden zu machen“ trifft dies jedoch nicht zu; bei im Zeitablauf nur wenig veränderten Anteilswerten unterscheiden sich die beiden Geschlechter kaum voneinander. Der erstmals erhobene Einfluss von Studiengebühren wird allerdings von Frauen häufiger genannt als von Männern (25% vs. 21%).
- Von schlechten Berufsaussichten in der interessierenden Studienrichtung und von Zulassungsbeschränkungen im Wunschfach lassen sich studienberechtigte Frauen durchgängig häufiger als Männer generell von einem Hochschulstudium abhalten. Allerdings lässt die abschreckende Wirkung von als ungünstig wahrgenommenen Berufsaussichten bei beiden Geschlechtern im Zeitablauf deutlich nach. Für die Zulassungsbeschränkungen gilt dies erstmals für den Jahrgang 2004.

Differenzierung nach Art der besuchten Schule

In Abhängigkeit davon, ob eine allgemein bildende oder berufliche Schule besucht worden ist, unterscheiden sich die Studienberechtigten in ihren für den Studienverzicht genannten Gründen deutlich voneinander. Diese Differenzen sind auch Ausdruck von typischen bildungs- und berufsbiografischen, soziodemografischen und familiären Merkmalen zwischen diesen beiden Subpopulationen von Studienberechtigten. So verfügen Absolventen von beruflichen Schulen häufig bereits über eine abgeschlossene Berufsausbildung bzw. Berufserfahrungen und haben oft eine niedrigere soziale Herkunft, sind bei Erwerb der Hochschulreife überdurchschnittlich alt und häufig familiär und damit auch stärker regional in ihrer nachschulischen Ausbildungswahl gebunden.

In Kapitel 2 dieses Berichts wurde gezeigt, dass der Besuch einer beruflichen Schule die nachschulische Ausbildungswahlentscheidung erheblich zuungunsten eines Studiums beeinflusst. Hier werden jetzt die motivationalen Korrelate des überdurchschnittlich häufigen Studienverzichts deutlich (s. Tab. 5.2): Die Studienberechtigten 2004 aus beruflichen Schulen geben häufiger als ihre Jahrgangskollegen aus allgemeinbildenden Schulen an, nie eine Studienabsicht gehabt zu haben, Zweifel an der eigenen Studieneignung zu haben, ein festes Berufsziel ohne vorausgesetztes Studium zu haben, nur unzureichend finanzielle Voraussetzungen zu haben, keine BAföG-Schulden machen zu wollen, kein zusagendes Studienangebot in der Nähe zu haben und aus familiären Gründen an einem Studium gehindert zu sein. Deutlich weniger als die Studienberechtigten aus allgemeinbildenden Schulen lassen sie sich dagegen vom Bestreben nach möglichst baldigem eigenen Verdienst, der zu langen Dauer eines Studiums, vom größeren Interesse an einer praktischen Tätigkeit statt an einem theoretischen Studium, von den als schlecht beurteilten Berufsperspektiven in der interessierenden Studienrichtung und von Zulassungsbeschränkungen im Wunschfach von der Entscheidung zugunsten eines Hochschulstudiums abhalten. In gleichem Maße sehen sich beide Gruppen dagegen nur durch die Erhebung von Studiengebüh-

ren in ihren finanziellen Möglichkeiten überfordert bzw. durch die Unübersichtlichkeit der Anforderungen von einem Studium abgehalten.

Mit einer Ausnahme („festes Berufsziel ohne Studium“) gilt der obige Befund auch für den zuvor untersuchten Jahrgang 2002. Allerdings gilt auch hier und zwar für beide Gruppen von Studienberechtigten: Die teilweise sprunghaften Veränderungen zwischen 2002 und 2004 sind kaum interpretierbar.

Differenzierung nach alten und neuen Ländern

In der Differenzierung der Studienberechtigten nach ihrer regionalen Herkunft werden zwischen den alten und neuen Ländern die jeweils gleichen Rangfolgen der Wichtigkeit der einzelnen Verzichtsgründe sichtbar. Zudem zeichnet sich seit Mitte der 1990er Jahre eine Annäherung der beiden Regionen in der jeweiligen Nennungshäufigkeit der Motive für den Studienverzicht ab. Gleichwohl gibt es aber einige markante, im Zeitablauf anhaltende West-Ost-Unterschiede, die u. a. auch durch die differierende Schulstruktur begründet sein dürften. In Westdeutschland haben von den Studienberechtigten ohne Studienabsicht 58 % eine berufliche Schule besucht, in Ostdeutschland liegt dieser Anteil bei nur 32 %.

Die westdeutschen Studienberechtigten 2004 (wie auch die fast aller zuvor untersuchten Jahrgänge) geben häufiger als ihre ostdeutschen Jahrgangskollegen an, nie die Absicht gehabt zu studieren (19 % vs. 13 %), Zweifel an der Eignung für ein Hochschulstudium zu haben (20 % vs. 17 %) und ein festes Berufsziel ohne vorausgesetztes Studium zu haben (32 % vs. 21 %).

Umgekehrt sehen sich die Studienberechtigten aus den neuen Ländern immer noch häufiger als die aus den alten Ländern durch restriktive finanzielle Bedingungen an einem Studium gehindert, wobei sich die Unterschiede jedoch im Trend verkleinert haben: fehlende finanzielle Voraussetzungen (Studienberechtigte 2004: 25 % vs. 21 %), keine Bereitschaft, BAföG-Schulden zu machen (19 % vs. 13 %) und Übersteigen der finanziellen Möglichkeiten bei

Einführung von Studiengebühren (29 % vs. 21 %). Durchgängig deutlich häufiger wird von den ostdeutschen Studienberechtigten auch der baldige eigene Verdienst als Motiv für den Studienverzicht vorgebracht (2004: 68 % vs. 62 %); auch begründen sie zumindest bei den beiden zuletzt untersuchten Jahrgängen häufiger als die westdeutschen Studienberechtigten ihren Studienverzicht damit, dass ein Hochschulstudium zu lange dauert und dass sie eine praktische Tätigkeit mehr interessiert als ein theoretisches Studium.

Faktisch keine Unterschiede (mehr) gibt es dagegen hinsichtlich der Unübersichtlichkeit der Studienanforderungen, des Fehlens eines zusa-
genden Studienangebots in der Nähe, der hin-
dernden familiären Bindungen und hinsichtlich der ungünstigen Berufsperspektiven in der in-
teressierenden Studienrichtung als Gründe für
Nicht-Einlösung der Studienoption.

Differenzierung nach einzelnen Bundeslän- dern

Um Aufschluss darüber zu bekommen, ob und wie sich die Studienberechtigten in den einzel-
nen Ländern in ihren Studienverzichtsgründen
voneinander unterscheiden, wurden für den
Jahrgang 2004 zusätzlich entsprechende Aus-
wertungen vorgenommen. Allerdings reichen
die Fallzahlen vor allem in den kleinen Bundes-
ländern nicht aus, um gesicherte länderspezifi-
sche Aussagen machen zu können. Deshalb
werden im Folgenden nur für Länder mit aus-
reichenden Fallzahlen Aussagen zu typischen
Merkmale und Unterschieden in den Motiven
für die Nicht-Einlösung der Studienoption ge-
macht.

Niedersachsen: Mit der überdurchschnittlich
häufigen Nennung, nie eine Studienabsicht ge-
habt zu haben (23 %), korrespondiert die
gleichfalls deutlich häufiger als im Bundesmit-
tel genannte Begründung für den Studienver-
zicht, ein festes Berufsziel ohne vorausgesetz-
tes Studium zu haben (36 %). Deutlich unter-
durchschnittlich wird dagegen das größere In-
teresse an praktischen Tätigkeiten (42 %) und
die zu lange Dauer eines Studiums (18 %) an-
geführt. Während die Ablehnung, BAföG-
Schulden zu machen, kaum eine Rolle spielt

(8 %), wird die Überforderung durch Studien-
gebühren vergleichsweise häufig genannt
(28 %).

Nordrhein-Westfalen: Die Studienberechtigten
mit Studienverzicht aus diesem Bundesland
machen noch häufiger als die aus Niedersach-
sen geltend, nie eine Studienabsicht gehabt zu
haben (26 %) und stattdessen schon seit länge-
rem ein festes Berufsziel ohne das Erfordernis
eines Hochschulstudiums zu verfolgen (41 %).
Das Motiv des baldigen eigenen Verdienstes hat
bei ihnen dagegen nur eine unterdurchschnittli-
che Bedeutung (55 %).

Hessen: Studienberechtigte aus Hessen heben
sich von allen anderen Studienberechtigten mit
Studienverzicht dadurch ab, dass bei ihnen fi-
nanzielle Aspekte durchweg nur eine erheblich
untergeordnete Rolle spielen. Fehlende finan-
zielle Voraussetzungen werden nur von 13 %, die
Ablehnung von BAföG-Schulden nur von 8 %
und die Überforderung durch Studienge-
bühren lediglich von 11 % geltend gemacht.
Auch die Dauer eines Studiums (25 %), unkal-
kulierbare Studienanforderungen (1 %) und
schlechte Berufsperspektiven in der interessie-
renden Studienrichtung (5 %) schrecken nur er-
heblich unterdurchschnittlich von einem Studi-
um ab. Vergleichsweise häufig werden dagegen
der baldige eigene Verdienst (66 %) und beson-
ders das feste Berufsziel ohne Studium (38 %)
als Grund für den Studienverzicht genannt.

Baden-Württemberg: Während diese Studien-
berechtigten vergleichsweise selten angeben,
nie eine Studienabsicht gehabt zu haben (11 %),
zweifeln sie jedoch überdurchschnittlich häufig
an ihrer Eignung für ein Studium (23 %). Posi-
tiv begründet wird der Studienverzicht vor al-
lem durch das möglichst baldige Geldverdienen
(69 %) und das große Interesse an einer prakti-
schen Tätigkeit (55 %), weniger durch das feste
Berufsziel ohne Universitäts- oder Fachhoch-
schulstudium (24 %).

Bayern: Eine Reihe von Aspekten, die im Bun-
desmittel nur eine marginale Bedeutung haben,
werden von den Studienberechtigten aus Bay-
ern, die ihre Studienoption nicht einlösen wol-
len, deutlich häufiger genannt; etwa die unüber-
sichtlichen Anforderungen eines Studiums

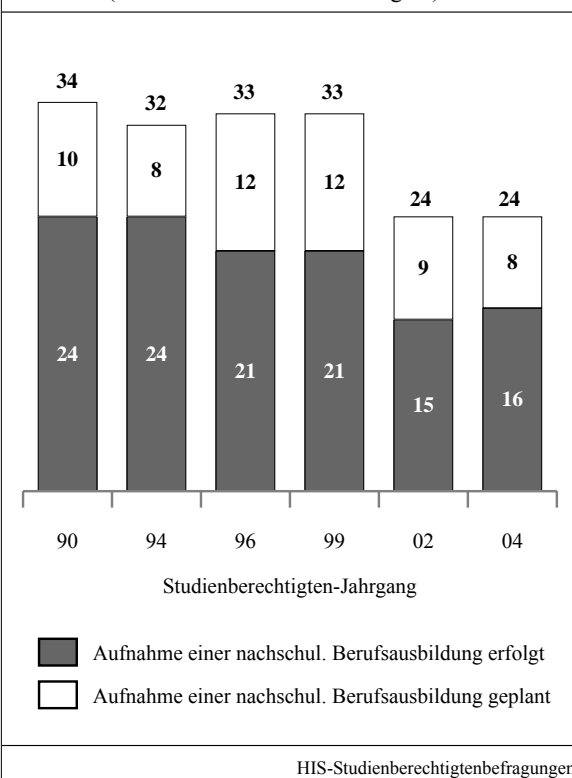
(9 %), das fehlende zusagende Studienangebot in der Nähe (10 %), die hindernden familiären Bindungen (9 %) oder die schlechten Berufsperspektiven (13 %). Außerdem dauert ihnen das Studium vergleichsweise häufig zu lange (45 %) bzw. es fehlen die finanziellen Voraussetzungen für ein Studium (28 %).

Thüringen: Nicht nur häufiger als im Bundesdurchschnitt sondern auch häufiger als im Mittel der neuen Länder werden die Motive des möglichst baldigen eigenen Geldverdienens und des größeren Interesses an praktischer Tätigkeit als an einem theoretischen Studium als Motive des Studienverzichts vorgebracht (73 % bzw. 58 %). Von überdurchschnittlicher Bedeutung ist auch die finanzieller Überforderung durch die Erhebung von Studiengebühren (28 %). Ein erheblich unterdurchschnittliches Gewicht als Begründung für den Studienverzicht hat dagegen das bereits fest stehende Berufsziel ohne Studium (16 %).

6 Berufsausbildungswahl

Die Brutto-Berufsausbildungsquote ist, analog zur Brutto-Studierquote, ein Indikator dafür, wie viele Studienberechtigte eines Schulentlassjahrgangs eine berufliche Ausbildung aufnehmen, unabhängig davon, ob im Anschluss noch ein Studium beabsichtigt ist²⁴. Wie bei der Studierquote, wird auch hier unterschieden zwischen der Gruppe derer, die zum Befragungszeitpunkt die berufliche Ausbildung bereits begonnen haben, und denen, die ihre Entscheidung erst zu einem späteren Zeitpunkt realisieren wollen. Von allen Studienberechtigten 2004 hat sich insgesamt knapp ein Viertel entschieden, nach Erwerb der Hochschulreife eine Ausbildung in Betrieben, in Behörden oder an Berufsfachschulen zu absolvieren (vgl. Tab. 6.1). Darunter sind 3 %, die anschließend noch ein Studium planen. Ein halbes Jahr nach Schulabgang hatten 16 % aller Studienberechtigten ihre Ausbildung bereits aufgenommen, weitere 8 % wollten diesen Schritt demnächst tun (vgl. Abb. 14).

Abb. 14 Brutto-Berufsausbildungsquote ein halbes Jahr nach Schulabgang
(in v. H. aller Studienberechtigten)



Bei den bis 1999 untersuchten Studienberechtigtenjahrgängen lag die Brutto-Berufsausbildungsquote zwar faktisch konstant bei etwa einem Drittel. Es vollzog sich aber ein Strukturwandel der beiden hier zusammengefassten Qualifizierungsgruppen: Der Anteil der „Doppelqualifizierer“, also derjenigen, die im Anschluss an ihre Berufsausbildung noch die Aufnahme eines Hochschulstudiums planten, halbierte sich kontinuierlich von 12 % auf 6 %. Gleichzeitig stieg der Anteil der Studienberechtigten, die sich ausschließlich für eine Berufsausbildung entschieden haben, von 21 % auf 27 % an (vgl. hierzu auch Kap. 8). Dieser Prozess der Anteilsverschiebung bei konstantem Gesamtwert war bereits beim Jahrgang 2002 gestoppt. Sowohl die Gruppe der Doppelqualifizierer als auch die der Studienberechtigten, die *nur* einen nicht-akademischen Abschluss anstreben, verkleinerten sich deutlich, so dass die Brutto-Berufsausbildungsquote von einem Drittel auf nur noch ein Viertel sank. 2004 ist dieser Wert unverändert. Allerdings setzt sich der Trend rückläufiger Studienabsichten unter den (angehenden) Auszubildenden weiter fort. Ein halbes Jahr nach Schulabgang geben nur 3 % der Studienberechtigten an, nach der Berufsausbildung noch ein Studium aufnehmen zu wollen. Dementsprechend ist der Anteil der Schulabgänger leicht gestiegen, die ausschließlich eine berufliche Ausbildung absolvieren möchten.

Analog zur 2004 wieder häufigeren unverzüglichen Studienaufnahme (vgl. Kap. 2) ist auch der Anteil der Studienberechtigten, die zum Befragungszeitpunkt, also ein halbes Jahr nach Schulabgang, ihre Berufsausbildung bereits begonnen haben, wieder leicht angestiegen (2002: 15 %, 2004: 16 %). Damit ist der bis 2002 zu beobachtende Rückgang der direkten Aufnahme einer Berufsausbildung gestoppt. Mit 8 % auf den bislang niedrigsten Wert ist indes der Anteil der Studienberechtigten gesunken, die den Ausbildungsbeginn erst für die Folgezeit planen.

Geschlechtsspezifisch differenzierte Entwicklung

Frauen entscheiden sich im gesamten Untersuchungszeitraum erheblich häufiger als Männer

²⁴ Deswegen ergänzen sich Brutto-Studier- und Brutto-Berufsausbildungsquote auch nicht zu 100 %.

für eine nachschulische Berufsausbildung (vgl. Tab. 6.1). Von den Studienberechtigten 2004 wollen 30 % der Frauen, aber nur 18 % der Männer eine solche Ausbildung absolvieren. Während der ganz überwiegende Teil der Frauen mit Entscheidung für eine Berufsausbildung ein halbes Jahr nach Schulabgang diese Ausbildung bereits angetreten hat (23 %), ist es bei den entsprechenden Männern nicht einmal die Hälfte (8 %). Diese geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Anteile mit frühem Beginn der Berufsausbildung erklären sich, ähnlich wie bei der Studienaufnahme, in erster Linie durch die vorgängige Ableistung des Wehr- und Zivildienstes bei einem erheblichen Teil der männlichen Studienberechtigten.

Im Jahrgangvergleich zeigen sich daher vor allem bei den Männern erhebliche Veränderungen hinsichtlich des Zeitpunkts der Ausbildungsaufnahme. Nach einem kontinuierlichen Rückgang des Anteils der unverzüglich mit der nachschulischen Berufsausbildung beginnenden Männer bis 2002 von 14 % auf 5 %, hat sich der Anteil 2004 erstmals wieder deutlich erhöht (8 %). Parallel dazu hat sich die Gruppe der „Verzögerer“ weiter leicht verringert (2002: 12 %, 2004: 10 %). Ursächlich für diese Entwicklung ist – wie bereits erwähnt – der von deutlich weniger Männern zu leistende Wehr- bzw. Zivildienst. Bei den Frauen ist 2004 der Trend einer rückläufigen sofortigen Ausbildungsaufnahme zwar nicht gestoppt, jedoch deutlich abgeschwächt bei nahezu konstanten Anteilen erst für die Folgezeit geplanter beruflicher Ausbildungen.

Zugleich sind die oben beschriebenen Prozesse sowohl bei Männern als auch bei Frauen zu beobachten: Bei zunächst weitgehender Konstanz der Berufsausbildungsquote ein insgesamt deutliches Abschmelzen der Gruppe der Doppelqualifizierer, zwischen 1999 und 2002 paralleler Rückgang der Anteile der Doppelqualifizierer und der Studienberechtigten, die nur eine Berufsausbildung absolvieren möchten, seither Stabilisierung dieses Anteilswertes auf dem niedrigen Niveau bei weiterem Rückgang des Anteils der Doppelqualifizierer. Bei den Männern lag die Berufsausbildungsquote mit geringfügigen Änderungen bis 1999 bei ca. einem Viertel und ging 2002 auf 17 % zurück, um 2004 wieder geringfügig auf 18 % anzusteigen.

Von den studienberechtigten Frauen entschieden sich langjährig etwa vier Zehntel, zuletzt aber nur noch drei Zehntel für eine Berufsausbildung. Ungeachtet der bei Frauen erheblich höheren Brutto-Berufsausbildungsquote ist der Anteil der weiblichen Studienberechtigten, die im Anschluss an die Ausbildung noch ein Studium beginnen möchten, mit 3 % kaum höher als bei den Männern (2 %).

Nach alten und neuen Ländern differenzierte Entwicklung

Studienberechtigte aus den neuen Ländern entscheiden sich (mit Ausnahme des Jahrgangs 1990) durchgängig deutlich häufiger als die aus den alten Ländern, nach Erwerb der Hochschulreife eine Berufsausbildung aufzunehmen. Beim zuletzt befragten Jahrgang 2004 belaufen sich die entsprechenden Quoten auf 29 % für die neuen und 23 % für die alten Länder (vgl. Tab. 6.1).

Im Jahrgangvergleich zeigen sich in Ost- und Westdeutschland ähnliche Entwicklungen, wenn auch auf unterschiedlichem Niveau: Zwischen 1994 und 1999 weitgehende Stabilität der Brutto-Berufsausbildungsquote (Ost: 39 %, West: 30-32 %) mit einem folgenden erheblichen Absinken beim Jahrgang 2002 auf 30 % in den neuen und 23 % in den alten Ländern. 2004 sind diese Werte nahezu unverändert.

Der Umfang des Gesamt-Rückgangs des Anteils der Doppelqualifizierer ist in Ost- und Westdeutschland im betrachteten Zeitraum etwa gleich groß. Wollte Anfang der 90er Jahre noch ca. jeder zehnte Studienberechtigte eine nachschulische Berufsausbildung mit anschließendem Studium absolvieren, so sind es 2004 in beiden Herkunftsregionen lediglich noch 3 %. Der Anteil der Studienberechtigten mit ausschließlicher beruflicher Ausbildung als nachschulischer Qualifizierung umfasst aber in den alten Ländern zwischen einem Fünftel und einem Viertel, in den neuen Ländern dagegen (mit Ausnahme des Jahrgangs 1990) zwischen einem Viertel und einem Drittel aller Studienberechtigten.

Erstmals seit Anfang der 90er Jahre sind sowohl die Anteile der unverzüglich begonnenen als

auch die der erst für die Folgezeit geplanten Berufsausbildungen in Ostdeutschland höher als in Westdeutschland. Bei den zuvor untersuchten Jahrgängen hatte sich der Unterschied ausschließlich hinsichtlich des frühen Beginns einer Berufsausbildung bemerkbar gemacht. Ursächlich für die Veränderung ist die gegenläufige Entwicklung in Ost- und Westdeutschland. Während in den alten Ländern geringfügige Verschiebungen zugunsten einer unverzüglichen Ausbildungsaufnahme zu beobachten sind, setzt sich in den neuen Ländern der Trend eines selteneren sofortigen Ausbildungsbeginns fort.

Nach Ländern differenzierte Entwicklung

Die landesspezifischen Brutto-Berufsausbildungsquoten der Studienberechtigten 2004 liegen zwischen einem Maximalwert von 36 % und einem Minimalwert von 13 %. Ordnet man die länderspezifischen Berufsausbildungsquoten nach ihrer Höhe, stehen die Studienberechtigten aus Thüringen mit einem Wert von 36 % und einer Abweichung von +12 Prozentpunkten vom Bundesmittel mit Abstand an der Spitze der Rangskala (vgl. Abb. 15). Es folgen die vier

neuen Länder Brandenburg (32 %), Berlin (31 %), Mecklenburg-Vorpommern (29 %) und Sachsen-Anhalt (27 %) sowie Baden-Württemberg (27 %). Am unteren Ende der Rangfolge liegen Schleswig-Holstein (20 %), Bayern (19 %), Rheinland-Pfalz (14 %) und Bremen (13 %, -11 Prozentpunkte Abweichung vom Bundesmittel).

Ebenso wie bei den Studierquoten lassen sich auch die länderspezifischen Unterschiede hinsichtlich der Berufsausbildungsquote ohne genaue Kenntnis der jeweiligen Gegebenheiten und Rahmenbedingungen nicht hinreichend erklären. Zu verweisen ist jedoch darauf, dass in der hier verwendeten Definition von Berufsausbildung auch die Ausbildungen an Verwaltungsfachhochschulen und Berufsakademien enthalten sind. Die hohen Berufsausbildungsquoten in Baden-Württemberg, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg sind auch auf die überdurchschnittlich hohen Wahlanteile dieser beiden studienähnlichen Qualifizierungen zurückzuführen (siehe Kapitel 7).

Abb. 15 Brutto-Berufsausbildungsquote der Studienberechtigten 2004 nach dem Land des Erwerbs der Hochschulreife: Abweichungen in Prozentpunkten vom Durchschnittswert (24%)

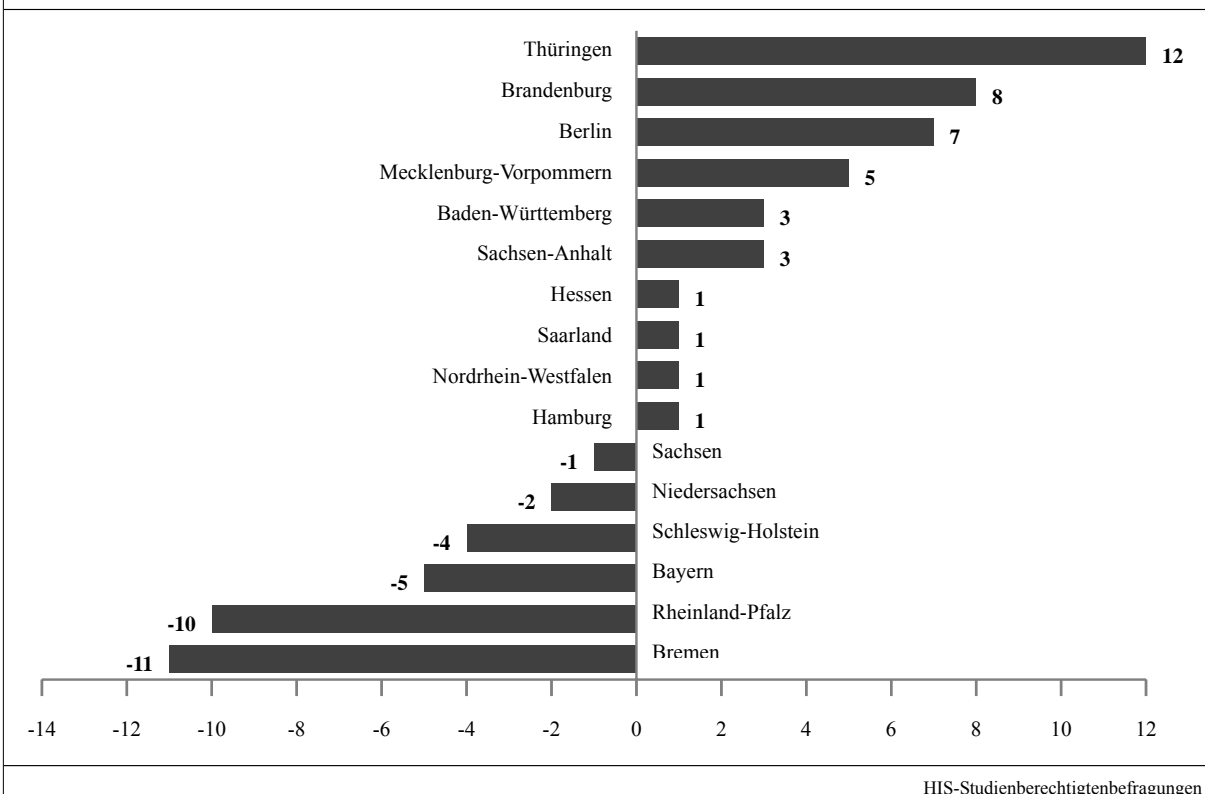
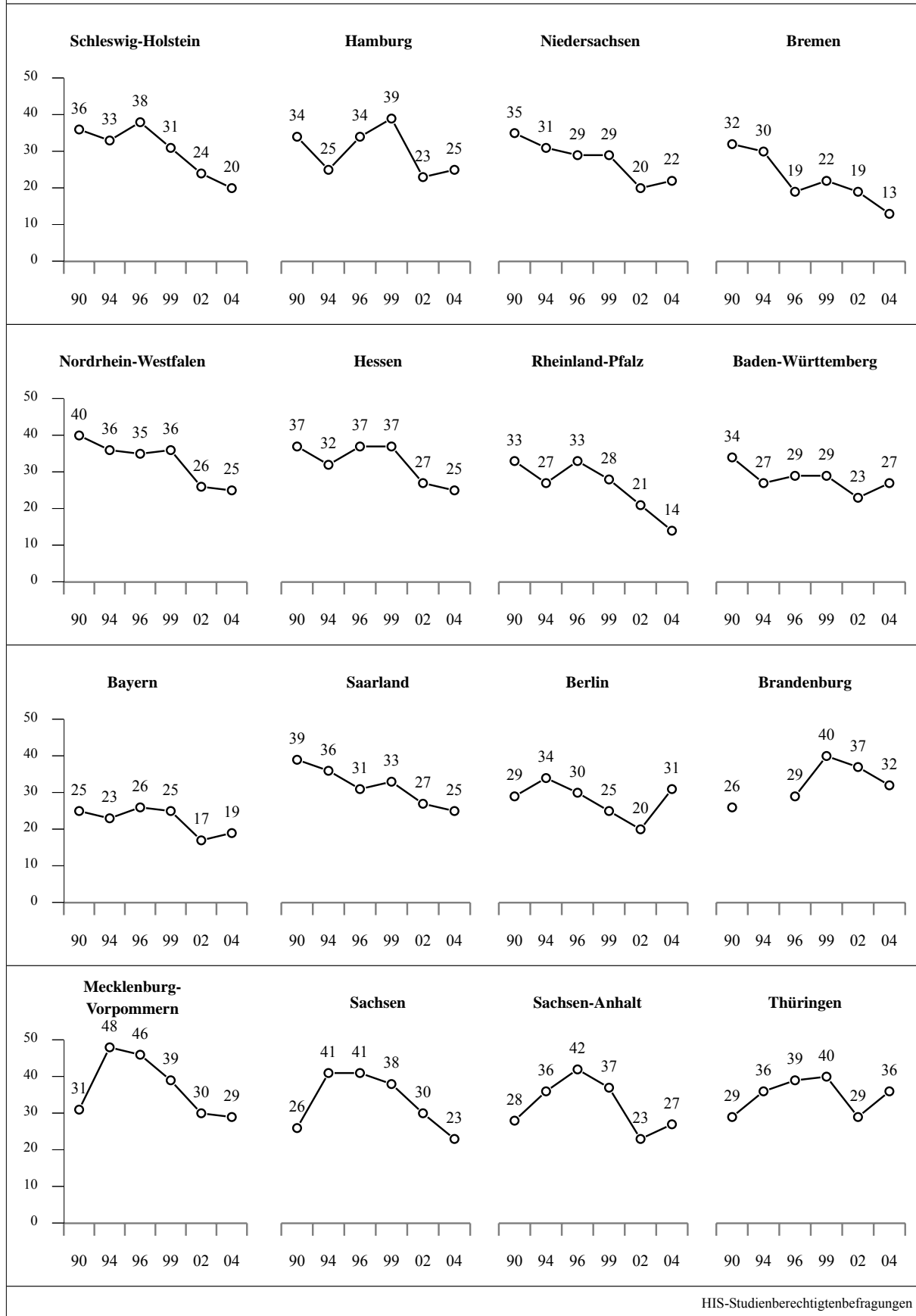


Abb. 16 Brutto-Berufsausbildungsquote der Studienberechtigten nach Land des Erwerbs der Hochschulreife (in v.H.)



In der Betrachtung des gesamten Zeitraums 1990 bis 2004 liegt die Brutto-Berufsausbildungsquote 2004 in der Mehrzahl der Länder zum Teil erheblich unterhalb des Wertes von Anfang bzw. Mitte der 90er Jahre. Per saldo ging die Quote am stärksten in Mecklenburg-Vorpommern, Bremen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Schleswig-Holstein zurück. Zum überwiegenden Teil ist dies auf den in allen Ländern rückläufigen Anteil der Doppelqualifizierungen zurückzuführen. In keinem Land wird beim Jahrgang 2004 auch nur annähernd das Niveau der Doppelqualifizierungen vom Beginn der 90er Jahre erreicht.

Von dieser Parallelität abgesehen, sind die Entwicklungen der länderspezifischen Berufsausbildungsquoten aber sehr unterschiedlich (vgl. Abb. 16). Während in Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und im Saarland die Ausbildungsquoten spätestens seit Mitte der 90er Jahre – in erheblich differierendem Umfang – kontinuierlich sinken, hat dieser rückläufige Trend in Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz erst Ende der 90er Jahre eingesetzt und in Nordrhein-Westfalen und Hessen erst 2002. In Berlin und Niedersachsen ging die Brutto-Berufsausbildungsquote in den 90er Jahren zunächst ebenfalls zurück, stieg jedoch 2004 wieder an. In Berlin erreichte sie mit einem Zuwachs von 11 Prozentpunkten fast wieder das Niveau der ersten Hälfte der 90er Jahre. Auch in Hamburg, Baden-Württemberg, Bayern, Sachsen-Anhalt und Thüringen ist 2004 nach zuvor sinkenden Anteilen ein Wiederanstieg der Ausbildungsquote zu beobachten, der in Thüringen am stärksten ausfällt (+ 7 Prozentpunkte).

In Hamburg sind extreme Schwankungen in den Anteilen der Studienberechtigten mit Ausbildungswunsch zu konstatieren. Große Veränderungen lassen sich zudem in Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern feststellen. Seit Mitte/Ende der 90er Jahre hat sich in diesen Ländern die Berufsausbildungsquote in einem nahezu „freien Fall“ um 18 bzw. 19 Prozentpunkte verringert. In Mecklenburg-Vorpommern ist diese Entwicklung 2004 allerdings abgeschwächt. Dagegen zeichnen sich Baden-Württemberg und Bayern im Betrachtungszeitraum durch relativ stabile Werte aus.

7 Art der gewählten Berufsausbildung

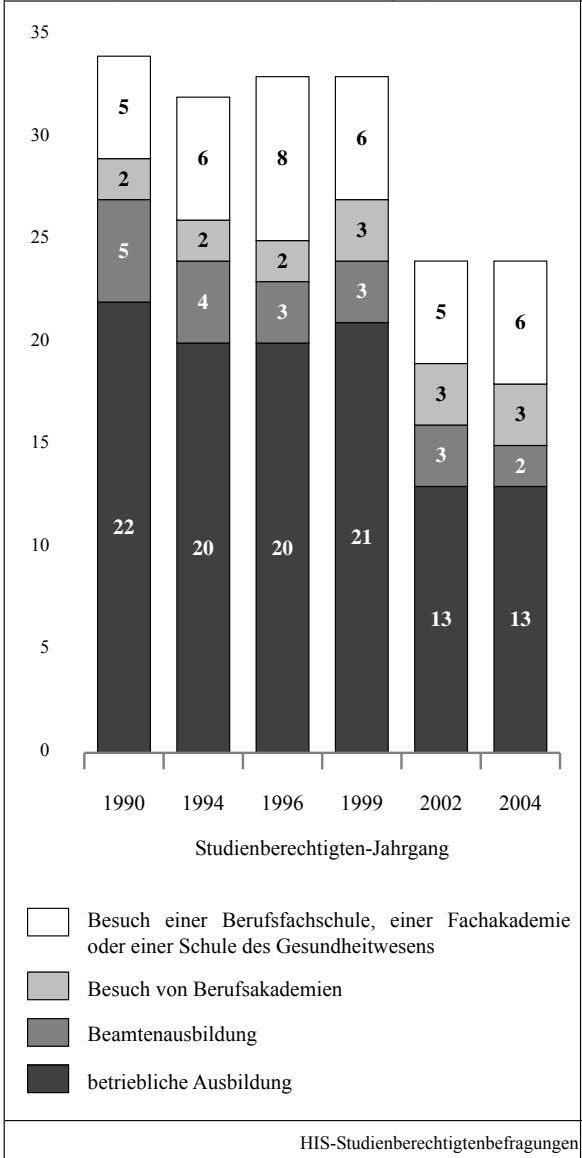
Knapp jeder vierte Studienberechtigte 2004 absolviert eine nicht-akademische Ausbildung. Der mit 13 % weitaus größte Anteil beginnt eine herkömmlich als Lehre bezeichnete betriebliche Ausbildung. Weitere 6 % nehmen eine schulische Ausbildung an einer Berufsfachschule (einschließlich Schulen des Gesundheitswesens und Fachakademien) auf, 3 % streben einen Abschluss an einer Berufsakademie an und 2 % absolvieren den Vorbereitungsdienst für den gehobenen nichttechnischen Dienst der öffentlichen Verwaltung²⁵ (vgl. Tab. 7.1).

Im Jahrgangsvergleich stellt die *betriebliche Ausbildung* nach wie vor den überwiegenden Anteil unter den verschiedenen Formen der von Studienberechtigten gewählten nachschulischen Berufsausbildungen (vgl. Abb. 17). Allerdings lag ihr Anteil bei den Jahrgängen bis 1999 noch bei etwa einem Fünftel aller Studienberechtigten. Der in Kapitel 6 beschriebene deutliche Rückgang der Brutto-Berufsausbildungsquote zwischen den Jahrgängen 1999 und 2002 kommt hauptsächlich durch die rückläufige Aufnahme betrieblicher Ausbildungen zustande. 2004 hat sich der Wert auf niedrigem Niveau stabilisiert.

In den ausgewiesenen Hauptrichtungen der Ausbildungsberufe spiegelt sich der Rückgang der Berufsausbildungsquote entsprechend wider, wobei allerdings bei den Bank- und Versicherungsberufen sowie den Fertigungs- und technischen Berufen schon zwischen 1990 und 1999 rückläufige Tendenzen erkennbar sind. Aber erst zwischen den beiden Jahrgängen 1999 und 2002 gehen die Anteilswerte in allen Berufsrichtungen gleichermaßen zurück (vgl. Tab. 7.1). Unverändert gegenüber dem Jahrgang 2002 wählten 2004 unter den Studienberechtigten in einer betrieblichen Ausbildung 4 % Organisations- und Büroberufe, 3 % Bank- und Versicherungsberufe und 2 % Fertigungs- und technische Berufe. Die restlichen 4 % verteilen sich auf alle übrigen Berufsrichtungen.

²⁵ Unter ihnen ist ein sehr kleiner Anteil von Studienberechtigten mit einer Ausbildung für den mittleren Dienst.

Abb. 17 Art der aufgenommenen bzw. angestrebten Berufsausbildung ein halbes Jahr nach Schulabgang
(in v.H. aller Studienberechtigten)



Der Zugang zum Vorbereitungsdienst für den gehobenen nichttechnischen Dienst der öffentlichen Verwaltung – kurz *Beamtenausbildung* genannt – ist nicht frei wählbar, sondern setzt i.d.R. das Bestehen eines Beamtenverhältnisses auf Widerruf voraus. Wie Abbildung 17 zeigt geht der Anteil der Studienberechtigten mit Beamtenausbildung seit Beginn der 1990er Jahre trendmäßig von zunächst 5 % auf aktuell 2 % zurück. Es ist davon auszugehen, dass diese Entwicklung eher mit den Bedarfsplanungen der öffentlichen Verwaltungen als mit rückläufigem Interesse der Studienberechtigten zusam-

menhängt. Dies wird auch durch die Ergebnisse einer Befragung von Schülerinnen und Schülern der Abschlussklassen des Schuljahres 2005 gestützt²⁶. Ein halbes Jahr vor Erwerb der Hochschulreife äußerten 16 % der zukünftigen Studienberechtigten 2005 den Wunsch, an einer Verwaltungsfachhochschule oder Berufsakademie eine Ausbildung zu absolvieren – ein mehr als dreimal so hoher Anteil wie bei den Studienberechtigten 2004.

Eine analoge Überlegung dürfte demnach auch für die im Jahrgangvergleich in der Wahlhäufigkeit kaum veränderte, bei Studienberechtigten aber sehr begehrte Ausbildung an *Berufsakademien* gelten. Zugangsvoraussetzung zu einer Berufsakademie ist der Abschluss eines Ausbildungsvertrages mit einem an der Berufsakademie beteiligten Unternehmen, d.h. der Zugang unterliegt in erheblichem Maße der Personalplanung der Betriebe. Wie bei den beiden zuvor untersuchten Jahrgängen streben 3 % der Studienberechtigten einen Abschluss in dieser Art von dualer Ausbildung an, die im Wechsel als Studierender an der Studienakademie und als Auszubildender im Unternehmen stattfindet.

Für eine Ausbildung an einer *Berufsfachschule* entscheiden sich im Jahrgangvergleich nahezu konstant 5 % bis 6 % der Studienberechtigten. Zwischenzeitlich (1996) war dieser Anteil auf einen Spitzenwert von 8 % angestiegen.

Geschlechtsspezifisch differenzierte Entwicklung

Die auch 2004 zwischen Männern und Frauen stark differierende Brutto-Berufsausbildungsquote (18 % vs. 30 %) resultiert primär aus einer erheblich häufigeren Entscheidung der weiblichen Studienberechtigten für eine Ausbildung an einer Berufsfachschule oder einer Schule des Gesundheitswesens (10 %, Männer: 2 %). Aber auch eine betriebliche Ausbildung nehmen mehr Frauen als Männer auf (15 % vs. 11 %). Deutlich geringer sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede dagegen beim Be-

such von Berufsakademien (Frauen: 3 %, Männer: 4 %). Eine Beamtenausbildung beginnen Männer und Frauen 2004 mit jeweils 2 % gleich häufig (vgl. Tab. 7.1).

Bis zum Jahrgang 1999 sind die relativen Wahlhäufigkeiten der verschiedenen Formen der Berufsausbildung bei den männlichen Studienberechtigten entweder weitgehend konstant (Berufsfachschule, Beamtenausbildung, betriebliche Ausbildung) oder zeigen einen leichten Aufwärtstrend (Berufsakademien). Der bei den Schulabgängern 2002 beobachtbare deutliche Rückgang der Berufsausbildungsquote vollzog sich dagegen fast ausschließlich zulasten der betrieblichen Ausbildungen. Parallel dazu hatte sich nur noch der Anteil der Beamtenausbildung verringert – jedoch nur minimal. 2004 sind diese rückläufigen Entwicklungen gestoppt. Bei sonst konstanten Werten beginnen männliche Studienberechtigte wieder etwas häufiger eine Lehre (2002: 9 %, 2004: 11 %). Ebenso wie in der Gesamtbetrachtung waren auch bei den Männern 2002 alle Berufsrichtungen vom Rückgang der betrieblichen Ausbildung betroffen. Allerdings deutete sich schon in den zuvor untersuchten Jahrgängen eine seltenere Entscheidung für Bank- und Versicherungsberufe sowie Fertigungs- und technische Berufe an. 2004 haben sich nun die Anteile aller Berufsrichtungen auf niedrigem Niveau stabilisiert. Bei den Beamtenausbildungen zeichnet sich indes, über den gesamten Beobachtungszeitraum gesehen, ein klarer Abwärtstrend ab, während die berufsakademische Ausbildung ein vergleichsweise hohes Niveau von 4 % erreichen.

Etwas anders verlief die Entwicklung bei den Frauen. Während der Anteilswert für die Berufsakademien im Jahrgangvergleich nahezu konstant bleibt, nehmen 2004, nach einem deutlichen Rückgang seit Mitte der 90er Jahre, wieder mehr Frauen eine Ausbildung an einer Berufsfachschule oder Schule des Gesundheitswesens auf. Weiter rückläufig ist dagegen der Anteil der betrieblichen Ausbildung. Er erreicht mit 15 % seinen bislang niedrigsten Wert. Von dieser Entwicklung sind alle Berufsrichtungen betroffen, besonders jedoch die Bank- und Versicherungsberufe sowie die Organisations- und Büroberufe. Die 2004 gegenläufigen Entwick-

²⁶ Heine, C./Scheller, P./Willich, J.: Studienberechtigte 2005. Studierbereitschaft, Berufsausbildung und Bedeutung der Hochschulreife. Ergebnisse der ersten Befragung der Studienberechtigten 2005 ein halbes Jahr vor Schulabgang. Pilotstudie. HIS Kurzinformation A16/2005, Hannover 2005

lungen der Anteilswerte für betriebliche und berufsfachschulische Ausbildungen führen zu einer Annäherung dieser Ausbildungsarten und zeigen, dass sie für Frauen offensichtlich zunehmend gleichwertige Alternativen der beruflichen Qualifizierung darstellen – im Gegensatz zu ihren männlichen Jahrgangskollegen. Indes zeichnet sich ebenso wie bei den Männern, über den gesamten Beobachtungszeitraum gesehen, ein Abwärtstrend der Aufnahme einer Beamtenausbildung ab.

Nach alten und neuen Ländern differenzierte Entwicklung

Beim Vergleich zwischen den Studienberechtigten 2004 nach ihrer Herkunftsregion zeigt sich, dass die höhere Brutto-Berufsausbildungsquote in den neuen Ländern vorrangig durch den häufigeren Besuch von Berufsfachschulen und Schulen des Gesundheitswesens (8 % vs. 6 %) sowie der häufigeren Aufnahme einer Beamtenausbildung (3 % vs. 1 %) durch ostdeutsche Studienberechtigte begründet ist. Gering sind die Unterschiede dagegen bei den betrieblichen Ausbildungen (14 % vs. 13 %) und dem Besuch von Berufsakademien (4 % vs. 3 %). Fast identisch sind auch die Anteile der gewählten Berufsrichtungen (vgl. Tab. 7.1).

Die Entwicklung und Veränderung in der Wahl der verschiedenen Berufsausbildungsarten ist in den alten und neuen Ländern seit Mitte der 90er Jahre überwiegend durch konvergierende Trends gekennzeichnet. In beiden Herkunftsregionen ist nach zuvor stabilen Werten 2002 der Anteil für betriebliche Ausbildungen um jeweils 8 Prozentpunkte gesunken. In den neuen Ländern hat sich der Wert 2004 nochmals leicht, um einen Prozentpunkt, verringert und hat damit fast den Anteil in Westdeutschland erreicht.

Die unter dem Vorbehalt der unternehmerischen Personalplanung stehende Entscheidung für eine Ausbildung an einer Berufsakademie wurde in den alten Ländern in der ersten Hälfte der 90er Jahre stabil von jeweils 2 % der Studienberechtigten getroffen, seit dem Jahrgang 1999 von konstant 3 %. In den neuen Ländern ist dagegen bis 2002 ein steter Aufwärtstrend dieser Ausbildungsform zu beobachten, der einerseits

aus dem Aufbau der Berufsakademien in Thüringen und Sachsen resultiert, andererseits aber auch ein Beleg für die Beliebtheit dieser Ausbildungsform in den neuen Ländern ist. 2004 hat sich der Anteil der Studienberechtigten, die eine Berufsakademie besuchen, bei 4 % stabilisiert.

In beiden Teilen Deutschlands wuchs der Anteil der Ausbildung an Berufsfachschulen und Schulen des Gesundheitswesens bis zum Jahrgang 1996 zunächst deutlich, ging jedoch schon beim Folgejahrgang wieder zurück und ist seitdem weitgehend konstant. Diese Entwicklung verlief in den neuen Ländern jedoch auf einem etwas höheren Niveau.

Sowohl in den alten als auch in den neuen Ländern zeigt sich bei der unter administrativem Einfluss stehenden Entscheidung für eine Beamtenausbildung seit Beginn der 90er Jahre ein Rückgang. In Westdeutschland fiel dieser mit zuletzt 2 Prozentpunkten auf nur noch 1 % beim Jahrgang 2004 besonders hoch aus.

Nach Ländern differenzierte Entwicklung

Für die Studienberechtigten 2004 aus allen Bundesländern gilt, dass sie unter den verschiedenen Arten der Berufsausbildung mit Abstand am häufigsten eine *betriebliche Ausbildung* gewählt haben (vgl. Tab. 7.2a bis 7.2d). Eine Ausnahme bildet lediglich Sachsen, wo die Entscheidung zu gleichen Anteilen auf betriebliche und berufsfachschulische Ausbildungen fällt. Sachsen ist zudem das einzige ostdeutsche Bundesland, in dem nur unterdurchschnittlich oft eine Lehre absolviert wird (8 %). In den alten Ländern trifft dies auf Rheinland-Pfalz (8 %) und Bremen (9 %) zu, die zwei Bundesländer, in denen die Brutto-Berufsausbildungsquote besonders niedrig ist. Überdurchschnittlich fällt die Entscheidung für eine betriebliche Ausbildung dagegen in Berlin, Thüringen (jeweils 17 %), Nordrhein-Westfalen, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern (jeweils 16 %), Hamburg und im Saarland (jeweils 15 %) aus.

Im Vergleich der seit Beginn der 90er Jahre untersuchten Jahrgänge zeigt sich, dass die Studienberechtigten aus Mecklenburg-Vorpommern,

Nordrhein-Westfalen, Hessen und Brandenburg fast durchgängig überdurchschnittlich oft eine betriebliche Ausbildung beginnen. Dagegen absolvieren diejenigen aus Bayern, Sachsen, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Bremen vergleichsweise selten eine Lehre.

Hinsichtlich der *Beamtenausbildung* lassen sich beim Jahrgang 2004 kaum Unterschiede zwischen den Ländern beobachten. In der überwiegenden Zahl entsprechen die Quoten entweder genau dem Durchschnittswert (2 %) oder weichen hiervon nur um einen Prozentpunkt ab. Eine Ausnahme bildet einerseits Thüringen mit einem Anteil von 5 % und andererseits Bayern mit einem Anteil von weniger als einem halben Prozent. Auch bei der Betrachtung über alle Vergleichsjahrgänge hinweg ergibt sich dieses Bild. In Thüringen, aber auch Sachsen-Anhalt liegt der Anteil der Beamtenausbildungen durchweg auf einem hohen Niveau, in Bayern, Hamburg und Bremen hingegen auf einem niedrigen. In den übrigen Ländern sind lediglich bei einzelnen Jahrgängen vom Durchschnittswert stark abweichende Werte zu beobachten; z.B. in Schleswig-Holstein beim Jahrgang 1996 mit 9 % und in Bremen, wo beim Jahrgang 1999 niemand eine Beamtenausbildung aufnahm.

Eine Ausbildung an *Berufsakademien* wählen die Studienberechtigten aus Baden-Württemberg (9 %), Sachsen (6 %), Sachsen-Anhalt und Thüringen (jeweils 5 %) mit Abstand am häufigsten. In Baden-Württemberg, wo dieses Bildungsangebot bereits seit langem existiert, liegt der Anteil der Studienberechtigten, die diesen Qualifizierungsweg beschritten haben, auch in den 90er Jahren deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Zwischen den Jahrgängen 1996 und 1999 war ein beträchtlicher Anstieg von 5 % auf 8 % zu verzeichnen, der sich 2004 in geringem Maße fortsetzt (9 %). In Sachsen wurden Berufsakademien nach dem „Modell Baden-Württemberg“ schon relativ kurz nach der Wende eingeführt und stießen rasch auf großes Interesse. Seit 1999 besuchen konstant 6 % der Studienberechtigten Berufsakademien. In Thüringen wurden Berufsakademien, gleichfalls nach dem baden-württembergischen Modell, erst Ende der 90er Jahre gegründet. Auch hier zeigte sich sofort die große Attraktivität

dieses Bildungsangebots (1996: 1 %, 1999: 6 %). In Berlin wurde 2003 die Berufsakademie als Fachbereich in die Fachhochschule für Wirtschaft integriert. Der Anteil der Studienberechtigten, die sich für den Besuch einer Berufsakademie entschieden haben, hat sich dennoch von 4 % beim Jahrgang 2002 auf nun wieder 2 % verringert. Berufsakademien, die vom „Modell Baden-Württemberg“ abweichen, finden sich in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hessen und im Saarland. Eine Ausbildung an einer Berufsakademie streben die Studienberechtigten dieser Länder nur zu Anteilen von 1 % bis 2 % an. Auch in Nordrhein-Westfalen und Bayern zeigen sich nur marginale Anteile von 1 %. In Bremen absolviert ebenso wie beim Jahrgang 2002 kein Studienberechtigter eine solche Ausbildung.

Nach den betrieblichen Ausbildungen sind Ausbildungen an *Berufsfachschulen*, Schulen des Gesundheitswesens und Fachakademien bei den Studienberechtigten 2004 mit einem durchschnittlichen Anteil von 6 % die am meisten gewählte Art der beruflichen Qualifizierung. Allerdings fällt dieser Anteil in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich aus. Am attraktivsten sind diese Ausbildungen offensichtlich für die studienberechtigten Schulabgänger aus Berlin (10 %), Hessen, Brandenburg, Thüringen (jeweils 9 %), Hamburg und Sachsen (8 %). Das Gegenteil trifft auf ihre Jahrgangskollegen aus Rheinland-Pfalz (1 %), Bremen (3 %), Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg (jeweils 4 %) zu. Über alle Vergleichsjahrgänge hinweg gesehen, entscheiden sich die Studienberechtigten aus Sachsen, Thüringen und Nordrhein-Westfalen durchgängig besonders häufig für diese Art der Berufsausbildung.

8 Wege in den Beruf

Mit dem Zeugnis der Hochschulreife ist die wichtigste Hürde für die Aufnahme eines Hochschulstudiums genommen. An unterschiedlichen Typen von Hochschulen können die studienberechtigten Schulabgänger nun aus einer Vielzahl von Studiengängen wählen. Die Hochschulzugangsberechtigung bedeutet jedoch nicht zwangsläufig, dass ein Studium aufgenommen wird. Vielmehr bieten sich auch mit einer Berufsausbildung vielfältige Möglichkeiten, die von kurzen Anlernausbildungen über mehrjährige berufliche Ausbildungen bis hin zum Besuch von studienähnlichen Ausbildungen an Berufsakademien und Verwaltungsfachhochschulen reichen. Das große Spektrum, das sich mit den beiden Hauptrichtungen nachschulischer Qualifizierung – Studium bzw. Berufsausbildung – eröffnet, wird durch ihre Kombinierbarkeit und variierbare Abfolge noch erweitert (z.B. duales Fachhochschulstudium, berufliche Ausbildung mit anschließendem Studium). In dieser Optionenvielfalt lassen sich vier Haupttypen nachschulischer Qualifizierung bzw. bildungsbiographischer Wege in den Beruf erkennen, die auch das Merkmal „bereits vor/parallel zum Erwerb der Hochschulreife absolvierte Berufsausbildung“ berücksichtigen:

- nur Studium
- Berufsausbildung vor/parallel zum Schulabgang und Studium
- nachschulische Berufsausbildung und Studium (Doppelqualifizierung)
- nur nachschulische Berufsausbildung

Diese typischen Qualifikationswege für eine Berufstätigkeit nehmen die in den vorhergehenden Kapiteln aufgemachte Perspektive auf die Tätigkeit im Dezember 2004 sowie auf die geplante Aufnahme eines Studiums oder einer Berufsausbildung wieder auf. Dabei werden Ausbildungen, die zum Zeitpunkt der Befragung vorzeitig, also ohne Abschluss, beendet worden sind bzw. von denen die Befragten bereits angeben, sie demnächst ohne Abschluss beenden zu wollen, aus den dargestellten Wegen in den Beruf ausgeschlossen. Somit wird der aus gegen-

wärtigen Umentscheidungen und Ausbildungsabbruch resultierende Schwund berücksichtigt. Geringfügige Abweichungen zu den ausgewiesenen Brutto-Studierquoten und Brutto-Berufsausbildungsquoten, die alle aufgenommenen und geplanten Qualifizierungen unabhängig von deren erfolgreichem Abschluss umfassen, sind daher möglich.

Von den Studienberechtigten 2004 haben sich 56 % für ein ausschließliches Studium als Weg in den Beruf entschieden (Tab. 8.1). Weitere 12 % wollen ebenfalls nur einen Hochschulabschluss erwerben, haben aber bereits vor oder mit Erwerb der Hochschulreife eine Berufsausbildung abgeschlossen. Gut ein Fünftel der Studienberechtigten (22 %) verzichtet unterdessen auf die Studienoption und möchte ausschließlich eine nicht-akademische Ausbildung durchlaufen. Beides zu absolvieren, ein Studium und eine Berufsausbildung, beabsichtigen lediglich 3 % der Studienberechtigten.

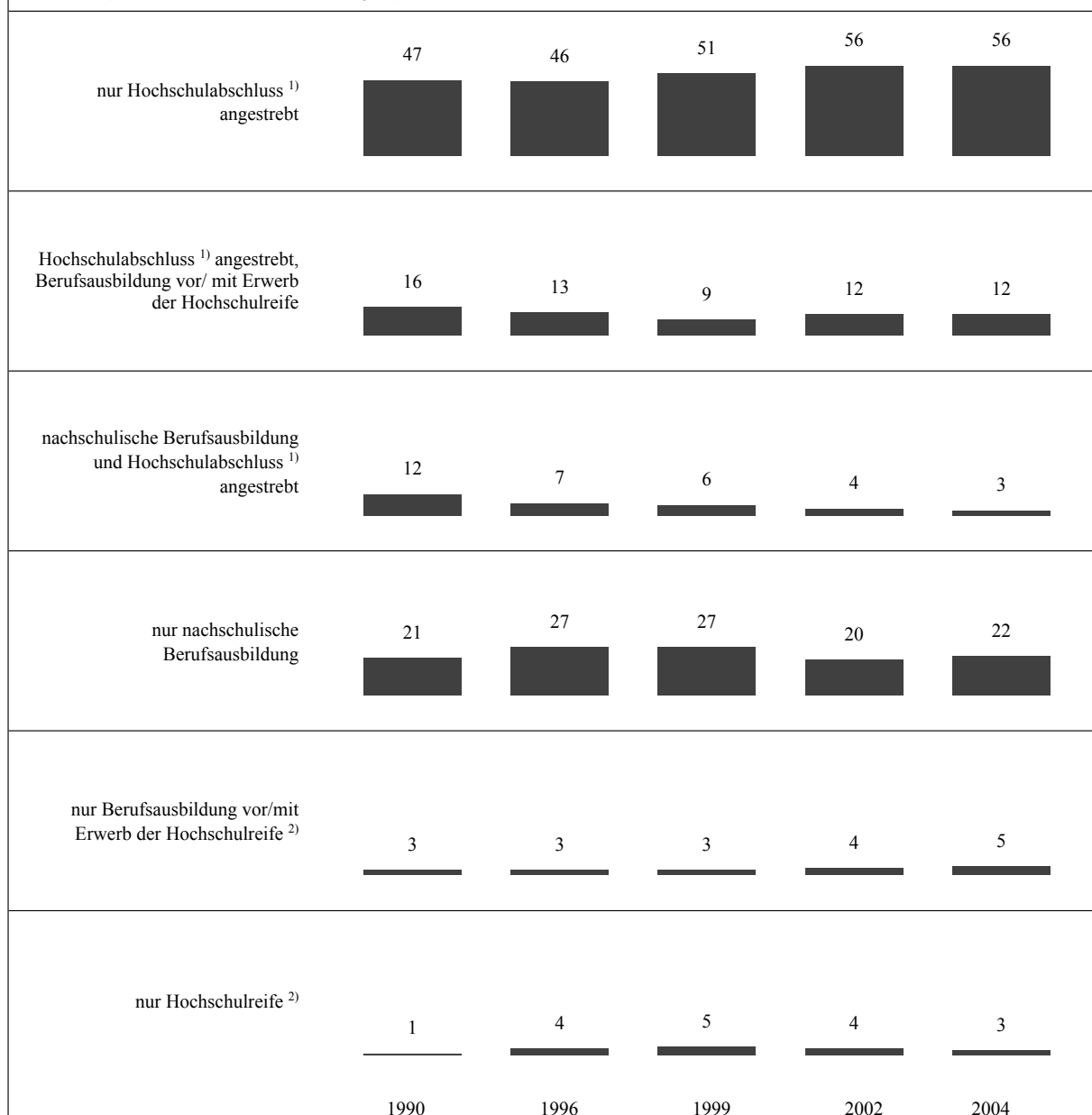
Neben diesen vier Qualifizierungstypen gibt es eine Gruppe von insgesamt 8 % der Schulabgänger, die es bei dem mit Erwerb der Hochschulreife erreichten Stand der Ausbildung (zunächst) belassen wollen; darunter sind 5 %, die aber bereits über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen und zum überwiegenden Teil in dem erlernten Beruf tätig werden möchten. Wie frühere HIS-Befragungen gezeigt haben, wird sich ein Teil derer, die ein halbes Jahr nach Schulabgang angeben, keine nachschulische Qualifizierung anzustreben, noch für eine der o.g. Optionen entscheiden. Dies resultiert vor allem aus der kurz nach Erwerb der Hochschulreife häufig noch bestehenden Unsicherheit und Unentschlossenheit über die Wahl des weiteren Ausbildungsweges. So haben sich 3 % der Studienberechtigten 2004 ein halbes Jahr nach Schulabgang noch nicht endgültig für einen der vier genannten Qualifizierungswege entschieden, nennen jedoch für sie in Frage kommende Studien- und Berufsausbildungsalternativen. Vor allem die grundsätzliche Entscheidung zwischen Berufsausbildung bzw. Berufstätigkeit und Studium fällt diesen Schulabgängern schwer. Überhaupt noch keine Vorstellungen hat lediglich 1 % der Studienberechtigten 2004.

Der Anteil der Studienberechtigten, die *ausschließlich ein Hochschulstudium* absolvieren möchten, stieg zwischen Mitte der 90er Jahre und 2002 kontinuierlich von 46 % auf 56 % an (vgl. Abb. 18). 2004 ist diese Entwicklung gestoppt; ebenso wie 2002 qualifizieren sich 56 % der Studienberechtigten ausschließlich mit einem Hochschulstudium für das Berufsleben.

Nach einem kontinuierlichen Rückgang in den 90er Jahren von 16 % auf 9 % hatte der Qualifizierungsweg „*vor/mit Schulabgang abgeschlossene Berufsausbildung und Studium*“ 2002 wieder deutlich an Bedeutung gewonnen (12 %). 2004 lässt sich jedoch kein weiterer Zuwachs dieser Studienberechtigtengruppe konstatieren.

Abb. 18 Wege in den Beruf

(in v. H. aller Studienberechtigten)



1) ohne Verwaltungsfachhochschulen, ohne Hochschulen der Bundeswehr, ohne Berufsakademien

2) zum Befragungszeitpunkt keine weitere Qualifizierung beabsichtigt bzw. noch nicht zwischen verschiedenen Alternativen entschieden

3) bis 2002 alte Länder einschließlich Berlin, 2004 neue Länder einschließlich Berlin

Studienberechtigte 90: Stand 3 ½ Jahre nach Schulabgang

Unverändert 12 % der Schulabgänger gelangen auf diesem Weg in den Beruf.

Erneut an Bedeutung verloren hat dagegen die *Doppelqualifizierung*. Strebten 1990 noch 12 % der Studienberechtigten ein halbes Jahr nach Schulabgang sowohl eine nachschulische Berufsausbildung als auch ein Studium an, so sind es 2004 lediglich noch 3 % (vgl. Tab. 8.1). Während der Rückgang in der ersten Hälfte der 90er Jahre u.a. auf die damals generell gesunkene Studierbereitschaft zurückzuführen sein dürfte, denn der Qualifizierungsweg „nur nachschulische Berufsausbildung“ wurde in diesem Zeitraum wieder häufiger eingeschlagen, ging der Bedeutungsverlust der Doppelqualifizierung Ende der 90er Jahre bis 2002 mit der vermehrten Entscheidung für ausschließlich ein Studium einher. Gleichzeitig wurde seltener nur eine nachschulische Berufsausbildung aufgenommen. Mögliche Ursachen für den Rückgang seit Ende der 90er Jahre könnten die positiven Arbeitsmarktsignale für Akademiker sein, die eine vorgeschaltete Berufsausbildung zur Verbesserung der Ausgangschancen am Arbeitsmarkt oder als Sicherheitsstrategie nicht erforderlich machen. Diese Annahme wird gestützt durch die Ergebnisse der 2. Befragung der Studienberechtigten 1999 im Dezember 2002. Erstmalig war bei diesem Jahrgang ein erheblicher Anstieg des Anteils der Doppelqualifizierer zwischen den zwei Befragungszeitpunkten zu beobachten (Dezember 1999: 6 %, Dezember 2002: 11 %). „Die Doppelqualifizierung wird weniger als früher von *vornherein* als ein größere Sicherheit und zusätzliche Chancen bietender Weg, sondern vermehrt als *nachträgliche* Korrektur und Verbesserung der ursprünglichen Bildungsentscheidung gewählt“²⁷. Aber auch die zunehmende Thematisierung des in Deutschland vergleichsweise hohen Eintrittsalters in den Beruf dürfte von Bedeutung sein. Die 2004 weiter rückläufige Entwicklung der Doppelqualifizierung ist indes begleitet von der wieder leicht gestiegenen Attraktivität einer nachschulischen Berufsausbildung ohne Studium.

Um 2 Prozentpunkte hat sich der Anteil der Studienberechtigten gegenüber 2002 erhöht, die *ausschließlich eine Berufsausbildung* nach Erwerb der Hochschulreife absolvieren möchten. Mit 22 % liegt der Anteil weiterhin auf dem Niveau der ersten Hälfte der 90er Jahre. Zwischenzeitlich war er bis auf 27 % angestiegen und erst beim Jahrgang 2002 wieder auf 20 % gesunken.

Tendenziell wachsend ist die Gruppe der Studienberechtigten, die schon vor oder parallel zum Erwerb der Hochschulreife eine Berufsausbildung abgeschlossen haben und keine nachschulische Qualifizierung planen, sondern in der Regel in ihrem erlernten Beruf arbeiten möchten. Seit Ende der 90er Jahre hat sich ihr Anteil von 3 % auf 5 % erhöht. Ursache für diese Entwicklung dürfte vor allem die wachsende quantitative Bedeutung der Berufsfachschulen und Fachschulen für den Erwerb der Studienberechtigung sein. Mehr als jeder dritte Studienberechtigte, der es bei der vorschulischen Berufsausbildung belassen möchte, hatte zudem nie die Absicht zu studieren und 45 % hatten ein festes Berufsziel vor Augen, das kein Studium voraussetzt.

Im Vergleich zu 1999 hat sich hingegen die Gruppe der Studienberechtigten verkleinert, die ein halbes Jahr nach Schulabgang noch keine Angaben über den weiteren Werdegang machen kann. 1999 lag der Anteil noch bei 5 %, 2004 bei 3 %. Eine Ursache für diese Entwicklung könnte der sinkende Anteil von zum Befragungszeitpunkt Wehr- und Zivildienstleistenden sein. Die Entscheidung über den weiteren Werdegang kann von den betreffenden Studienberechtigten nicht mehr wie bisher mehrere Monate aufgeschoben werden, sondern muss frühzeitig getroffen werden.

Geschlechtsspezifisch differenzierte Entwicklung

Geschlechtsspezifische Unterschiede hinsichtlich der Qualifizierungswege in den Beruf zeigen sich vor allem bei der Aufnahme eines Studiums nach einer vorschulisch abgeschlossenen Berufsausbildung sowie bei der Wahl einer ausschließlich nachschulischen Berufsausbildung (vgl. Tab. 8.1). So nehmen die männlichen Stu-

²⁷ Heine, C./Scheller, P.: Studium, Beruf und Werdegänge. Ergebnisse der zweiten Befragung der Studienberechtigten 1999 3,5 Jahre nach Schulabgang und Vergleich mit den Studienberechtigten 1990, 1992 und 1994. HIS Kurzinformation A14/2005; Hannover 2005

dienberechtigten etwa doppelt so häufig wie die Schulabgängerinnen den Weg über einen der Ausbildung nachgelagerten (Fachober-)Schulbesuch zum Studium (15 % vs. 8 %) und verfolgen damit einen gezielt aufstiegsorientierten Weg. Frauen verzichten unterdessen überdurchschnittlich auf ein Studium und absolvieren stattdessen ausschließlich eine nachschulische Berufsausbildung. Während 27 % der Frauen diese Qualifizierungsform wählen, trifft dies auf lediglich 16 % der Männer zu. Kaum geschlechtsspezifische Differenzen bestehen dagegen bei der Wahl einer Doppelqualifizierung, der Aufnahme eines ausschließlichen Hochschulstudiums und der ausbleibenden Weiterqualifizierung nach einer bereits vorschulisch abgeschlossenen Berufsausbildung. Der Anteil der Schulabgänger, die es bei dem mit Erwerb der Hochschulreife erreichten Stand der Ausbildung belassen wollen bzw. keine konkreten Angaben zum weiteren Werdegang machen und zudem noch keine vorschulische Ausbildung absolviert haben, ist bei den Männern mit 4 % höher als bei den Frauen (2 %). Die Ursache dafür ist vor allem die bei Männern ein halbes Jahr nach Schulabgang noch häufiger vorhandene Unsicherheit über die weitere Qualifizierung. Besonders die Ableistung des Wehr- oder Zivildienstes ermöglicht ihnen anders als den Frauen einen zeitlichen Aufschub der endgültigen Ausbildungsentscheidung.

Im Vergleich der Studienberechtigtenjahrgänge sind die Entwicklungen bis 2002 im Wesentlichen parallel verlaufen, wenn auch in unterschiedlicher Intensität. Auch 2004 überwiegen die Gemeinsamkeiten die Unterschiede. Größere Differenzen lassen sich jedoch hinsichtlich der Entscheidung für ein ausschließliches Studium konstatieren. Während bei den Männern der Aufwärtstrend dieses Qualifizierungsweges weiter anhält und sein Anteil seit 1996 von damals 47 % auf nunmehr 57 % gestiegen ist, ist bei den Frauen diese Entwicklung 2004 vorerst gestoppt. Gegenüber 2002 hat sich der Anteil bei ihnen von 56 % geringfügig auf 55 % verringert. Gleichzeitig hat sich die Gruppe der Schulabgängerinnen, die ausschließlich eine nachschulische Berufsausbildung absolvieren möchten, nach einem starken Rückgang beim Jahrgang 2002 (von 33 % auf 24 %) wieder er-

höht auf 27 %. Bei den Männern hat die nachschulische Berufsausbildung zwar ebenfalls wieder an Attraktivität gewonnen, jedoch fällt dieser Zuwachs mit nur 1 Prozentpunkt sehr gering aus. Eine geschlechtsspezifisch differierende Entwicklung zeigt sich auch hinsichtlich des Weges „vor/mit Schulabgang abgeschlossene Berufsausbildung und Studium“. Während mit Ausnahme des Jahrgangs 1999 nahezu konstant 8 % der Frauen diesen Qualifizierungsweg einschlagen, hat sich bei den männlichen Studienberechtigten der Anteil nach einem deutlichen Anstieg 2002 von 12 % auf 17 % beim Jahrgang 2004 erneut verringert und liegt nun bei 15 %.

Nach alten und neuen Ländern differenzierte Entwicklung

Die Ausbildungswege in Ost- und Westdeutschland sind teilweise einander angeglichen (vgl. Tab. 8.1). Dies gilt zunächst für die größte Gruppe, also diejenigen, die sich für den Weg „nur Hochschulstudium“ entschieden haben. Seit dem Jahrgang 1999 unterscheiden sich die Anteilswerte nur noch um 1 Prozentpunkt voneinander und auch die o.g. allgemeine Entwicklung des Anstiegs zwischen 1996 und 2002 und Stabilisierung beim Jahrgang 2004 ist für beide Regionen zu beobachten. Zugleich hat sich auch der beschriebene Trend kontinuierlich sinkender Anteile von Doppelqualifizierern in einer ähnlichen Größenordnung sowohl in den alten (von 12 % auf 3 %) als auch in den neuen (von 9 % auf 3 %) Ländern vollzogen.

Wesentliche Unterschiede zwischen Ost und West bestehen nach wie vor bezüglich der Studienberechtigten, die auf ihre Studienoption verzichten und ausschließlich eine nachschulische Berufsausbildung absolvieren. Diese Gruppe von Studienberechtigten ist in den neuen Ländern seit Mitte der 90er Jahre erheblich größer als in den alten. Allerdings hat sich in diesem Zeitraum die Differenz von 8 auf 5 Prozentpunkte verringert.

In engem Zusammenhang mit den regionalspezifischen Unterschieden hinsichtlich der ausschließlich nachschulischen Berufsausbildung stehen die Unterschiede bezüglich der Gruppe von Studienberechtigten, die bereits vor oder

mit Erwerb der Hochschulreife eine Berufsausbildung abgeschlossen haben, und zwar sowohl derjenigen, die nun ein Hochschulstudium anstreben, als auch derjenigen ohne weitere berufliche Qualifizierung. Für diese Studienberechtigten stellt sich die Frage einer weiteren (nachschulischen) Berufsausbildung in der Regel nicht. In der Addition entfällt auf diese bereits berufserfahrenen Studienberechtigten in den alten Ländern mit 19 % ein wesentlich höherer Anteil als in den neuen (12 %). Ursache dafür dürfte u.a. das in Ostdeutschland noch geringere Angebot an entsprechenden Schulen, insbesondere Fachoberschulen, sein.

Nach Ländern differenzierte Entwicklung

Die Spannweite der länderspezifischen Abweichungen von den Durchschnittswerten der einzelnen Qualifizierungstypen ist zum Teil beträchtlich (vgl. Tab. 8.2a, 8.2b). Die Studienberechtigten 2004 aus Bayern nehmen mit 67 % weit überdurchschnittlich den Weg über nur ein Studium. Ebenfalls über dem Durchschnitt liegt der Anteil in Sachsen (62 %), Bremen, Sachsen-Anhalt und im Saarland (jeweils 60 %). Deutlich unterdurchschnittlich groß ist die Gruppe hingegen in Thüringen (46 %), Hamburg und Baden-Württemberg (50 %). In Baden-Württemberg steht diesem vergleichsweise geringen Wert jedoch ein mit 15 % überdurchschnittlicher Anteil von Studienberechtigten gegenüber, die bereits vor oder mit Erwerb der Hochschulreife eine Berufsausbildung abgeschlossen haben und nun ein Studium anstreben. Aber auch in Bremen sowie in Nordrhein-Westfalen ist diese Gruppe relativ groß (16 % bzw. 15 %). In Hamburg ist hingegen der Anteil der Studienberechtigten, die nach einer vorschulischen Berufsausbildung ein Studium beginnen, nur unterdurchschnittlich (9 %). Gleiches gilt für Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern (jeweils 7 %) und Berlin (8 %). In Bayern, Sachsen-Anhalt und im Saarland steht den überdurchschnittlichen Werten für den Weg „nur ein Hochschulstudium“ ein vergleichsweise geringer Anteil von Studienberechtigten gegenüber, die nach einer vorschulischen Ausbildung nun ein Studium aufnehmen.

Die Doppelqualifizierung, d. h. nachschulische Berufsausbildung plus Studium, hat seit 1990

in ausnahmslos allen Ländern an Bedeutung verloren und liegt bei den Studienberechtigten 2004 zwischen 1 % in Bayern und 5 % in Schleswig-Holstein.

Vor allem die Schulabgänger aus den vier neuen Ländern Thüringen (34 %), Brandenburg (29 %), Mecklenburg-Vorpommern und Berlin (jeweils 27 %) verzichten auf ihre Studienoption und wollen nur eine nachschulische Berufsausbildung durchlaufen. In Bremen und Schleswig-Holstein trifft dies lediglich auf 11 % bzw. 16 % der Studienberechtigten 2004 zu.

Auffallend hoch sind die Anteile der Studienberechtigten, die keine konkreten Angaben zum weiteren Werdegang machen und zudem noch keine vorschulische Ausbildung absolviert haben, in den drei Stadtstaaten Berlin (7 %), Hamburg und Bremen (jeweils 6 %).

Im Jahrgangsvergleich lässt sich in nahezu allen Bundesländern zwischen der zweiten Hälfte der 90er Jahre und 2002 eine Zunahme des Qualifizierungsweges „nur Hochschulabschluss angestrebt“ feststellen. In Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Bayern, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen setzt sich dieser Trend auch 2004 fort. Dagegen hat sich der Anteil besonders in Thüringen und Berlin, daneben aber auch in Hamburg, Baden-Württemberg und dem Saarland zuletzt (wieder) verkleinert.

Länderspezifisch sehr unterschiedlich verläuft die Entwicklung auch bei dem Qualifizierungsweg „nur nachschulische Berufsausbildung“. In der Mehrzahl der Bundesländer hat dessen Bedeutung 2004 zugenommen, besonders in Berlin (2002: 17 %, 2004: 27 %) und in Thüringen (2002: 25 %, 2004: 34 %). Weniger Studienberechtigte schlagen diesen Weg dagegen in Sachsen, Brandenburg, Bremen, Schleswig-Holstein und insbesondere in Rheinland-Pfalz (2002: 18 %, 2004: 12 %) ein.

Im Vergleich zum Jahrgang 2002 hat sich die Gruppe der Studienberechtigten mit vorschulischer Berufsausbildung, die nun ein Studium anstreben, in nahezu der Hälfte der Länder (erneut) verkleinert, besonders in Schleswig-Hol-

stein, Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern. Zuwächse lassen sich dagegen in Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen und im Saarland beobachten.

Der Anteil der Studienberechtigten, die es bei ihrer vor oder parallel zum Erwerb der Hochschulreife abgeschlossenen Berufsausbildung belassen wollen, hat sich in zwölf Bundesländern erhöht, besonders in Rheinland-Pfalz (+ 8 Prozentpunkte).

Anhang

Tabellen

Tab. 1.2a: Studienberechtigte ein halbes Jahr nach Schulabgang: Art der ausgeübten Tätigkeit nach Land und Jahr des Erwerbs der Hochschulreife
(in v.H. aller Studienberechtigten; vertikale Prozentuierung)

Art der ausgeübten Tätigkeit	Schleswig-Holstein					Hamburg					Niedersachsen					Bremen				
	90	96	99	02	04	90	96	99	02	04	90	96	99	02	04	90	96	99	02	04
Studium an Fachhochschulen ¹⁾	9	8	9	13	15	10	6	5	9	5	8	8	11	9	11	11	8	13	15	13
Studium an Universitäten ²⁾	17	13	18	21	22	16	18	14	21	22	22	22	17	24	27	18	31	23	25	29
Beamtenausbildung ³⁾	6	4	1	1	1	1	1	2	1	0	2	2	2	3	2	1	2	-	0	1
Besuch einer Berufsakademie	2	1	1	1	1	1	-	-	1	2	1	1	0	1	1	-	-	-	-	-
betriebliche Ausbildung	20	13	15	9	7	14	19	17	5	7	20	10	10	7	11	16	8	10	8	5
schulische Ausbildung ⁴⁾	2	4	4	2	2	4	3	4	4	3	2	5	4	2	3	2	-	3	2	2
Praktikum	5	4	4	3	5	2	2	5	4	4	4	5	5	3	6	2	-	3	4	7
Berufstätigkeit ⁵⁾	3	3	5	2	6	5	6	5	7	9	6	3	7	12	6	7	6	-	3	4
Wehr- und Zivildienst	26	39	32	30	23	33	28	29	26	20	27	32	32	24	18	29	33	32	28	23
sonstige Tätigkeiten ⁶⁾	9	12	13	17	19	14	19	18	22	29	8	13	11	16	15	14	14	17	13	17
Studium insgesamt ⁷⁾	26	20	27	34	37	26	23	19	30	27	30	30	28	33	37	29	39	36	40	42
Berufsausbildung insgesamt ⁸⁾	30	21	20	14	11	20	22	23	11	11	25	17	17	12	17	19	10	13	11	8
1) einschließlich entsprechender Studiengänge an Gesamthochschulen, ohne Verwaltungsfachhochschulen																				
2) einschließlich Technischer, Pädagogischer, Theologischer sowie Kunst- und Musikhochschulen, ohne Hochschulen der Bundeswehr																				
3) i.d.R. für den gehobenen Dienst (Besuch von Verwaltungsfachhochschulen)																				
4) Besuch von Berufsfachschulen, Schulen des Gesundheitswesens und Fachakademien																				
5) einschließlich Zeit- und Berufssoldaten (= angehende Studierende an Hochschulen der Bundeswehr)																				
6) Jobben, Urlaub, Au-Pair-Tätigkeit, Freiwilliges Soziales Jahr etc.																				
7) ohne Verwaltungsfachhochschulen, ohne Hochschulen der Bundeswehr, ohne Berufsakademien																				
8) einschließlich Verwaltungsfachhochschulen und Berufsakademien																				
HIS-Studienberechtigtenbefragungen																				

Tab. 1.2d: Studienberechtigte ein halbes Jahr nach Schulabgang: **Art der ausgeübten Tätigkeit nach Land und Jahr des Erwerbs der Hochschulreife**
(in v.H. aller Studienberechtigten; vertikale Prozentuierung)

Art der ausgeübten Tätigkeit	Mecklenburg-Vorpommern					Sachsen					Sachsen-Anhalt					Thüringen				
	90	96	99	02	04	90	96	99	02	04	90	96	99	02	04	90	96	99	02	04
Studium an Fachhochschulen ¹⁾	-	9	7	10	10	1	9	7	9	14	2	10	11	13	14	1	11	8	13	12
Studium an Universitäten ²⁾	33	22	20	24	27	30	21	18	21	28	33	21	19	27	29	32	15	17	21	24
Beamtenausbildung ³⁾	1	4	3	3	2	0	2	2	2	1	-	3	2	2	3	1	4	3	3	2
Besuch einer Berufsakademie	-	-	1	2	3	0	2	2	3	3	-	0	1	1	2	0	-	1	2	3
betriebliche Ausbildung	9	15	19	11	12	10	17	12	7	6	10	17	18	9	8	11	13	17	10	9
schulische Ausbildung ⁴⁾	4	6	4	3	5	6	9	8	8	6	5	6	7	4	6	5	11	6	5	6
Praktikum	8	1	1	1	2	9	2	2	3	3	7	2	2	3	3	7	0	3	2	4
Berufstätigkeit ⁵⁾	7	3	4	4	3	6	2	1	3	2	6	3	1	3	2	4	5	1	4	5
Wehr- und Zivildienst	32	30	30	29	23	30	26	35	32	23	32	30	31	28	21	32	30	33	27	23
sonstige Tätigkeiten ⁶⁾	6	10	11	11	14	8	9	13	12	13	6	9	8	10	11	7	11	12	12	13
Studium insgesamt ⁷⁾	33	32	27	35	38	31	31	25	30	42	35	14	30	40	43	33	26	25	34	36
Berufsausbildung insgesamt ⁸⁾	14	24	27	20	21	16	30	25	20	17	15	26	27	16	19	17	28	27	21	19
1) einschließlich entsprechender Studiengänge an Gesamthochschulen, ohne Verwaltungsfachhochschulen																				
2) einschließlich Technischer, Pädagogischer, Theologischer sowie Kunst- und Musikhochschulen, ohne Hochschulen der Bundeswehr																				
3) i.d.R. für den gehobenen Dienst (Besuch von Verwaltungsfachhochschulen)																				
4) Besuch von Berufsfachschulen, Schulen des Gesundheitswesens und Fachakademien																				
5) einschließlich Zeit- und Berufssoldaten (= angehende Studierende an Hochschulen der Bundeswehr)																				
6) Jobben, Urlaub, Au-Pair-Tätigkeit, Freiwilliges Soziales Jahr etc.																				
7) ohne Verwaltungsfachhochschulen, ohne Hochschulen der Bundeswehr, ohne Berufsakademien																				
8) einschließlich Verwaltungsfachhochschulen und Berufsakademien																				
HIS-Studienberechtigtenbefragungen																				

Tab. 2.1: Studienberechtigte ein halbes Jahr nach Schulabgang: Brutto-Studierquote nach Geschlecht, Herkunft aus den alten bzw. neuen Ländern und nach dem Jahr des Erwerbs der Hochschulreife (in v.H. aller Studienberechtigten; vertikale Prozentuierung)															
Aufnahme eines Studiums	insgesamt			Männer			Frauen			alte Länder ²⁾			neue Länder		
	90	96	99	02	04	90	96	99	02	04	90	96	99	02	04
Brutto-Studierquote ¹⁾	76	66	66	73	71	82	71	71	75	75	69	61	62	71	67
<i>darunter:</i>															
- Studienaufnahme bereits erfolgt	33	30	28	35	38	25	20	15	21	31	41	41	40	47	44
- Studienaufnahme geplant	43	36	38	38	33	57	51	55	54	44	28	20	23	23	23
kein Studium aufgenommen bzw. geplant	24	34	34	27	29	18	29	29	25	25	31	39	38	29	33
1) Studienaufnahme ohne Verwaltungsfachhochschulen, Hochschulen der Bundeswehr und Berufsakademien															
2) bis 2002 alte Länder einschließlich Berlin, 2004 neue Länder einschließlich Berlin															
HIS-Studienberechtigtenbefragungen															

Tab. 2.3: Studienberechtigte ein halbes Jahr nach Schulabgang: Bandbreite der Brutto-Studierquote nach Geschlecht und Herkunft aus den alten bzw. neuen Ländern
(in v.H. aller Studienberechtigten; vertikale Prozentuierung)

	insgesamt		Männer		Frauen		alte Länder ²⁾		neue Länder	
	2002 einzel kumu- liert	2004 einzel kumu- liert	2002 einzel kumu- liert	2004 einzel kumu- liert	2002 einzel kumu- liert	2004 einzel kumu- liert	2002 einzel kumu- liert	2004 einzel kumu- liert	2002 einzel kumu- liert	2004 einzel kumu- liert
Brutto-Studierquote¹⁾										
<i>Kernquote:</i>										
Studienaufnahme bereits erfolgt	35	35	38	38	47	44	36	38	33	38
Studienaufnahme sicher geplant	38	73	33	71	23	23	38	74	36	68
<i>Maximalquote:</i>										
Studienaufnahme wahrscheinl.	4	77	4	75	5	5	4	78	5	74
Studienaufnahme alternativ geplant	2	79	2	77	2	2	3	81	2	74
<i>keine Studienaufnahme geplant</i>	21	100	23	100	23	100	20	100	24	100
HIS-Studienberechtigtenbefragungen										

1) Studienaufnahme ohne Verwaltungsfachhochschulen, Hochschulen der Bundeswehr und Berufsakademien

2) bis 2002 alte Länder einschließlich Berlin, 2004 neue Länder einschließlich Berlin

Tab. 2.7: Studienberechtigte ein halbes Jahr nach Schulabgang: Bandbreite der Brutto-Studierquote nach Art der Hochschulreife und Art der besuchten Schule (in v.H. aller Studienberechtigten; vertikale Prozentuierung)																
Brutto-Studierquote ¹⁾	Abitur ²⁾				Fachhochschulreife ³⁾				allgemeinbildende Schulen ⁴⁾				berufliche Schulen ⁵⁾			
	2002 einzeln	2002 kumu- liert	2004 einzeln	2004 kumu- liert	2002 einzeln	2002 kumu- liert	2004 einzeln	2004 kumu- liert	2002 einzeln	2002 kumu- liert	2004 einzeln	2004 kumu- liert	2002 einzeln	2002 kumu- liert	2004 einzeln	2004 kumu- liert
Kernquote:																
Studienaufnahme bereits erfolgt	36	36	40	40	33	33	33	33	37	37	41	41	32	32	33	33
Studienaufnahme sicher geplant	40	76	36	76	29	62	24	57	41	78	37	78	31	63	25	58
Maximalquote:																
Studienaufnahme wahrscheinlich	4	80	4	79	4	66	6	62	4	82	3	81	4	67	5	63
Studienaufnahme alternativ geplant	2	82	2	81	4	70	3	65	2	84	2	83	4	71	3	66
keine Studienaufnahme geplant	18	100	19	100	30	100	35	100	16	100	17	100	29	100	34	100
1) Studienaufnahme ohne Verwaltungsfachhochschulen, Hochschulen der Bundeswehr und Berufsakademien																
2) einschließlich fachgebundene Hochschulreife																
3) einschließlich fachgebundene und landesgebundene Fachhochschulreife																
4) Gymnasium, Gesamtschule, Waldorfschule, Abendgymnasium, Kolleg																
5) Fachgymnasium, Berufsbilderschule, Fachoberschule, Berufsfachschule, Fachschule, Fachakademie																
HIS-Studienberechtigtenbefragungen																

Tab. 2.8: Studienberechtigte ein halbes Jahr nach Schulabgang: Brutto-Studierquote II nach Geschlecht, Herkunft aus den alten bzw. neuen Ländern und nach dem Jahr des Erwerbs der Hochschulreife (in v.H. aller Studienberechtigten; vertikale Prozentuierung)																									
Aufnahme eines Studiums	insgesamt					Männer					Frauen					alte Länder ²⁾					neue Länder				
	90	96	99	02	04	90	96	99	02	04	90	96	99	02	04	90	96	99	02	04	90	96	99	02	04
Brutto-Studierquote II ¹⁾	83	72	72	79	76	89	78	77	82	81	75	66	67	76	72	82	73	72	79	76	88	69	70	78	76
<i>darunter:</i>																									
- Studienaufnahme bereits erfolgt	37	34	31	38	41	28	23	17	23	33	47	45	43	52	48	37	34	31	39	41	34	36	30	38	42
- Studienaufnahme geplant	46	38	41	41	35	61	55	60	59	48	28	21	24	24	24	45	39	41	41	36	54	33	40	40	33
kein Studium aufgenommen bzw. geplant	17	28	28	21	24	11	22	23	18	19	25	34	33	24	28	18	27	28	21	24	12	31	30	22	24
1) Studienaufnahme inklusive Verwaltungsfachhochschulen, Berufsakademien und Hochschulen der Bundeswehr																									
2) bis 2002 alte Länder einschließlich Berlin, 2004 neue Länder einschließlich Berlin																									
HIS-Studienberechtigtenbefragungen																									

Tab. 4.1: Studienberechtigte ein halbes Jahr nach Schulabgang: **Richtung des gewählten Studiums nach Geschlecht, Herkunft aus den alten bzw. neuen Ländern und Jahr des Erwerbs der Hochschulreife**
(in v.H. aller Studienberechtigten; vertikale Prozentuierung)

Studienrichtung ^{1) 2)}	insgesamt				Männer				Frauen				alte Länder ³⁾				neue Länder			
	90	96	99	02	04	90	96	99	02	04	90	96	99	02	04	90	96	99	02	04
Agrar-, Ernährungs-, Forstwissenschaften	3	2	2	2	2	2	2	1	2	1	3	2	2	2	2	2	2	2	2	1
Architektur, Bauwesen	5	6	4	3	3	6	8	4	3	3	4	5	3	2	2	5	8	3	2	3
Physik, Geowissenschaften	3	2	2	2	2	4	3	2	3	4	1	1	1	2	1	3	2	2	3	3
Biologie, Chemie, Pharmazie	4	3	4	4	4	4	2	3	4	4	4	4	4	5	4	4	3	3	5	4
Elektrotechnik	5	3	3	2	2	10	6	5	5	4	0	0	0	0	0	5	2	3	2	2
Kultur- und Sprachwissenschaften	4	4	5	6	5	3	3	4	4	3	6	5	7	7	7	5	4	6	6	6
Kunst- und Gestaltungswissenschaften	2	3	3	3	3	2	2	3	2	2	3	3	4	3	4	3	1	2	3	3
Maschinenbau	11	6	6	7	7	16	11	10	12	13	4	1	2	2	2	10	5	4	6	7
Mathematik, Informatik	4	3	6	5	5	5	6	11	8	8	2	1	2	2	2	3	4	7	5	5
Medizin	5	5	4	5	5	4	4	3	4	4	5	5	5	5	6	4	9	3	4	5
Pädagogik, Sport	1	2	1	2	2	1	1	1	1	2	2	3	2	3	3	1	1	3	2	3
Psychologie	1	1	1	1	2	1	1	1	1	1	1	2	2	2	2	1	1	1	2	2
Rechtswissenschaften	4	5	3	4	3	4	5	3	4	3	4	4	4	4	3	4	5	3	4	3
Sozialwissenschaften, Sozialwesen	3	4	5	6	5	2	2	3	4	3	4	6	6	7	7	3	2	4	5	6
Wirtschaftswissenschaften	13	10	11	11	11	15	11	13	12	14	11	9	10	10	9	13	10	10	10	9
Lehramtsstudiengänge	9	7	6	9	9	3	4	2	5	5	15	10	8	13	13	8	3	4	7	6
Studium insgesamt	76	66	66	73	71	82	71	71	75	75	69	61	62	71	67	76	67	61	69	68
kein Studium aufgenommen bzw. geplant	24	34	34	27	29	18	29	29	25	25	31	39	38	29	33	24	40	39	31	32

1) nur an Fachhochschulen und Universitäten, ohne Verwaltungsfachhochschulen, ohne Hochschulen der Bundeswehr, ohne Berufsakademien

2) Differenzen der Summe zu „Studium insgesamt“ resultieren aus Rundungsfehlern

3) bis 2002 alte Länder einschließlich Berlin, 2004 neue Länder einschließlich Berlin

HIS-Studienberechtigtenbefragungen

Tab. 4.2a: Studienberechtigte ein halbes Jahr nach Schulabgang: **Richtung des gewählten Studiums nach Land und Jahr des Erwerbs der Hochschulreife**
(in v.H. aller Studienberechtigten; vertikale Prozentuierung)

Studienrichtung ^{1) 2)}	Schleswig-Holstein					Hamburg					Niedersachsen					Bremen				
	90	96	99	02	04	90	96	99	02	04	90	96	99	02	04	90	96	99	02	04
Agrar-, Ernährungs-, Forstwissenschaften Architektur, Bauwesen Physik, Geowissenschaften Biologie, Chemie, Pharmazie Elektrotechnik Kultur- und Sprachwissenschaften Kunst- und Gestaltungswissenschaften Maschinenbau Mathematik, Informatik Medizin Pädagogik, Sport Psychologie Rechtswissenschaften Sozialwissenschaften, Sozialwesen Wirtschaftswissenschaften Lehramtsstudiengänge Studium insgesamt kein Studium aufgenommen bzw. geplant	4	2	3	3	1	3	1	0	1	1	5	1	2	2	2	4	2	2	1	2
	7	11	5	3	2	3	4	4	1	2	4	8	6	1	3	4	0	3	4	3
	3	1	2	2	3	2	0	2	1	2	2	1	2	3	2	4	0	-	3	2
	5	3	3	3	6	3	4	2	4	6	4	4	4	3	3	6	8	5	7	2
	2	5	4	5	1	3	2	-	1	2	4	7	3	1	3	7	3	5	1	1
	4	4	6	6	6	5	6	4	6	6	5	6	4	5	4	8	4	6	7	6
	2	1	4	3	2	2	4	9	5	2	3	2	3	2	3	4	0	7	3	4
	5	4	6	8	10	16	7	4	6	2	10	6	6	5	7	10	5	4	10	7
	3	6	6	4	4	3	2	8	7	5	4	2	6	3	5	4	2	7	6	6
	4	1	5	4	5	5	2	2	7	7	4	7	4	5	6	3	7	7	6	6
	2	3	1	2	3	1	2	1	2	1	1	1	1	2	3	1	2	2	0	2
	2	1	1	1	2	1	2	1	2	1	1	2	1	1	1	1	4	3	1	3
	4	6	3	5	4	5	6	4	5	3	3	5	3	5	5	5	9	4	8	5
	2	3	4	3	2	5	0	2	6	6	3	5	5	8	5	4	8	15	6	4
	16	6	10	15	11	13	13	8	12	10	14	8	11	9	11	19	14	11	12	14
	8	7	5	10	12	6	6	4	5	6	9	8	7	13	12	2	11	3	6	11
72	63	67	77	75	76	60	59	72	62	76	73	68	68	72	85	80	84	82	78	
28	37	33	23	25	24	40	41	28	38	24	27	32	32	28	15	20	16	18	22	

HIS-Studienberechtigtenbefragungen

1) nur an Fachhochschulen und Universitäten, ohne Verwaltungsfachhochschulen, ohne Hochschulen der Bundeswehr, ohne Berufsakademien
2) Differenzen der Summe zu „Studium insgesamt“ resultieren aus Rundungsfehlern

1) nur an Fachhochschulen und Universitäten, ohne Verwaltungsfachhochschulen, ohne Hochschulen der Bundeswehr, ohne Berufsakademien

2) Differenzen der Summe zu „Studium insgesamt“ resultieren aus Rundungsfehlern

HIS-Studienberechtigtenbefragungen

Tab. 5.2: Studienberechtigte ein halbes Jahr nach Schulabgang: Studienverzichtsründe nach Art der besuchten Schule
(in v.H. der Studienberechtigten ohne Studienabsicht; in Prozent, Mehrfachnennung möglich)

Studienverzichtsründe	allgemeinbildende Schulen ¹⁾		berufliche Schulen ²⁾	
	2002	2004	2002	2004
möchte möglichst bald selbst Geld verdienen	63	71	57	56
eigne mich nicht für ein solches Studium	19	17	20	21
hatte festes Berufsziel, dass kein Studium voraussetzt	34	20	33	38
ursprünglicher Studienwunsch wegen Zulassungsbeschränkungen ohne Wartezeit nicht realisierbar	15	7	9	4
Anforderungen eines Studiums sind unübersichtlich und unkalkulierbar	13	5	10	4
Studium dauert zu lange	26	42	21	28
mir fehlen die finanziellen Voraussetzungen für ein Studium	18	19	28	25
bin nicht bereit, wegen Darlehensanteil des BAföG Schulden zu machen	11	12	14	16
falls Studiengebühren eingeführt werden, übersteigt dies meine finanziellen Möglichkeiten	*	23	*	23
mich interessiert eine praktische Tätigkeit mehr als theoretisches Studium	51	60	32	44
kein mir zusagendes Studienangebot in der Nähe	*	3	*	6
familiäre Gründe hindern	4	3	11	8
schlechte Berufsaussichten in der mich interessierenden Studienrichtung	11	12	8	7
hatte nie die Absicht zu studieren	16	14	21	21
1) Gymnasium, Gesamtschule, Waldorfschule, Abendgymnasium, Kolleg	HIS-Studienberechtigtenbefragungen			
2) Fachgymnasium, Berufsoberschule, Fachoberschule, Berufsfachschule, Fachschule, Fachakademie				
* nicht erhoben				

Tab. 6.1: Studienberechtigte ein halbes Jahr nach Schulabgang: **Brutto-Berufsausbildungsquote nach Geschlecht, Herkunft aus den alten bzw. neuen Ländern und nach dem Jahr des Erwerbs der Hochschulreife**
(in v.H. aller Studienberechtigten; vertikale Prozentuierung)

Aufnahme einer nachschulischen Berufsausbildung ¹⁾	insgesamt			Männer			Frauen			alte Länder ²⁾			neue Länder		
	90	96	99	02	04	90	96	99	02	04	90	96	99	02	04
Brutto-Berufsausbildungsquote	34	33	33	24	24	26	26	25	17	18	44	40	40	30	30
<i>darunter:</i>															
- im ersten Halbjahr nach Schulabgang erfolgt	24	21	21	15	16	14	10	7	5	8	36	33	33	24	23
- für die Folgezeit geplant	10	12	12	9	8	12	16	17	12	10	8	7	7	6	7
<i>darunter:</i>															
- mit Studienabsicht	12	7	6	4	3	11	7	5	3	2	13	7	7	5	3

1) betriebliche Ausbildung, Beamtenausbildung (i.d.R. Besuch von Verwaltungsfachhochschulen), Besuch von Berufsakademien, Berufsfachschulen, Schulen des Gesundheitswesens und Fachakademien

2) bis 2002 alte Länder einschließlich Berlin, 2004 neue Länder einschließlich Berlin

Studienberechtigte 90; Stand 3 ½ Jahre nach Schulabgang

HIS-Studienberechtigtenbefragungen

Tab. 7.2a: Studienberechtigte ein halbes Jahr nach Schulabgang: Art der gewählten Berufsausbildung nach Land und Jahr des Erwerbs der Hochschulreife (in v.H. aller Studienberechtigten; vertikale Prozentuierung)																					
Art der Berufsausbildung	Schleswig-Holstein				Hamburg				Niedersachsen				Bremen								
	90	96	99	02	04	90	96	99	02	04	90	96	99	02	04	90	96	99	02	04	
betriebliche Ausbildung Bank – und Versicherungsberufe Organisations- und Büroberufe Fertigungs- und technische Berufe übrige Berufe Beamtenausbildung ¹⁾ Besuch von Berufsakademien Besuch einer Berufsfachschule, einer Fachakademie oder einer Schule des Gesundheitswesens	24	20	22	16	13	23	28	29	13	15	27	17	18	11	14	26	14	15	13	9	
	10	7	7	4	2	9	8	8	4	4	11	4	4	3	3	1	10	2	4	1	
	6	5	6	4	3	6	7	6	4	5	6	7	6	3	4	14	-	3	5	2	
	3	3	3	2	2	3	5	4	1	3	6	4	4	2	3	5	-	4	1	1	
	5	5	7	6	6	5	8	11	5	3	4	2	4	4	4	6	6	7	3	5	
	6	9	1	2	2	2	1	3	2	1	3	3	3	5	2	2	2	-	1	1	
	2	2	2	2	2	2	-	1	1	2	1	2	2	1	2	0	2	1	-	-	
	4	8	5	5	4	7	5	6	6	8	4	6	6	3	5	4	-	5	5	3	
	Berufsausbildung insgesamt	36	38	31	24	20	34	34	39	23	25	35	29	29	20	22	32	19	22	19	13
	keine Berufsausbildung aufgenommen bzw. geplant	64	62	69	76	80	66	66	61	77	75	65	71	71	80	78	68	81	78	81	87
1) i.d.R. für den gehobenen Dienst (Besuch von Verwaltungsfachhochschulen) Studienberechtigte 90: Stand 3 ½ Jahre nach Schulabgang																					
HIS-Studienberechtigtenbefragungen																					

Tab. 7.2d: Studienberechtigte ein halbes Jahr nach Schulabgang: Art der gewählten Berufsausbildung nach Land und Jahr des Erwerbs der Hochschulreife (in v.H. aller Studienberechtigten; vertikale Prozentuierung)																				
Art der Berufsausbildung	Mecklenburg- Vorpommern				Sachsen				Sachsen-Anhalt				Thüringen							
	90	96	99	02	04	90	96	99	02	04	90	96	99	02	04	90	96	99	02	04
betriebliche Ausbildung Bank – und Versicherungsberufe Organisations- und Büroberufe Fertigungs- und technische Berufe übrige Berufe Beamtenausbildung ¹⁾ Besuch von Berufsakademien Besuch einer Berufsfachschule, einer Fachakademie oder einer Schule des Gesundheitswesens	20	29	25	17	16	14	23	18	12	8	17	26	24	13	12	17	20	22	13	17
	8	8	6	6	4	4	2	4	1	2	8	6	6	3	3	5	6	4	2	4
	3	10	9	5	6	4	8	5	3	2	3	10	10	5	5	5	3	8	7	5
	4	8	3	2	2	3	7	2	2	2	2	3	3	1	1	4	6	4	2	3
	5	2	6	4	5	3	5	7	5	2	4	7	5	4	3	3	4	6	2	5
	4	7	6	5	2	4	3	4	2	1	4	7	5	4	3	6	6	4	4	5
	0	-	3	5	4	2	4	6	6	6	1	3	1	3	5	0	1	6	6	5
	7	10	5	4	6	6	11	10	10	8	6	6	7	4	7	6	12	7	6	9
	31	46	39	30	29	26	41	38	30	23	28	42	37	23	27	29	39	40	29	36
	69	54	61	70	71	74	59	62	70	77	72	58	63	77	73	71	61	60	71	64
1) i.d.R. für den gehobenen Dienst (Besuch von Verwaltungsfachhochschulen) Studienberechtigte 90: Stand 3 ½ Jahre nach Schulabgang																				
HIS-Studienberechtigtenbefragungen																				

Anhang

Fragebogen

Studien-, Berufsausbildungs- und Berufswahl nach Erwerb der Hochschulreife

Befragung der Studienberechtigten des Schuljahres 2003/2004



Hinweise zum Ausfüllen des Fragebogens

Bitte lesen Sie zunächst eine Frage und die entsprechenden Antwortmöglichkeiten durch und antworten Sie erst dann.

☐ ☒ Bitte ankreuzen.

Bitte Zahl eintragen.

Bitte nichts eintragen.

→ bitte weiter mit Frage 8

sehr wichtig
↓
1 — 2 — 3 — ~~4~~ — 5
↓
unwichtig

Pfeile am Rand bei einzelnen Fragen geben an, welche Frage Sie als nächste beantworten sollen.

Kreuzen Sie bitte die Zahl an, die Ihre Einschätzung am besten widerspiegelt.

FRAGEN ZUR SCHULZEIT

1 Bitte geben Sie die Art Ihrer Hochschulreife an.

- | | | |
|--|---|-----------------------|
| - allgemeine Hochschulreife (Abitur) | 1 | <input type="radio"/> |
| - fachgebundene Hochschulreife | 2 | <input type="radio"/> |
| - Fachhochschulreife | 3 | <input type="radio"/> |
| - fachgebundene (einschl. landesgebundene)
Fachhochschulreife | 4 | <input type="radio"/> |
| - schulischer Teil der Fachhochschulreife | 5 | <input type="radio"/> |

2 Wann haben Sie diese Hochschulreife erworben?

Monat

--	--

 Jahr 20

--	--

3 Bitte geben Sie den Schultyp bzw. Schulzweig an, an dem Sie die Hochschulreife erworben haben.

Absolvent/innen eines Berufskollegs in Nordrhein-Westfalen:
bitte den konkreten Schulzweig/Bildungsgang ankreuzen.

- | | | |
|---|----|-----------------------|
| - Gymnasium | 01 | <input type="radio"/> |
| - Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe | 02 | <input type="radio"/> |
| - Freie Waldorfschule | 03 | <input type="radio"/> |
| - Abendgymnasium | 04 | <input type="radio"/> |
| - Kolleg (nicht Berufskolleg) | 05 | <input type="radio"/> |
| - Fachgymnasium, Berufliches Gymnasium | 06 | <input type="radio"/> |
| - Gymnasiale Oberstufe einer Berufsfachschule | 07 | <input type="radio"/> |
| - Gymnasiale Oberstufe im Oberstufenzentrum | 08 | <input type="radio"/> |
| - Berufsoberschule | 09 | <input type="radio"/> |
| - Fachoberschule | 10 | <input type="radio"/> |
| - (Höhere) Berufsfachschule | 11 | <input type="radio"/> |
| - Fachschule | 12 | <input type="radio"/> |
| - Fachakademie | 13 | <input type="radio"/> |
| - andere Schulart, | 14 | <input type="radio"/> |

und zwar: _____

4 Tragen Sie bitte Ihre Prüfungsfächer ein und kreuzen Sie gegebenenfalls zusätzlich an, in welchen dieser Fächer Sie Leistungskurse belegt hatten.

Leistungs- kurs?

1. _____ ☐
2. _____ ☐
3. _____ ☐
4. _____ ☐

Γ	T	Γ	Γ	Γ	T	Γ	Γ	Γ	T	Γ	Γ	Γ	T	Γ	Γ	Γ			
L	L	J	L	J	L	L	J	L	J	L	L	J	L	J	L	L	J	L	J

5 Geben Sie bitte den Zensuredurchschnitt Ihres Abschlusszeugnisses an.

(z. B. 2 , 6) ,

6 Haben Sie bereits vor oder mit Erwerb der Hochschulreife eine Berufsausbildung abgeschlossen?

- ja, vor Erwerb der Hochschulreife 1 ☐
 - ja, parallel zum Erwerb der Hochschulreife 2 ☐
 - nein, weder noch 3 ☐
- } **bitte weiter mit Frage 7**
 ➔ **Frage 10**

Für Personen mit schulischem Teil der Fachhochschulreife

- ich absolviere zur Zeit/demnächst
das Praktikum bzw. die Berufs-
ausbildung zur Erlangung der
vollen Fachhochschulreife 4 ☐ **→ *bitte*
weiter mit
Frage 7**
- ich habe das Praktikum zur Erlangung
der vollen Fachhochschulreife bereits
absolviert 5 ☐ **→ Frage 8**

7 War bzw. ist das ...

- | | | |
|--|---|-----------------------|
| - eine betriebliche Ausbildung | 1 | <input type="radio"/> |
| - eine schulische Berufsausbildung | 2 | <input type="radio"/> |
| - eine Beamtenausbildung | 3 | <input type="radio"/> |
| - ein Praktikum | 4 | <input type="radio"/> |

8 Nennen Sie bitte Ihren Ausbildungs-/Praktikumsberuf.

Z. B. Krankenschwester, Energieanlagenelektroniker, Tischler.

┌	┐	┐	┌
└	└	└	└

9 Waren Sie vor Erwerb der Hochschulreife berufstätig?

- ja 1 ☐
- nein 2 ☐

Wenn ja, geben Sie bitte die Dauer in Monaten an:

--	--	--

10 Hatten Sie bis zum Abgang von der Schule, an der Sie die Hochschulreife erworben haben, den Wunsch zu studieren?

- ja, so bald wie möglich nach Erwerb der Hochschulreife
(sofort nach Wehr-/Zivildienst, Pflichtpraktikum etc.) 1 ☐
- ja, aber ich wollte erst eine Berufsausbildung absolvieren .. 2 ☐
- ja, aber ich wollte zuerst etwas anderes machen
(Auslandsaufenthalt, Berufstätigkeit etc.) 3 ☐
- ich hatte mich bis zum Abgang von der Schule
noch nicht entschieden 4 ☐
- nein, ich wollte nicht studieren 5 ☐

FRAGEN ZUM NACHSCHULISCHEN WERDEGANG

11 Welche Tätigkeit üben Sie derzeit (d. h. im Dezember 2004) aus?

Bitte nur eine Antwort ankreuzen.

- Studium an einer ...**
- | | | |
|-------------------------------------|----|-----------------------|
| = Fachhochschule | 01 | <input type="radio"/> |
| = Universität | 02 | <input type="radio"/> |
| = Technischen Hochschule | 03 | <input type="radio"/> |
| = Gesamthochschule | 04 | <input type="radio"/> |
| = Pädagogischen Hochschule | 05 | <input type="radio"/> |
| = Kunst- oder Musikhochschule | 06 | <input type="radio"/> |
| = Theologischen Hochschule | 07 | <input type="radio"/> |
| = Berufsakademie | 08 | <input type="radio"/> |
| = Verwaltungsfachhochschule | 09 | <input type="radio"/> |
| = ausländischen Hochschule | 10 | <input type="radio"/> |

bitte
weiter mit
Frage 16

- Berufliche Ausbildung**
- | | | |
|--|----|-----------------------|
| = Fachakademie | 11 | <input type="radio"/> |
| = Berufsfachschule (einschließlich
Schule des Gesundheitswesens) | 12 | <input type="radio"/> |
| = Beamter für den mittleren Dienst .. | 13 | <input type="radio"/> |
| = Berufliche Ausbildung
im dualen System (Lehre) | 14 | <input type="radio"/> |
| = Ausbildung als Volontär(in) | 15 | <input type="radio"/> |
| = andere Ausbildung | 16 | <input type="radio"/> |

- Andere Tätigkeiten**
- = Berufstätigkeit in abhängiger
Beschäftigung (auch Berufssoldat) .. 17 ☐
- = Berufstätigkeit als Selbständiger ... 18 ☐
- = Praktikum 19 ☐
- = Wehrdienst 20 ☐
- = Wehrrersatzdienst 21 ☐
- = Arbeitslosigkeit 22 ☐
- = Freiwilliges Soziales/Ökologisches
Jahr 23 ☐
- = Haushaltstätigkeit 24 ☐
- = Jobben 25 ☐
- = Au-Pair-Tätigkeit 26 ☐
- = Auslandsaufenthalt 27 ☐
- = Urlaub 28 ☐
- = anderes, 29 ☐

und zwar:

12 Für welchen nächsten Schritt Ihres nachschulischen Werdegangs haben Sie sich entschieden?

Bitte nur eine Antwort ankreuzen.

- Absolvieren eines Studiums 1 ☐
- Absolvieren einer
beruflichen Ausbildung 2 ☐
- Berufstätigkeit (nicht Jobben o. ä.) ... 3 ☐

bitte
weiter mit
Frage 13

- weder Studium noch berufliche Aus-
bildung noch Berufstätigkeit, sondern
- _____ 4 ○
(bitte genau angeben)

- ich habe mich noch nicht endgültig entschieden, werde aber wahrscheinlich ... 5 ○
entweder

oder _____

oder _____

(bitte möglichst genau angeben: z.B. FH-Studium Maschinenbau mit Diplom, Rechtspflege an Verwaltungsfachhochschule, betriebliche Ausbildung zum Bankkaufmann)

- ich habe bislang überhaupt noch keine konkreten Vorstellungen..... 6 ○


bitte
weiter mit
Frage 27

13 Wann wollen Sie mit diesem Studium/dieser Berufsausbildung bzw. Tätigkeit beginnen?

Jahr 2 0

--	--

 Monat

--	--

14 Welche Art von Studium, beruflicher Ausbildung oder beruflicher Tätigkeit planen Sie?

Bitte den für Sie zutreffenden zweistelligen Code aus Frage 11 eintragen, z.B. 01 für Studium an Fachhochschulen oder 14 für Absolvieren einer betrieblichen Ausbildung

--	--

[illegible]

15 Aus welchen Gründen konnten/wollten Sie diese Planung bislang noch nicht verwirklichen?

Mehrfachnennung möglich.

- ich habe mich erfolglos um eine Ausbildungsstelle bzw. um einen Arbeitsplatz beworben ☐
 - wegen Zulassungsbeschränkungen im gewünschten Studienfach ☐
 - wegen Einberufung zum Wehr-/Wehrersatzdienst ☐
 - mein Studium/meine Ausbildung kann nur zu einem bestimmten Zeitpunkt begonnen werden ☐
 - wegen zunächst unklarer Studien-/Ausbildungsfinanzierung ☐
 - ich möchte vorher Geld verdienen ☐
 - ich wollte nach der Schule erst einmal eine Pause einlegen ☐
 - ich muss vorher noch bestimmte Leistungen erbringen (z. B. Praktikum) ☐
 - wegen örtlicher, familiärer, gesundheitlicher Gründe ☐
 - ich absolviere zunächst einen freiwilligen sozialen Dienst ☐
 - ich wollte zunächst längere Zeit ins Ausland gehen ☐
 - andere Gründe, ☐
- und zwar:

16 Bitte machen Sie Angaben zum bereits begonnenen oder geplanten Studium, zur Berufsausbildung bzw. zur beruflichen Tätigkeit.

a) Studium

Name und Ort der Hochschule bzw. Berufsakademie (bitte angeben, z.B. Uni Kiel, FH Münster, VerwFH Güstrow, BA Mosbach)

Hauptstudienfach

Bitte dreistellige Nummer aus beiliegender Liste eintragen.
Falls Ihr Fach nicht in der Liste aufgeführt ist, bitte den Namen des Faches notieren.

ggf. 2. Hauptstudienfach (bitte dreistellige Nummer eintragen)

Ist Ihr Ziel der **Lehrerberuf**? ja ☐ nein ☐

b) berufliche Ausbildung zum/zur ...

(bitte angeben, z.B. Bürokaufmann/-frau)

c) berufliche Tätigkeit als ...

(bitte Berufsrichtung angeben)

17 Beabsichtigen Sie danach die Aufnahme eines Studiums?

- ja, auf jeden Fall 1 ☐
 - ja, wahrscheinlich 2 ☐
 - eventuell 3 ☐
 - nein, wahrscheinlich nicht 4 ☐
 - nein, auf keinen Fall 5 ☐
- **Frage 18** (1-3)
→ **Frage 21** (4-5)

18 Angaben zum möglichen/beabsichtigten Studium:

Art des Studiums

(bitte zutreffenden Code aus Frage 11 eintragen)

Name und Ort der Hochschule

(bitte angeben, z.B. Uni Kiel, FH Münster o. a.)

Hauptstudienfach (bitte dreistellige Nummer eintragen, siehe beiliegende Liste)

ggf. 2. Hauptstudienfach

(bitte dreistellige Nummer eintragen)

19 Wann wollen Sie mit diesem Studium beginnen?

Jahr 20 Monat

- weiß noch nicht/steht noch nicht fest ☐

20 Wenn Sie bereits studieren oder noch studieren wollen: Welchen ersten Studienabschluss streben Sie an?

- Diplom/Bachelor an einer Berufsakademie 01 ☐
 - Diplom an einer Verwaltungsfachhochschule 02 ☐
 - Diplom an einer Fachhochschule 03 ☐
 - Diplom an einer Universität etc. 04 ☐
 - Magister 05 ☐
 - Staatsexamen (außer Lehramt) 06 ☐
 - Staatsexamen für ein Lehramt an ...
= Grund- und Hauptschulen 07 ☐
 - = Realschulen (Sekundarstufe I) 08 ☐
 - = Gymnasien 09 ☐
 - = beruflichen Schulen 10 ☐
 - = Sonderschulen 11 ☐
 - kirchlicher Abschluss 12 ☐
 - künstlerischer Abschluss 13 ☐
 - Bachelor an einer Fachhochschule 14 ☐
 - Bachelor an einer Universität 15 ☐
 - Abschluss an ausländischer Hochschule 16 ☐
 - Doppelabschluss
= Bachelor und Diplom (FH) 17 ☐
 - = Bachelor und Diplom (Uni) 18 ☐
 - = deutscher und ausländ. Abschluss .. 19 ☐
 - anderer Abschluss 20 ☐
- **bitte weiter mit Frage 21** (01-06)
→ **bitte weiter mit Frage 22** (07-20)

21 Wenn Sie - wahrscheinlich - nicht an einer Universität oder allgemeinen Fachhochschule studieren werden: Welche Gründe sind hierfür ausschlaggebend?

Mehrfachnennung möglich.

- Ich möchte möglichst bald selbst Geld verdienen ☐
- Ich glaube, ich eigne mich nicht für ein solches Studium .. ☐
- Ich hatte bereits ein festes Berufsziel vor Augen, das ein derartiges Studium nicht voraussetzt ☐
- Der ursprüngliche Studienwunsch war wegen Zulassungsbeschränkungen ohne zusätzliche Wartezeit nicht realisierbar ☐
- Die Anforderungen eines solchen Studiums sind unübersichtlich und unkalkulierbar ☐
- Ein derartiges Studium dauert mir zu lange ☐
- Mir fehlen für ein Universitäts- oder Fachhochschulstudium die finanziellen Voraussetzungen ☐
- Ich bin nicht bereit, wegen des Darlehensanteils des BAföG Schulden zu machen ☐
- Falls Studiengebühren eingeführt werden, übersteigt dies meine finanziellen Möglichkeiten ☐
- Mich interessiert eine praktische Tätigkeit mehr als ein theoretisches Studium ☐
- Es gibt kein mir zusagendes Studienangebot in der Nähe . ☐
- Familiäre Gründe hindern mich ☐
- Die schlechten Berufsaussichten in der mich interessierenden Studienrichtung haben mich von einem Hochschulstudium abgeschreckt ☐
- Ich hatte nie die Absicht zu studieren ☐

22 Beabsichtigen Sie, die in Frage 16 a) oder b) angegebene Qualifizierung abzuschließen?

- | | | |
|------------------------------|-------------------------|------------------------------------|
| - ja, sicher | 1 <input type="radio"/> | } bitte weiter mit Frage 24 |
| - ja, wahrscheinlich | 2 <input type="radio"/> | |
| - weiß noch nicht | 3 <input type="radio"/> | |
| - wahrscheinlich nicht | 4 <input type="radio"/> | } Frage 23 |
| - nein, sicher nicht | 5 <input type="radio"/> | |

23 Was werden/wollen Sie statt dessen tun?

Bitte nur eine Antwort.

- eine (andere) Berufsausbildung absolvieren, und zwar:
(bitte möglichst genau angeben: z. B. schulische Ausbildung zur Krankenschwester/zum Krankenpfleger)

- ein (anderes) Studium absolvieren, und zwar:
(bitte möglichst genau angeben: z.B. FH-Studium Maschinenbau mit Bachelor-Abschluss)

- etwas anderes, und zwar:

- Ich weiß noch nicht ☐

Die folgenden Fragen richten sich wieder an alle!

24 Seit wann steht Ihre Entscheidung über Ihren nachschulischen Werdegang fest?

- seit mehr als zwei Jahren 1 ☐
- seit ein bis zwei Jahren 2 ☐
- ungefähr seit dem Zeitpunkt des Schulabgangs 3 ☐
- erst seit kurzem (nach Verlassen der Schule) 4 ☐

FRAGEN ZU MOTIVEN UND EINSTELLUNGEN

25 Welche Bedeutung haben die folgenden Gründe und Motive für den von Ihnen gewählten nachschulischen Werdegang?

Bitte jeweils den zutreffenden Skalenwert ankreuzen.

- | | sehr bedeutend
▼ | bedeutungslos
▼ |
|--|-----------------------|--------------------|
| - örtliche Bindungen | 1 — 2 — 3 — 4 — 5 — 6 | |
| - Interesse an wissenschaftlicher Arbeit | 1 — 2 — 3 — 4 — 5 — 6 | |
| - baldige finanzielle Unabhängigkeit | 1 — 2 — 3 — 4 — 5 — 6 | |
| - ich habe keine Alternative gesehen . | 1 — 2 — 3 — 4 — 5 — 6 | |
| - Orientierung vor der endgültigen Entscheidung | 1 — 2 — 3 — 4 — 5 — 6 | |
| - Interesse am vermittelten Sachwissen | 1 — 2 — 3 — 4 — 5 — 6 | |
| - das breite sich später eröffnende Berufsspektrum | 1 — 2 — 3 — 4 — 5 — 6 | |
| - Neigung zu praktischer Tätigkeit .. | 1 — 2 — 3 — 4 — 5 — 6 | |
| - in leitende Positionen gelangen | 1 — 2 — 3 — 4 — 5 — 6 | |
| - einen hohen sozialen Status erreichen | 1 — 2 — 3 — 4 — 5 — 6 | |
| - soziales Engagement | 1 — 2 — 3 — 4 — 5 — 6 | |
| - gesellschaftliche/politische Prozesse qualifiziert beurteilen können | 1 — 2 — 3 — 4 — 5 — 6 | |
| - Neigung zum angestrebten Beruf .. | 1 — 2 — 3 — 4 — 5 — 6 | |
| - Wunsch nach sicherer beruflicher Zukunft | 1 — 2 — 3 — 4 — 5 — 6 | |
| - familiäre Gründe | 1 — 2 — 3 — 4 — 5 — 6 | |
| - Informationen der Studien- und Berufsberatung | 1 — 2 — 3 — 4 — 5 — 6 | |
| - im angestrebten Beruf weitgehend selbständig arbeiten können | 1 — 2 — 3 — 4 — 5 — 6 | |
| - eigene Vorstellungen besser verwirklichen können | 1 — 2 — 3 — 4 — 5 — 6 | |
| - meines Erachtens günstige Berufs- und Einkommenschancen . | 1 — 2 — 3 — 4 — 5 — 6 | |
| - Rat von Verwandten, Freunden, Bekannten | 1 — 2 — 3 — 4 — 5 — 6 | |
| - die eigenen Fähigkeiten erproben .. | 1 — 2 — 3 — 4 — 5 — 6 | |
| - gute Übereinstimmung mit der eigenen Leistungsfähigkeit | 1 — 2 — 3 — 4 — 5 — 6 | |
| - jetzt oder später anderen Menschen helfen können | 1 — 2 — 3 — 4 — 5 — 6 | |
| - gesundheitliche Gründe | 1 — 2 — 3 — 4 — 5 — 6 | |
| - kurze Ausbildungsdauer | 1 — 2 — 3 — 4 — 5 — 6 | |

26 Wie fühlen sie sich alles in allem durch die Schule auf das von Ihnen gewählte Studium bzw. die Berufsausbildung vorbereitet?

sehr gut
↓
1 — 2 — 3 — 4 — 5
↓
unzureichend

27 In letzter Zeit wird öffentlich viel darüber diskutiert, die Studierenden ab dem ersten Semester an den Kosten des Studiums zu beteiligen. Häufig genannt wird für diese Studiengebühren ein Betrag von etwa 500 Euro pro Semester. Wie stehen Sie zu den folgenden Aussagen?

- Ich werde unabhängig von einer Einführung von Studiengebühren mein Studium fortführen bzw. ein Studium aufnehmen, weil ich auf jeden Fall studieren will. trifft zu trifft nicht zu
↓ ↓
1 ○ 2 ○
- Mögliche Studiengebühren beeinflussen meine Studienentscheidung nicht, weil meine Eltern wahrscheinlich die Gebühren bezahlen werden/würden. 1 ○ 2 ○
- Wenn Studiengebühren wirklich eingeführt werden, werde ich mein begonnenes Studium abbrechen bzw. das beabsichtigte Studium nicht aufnehmen. 1 ○ 2 ○
- Im Falle von Studiengebühren werde ich nur studieren, wenn ich finanzielle Unterstützung (Stipendium, zinsgünstiges Darlehen) erhalte. . 1 ○ 2 ○
- Die Diskussion über Studiengebühren hält mich bereits jetzt von ernsthaften Überlegungen über eine Studienaufnahme ab. 1 ○ 2 ○
- Diese Diskussion berührt mich nicht. Ich hatte nie vor zu studieren. ○

28 Wie informiert sind Sie über Studiengänge, die mit einem Bachelor abschließen?

- ich kenne diese Studiengänge nicht ○ → **Frage 31**
- ich bin ...

sehr gut informiert
↓
1 — 2 — 3 — 4 — 5
↓
schlecht informiert

29 Haben Sie bei Ihren Überlegungen für die Zeit nach der Schule die Wahl eines Bachelor-Studiengangs erwogen?

- in meinem Fach gibt es nur noch Bachelor-Abschlüsse.. 1 ○
- nein, nicht erwogen 2 ○
- bin insgesamt noch unsicher, wie es weiter geht, aber ein Bachelor-Studium kommt infrage 3 ○
- ja, erwogen, aber in meiner Fachrichtung gibt es (noch) kein derartiges Angebot 4 ○
- ja, erwogen, aber nicht gewählt 5 ○
- ja, ich habe mich für einen Bachelor-Abschluss entschieden 6 ○

30 Unabhängig davon, ob Sie einen Bachelor-Studiengang für sich erwogen haben: Was sind Ihrer Meinung nach ...

Kreuzen Sie bitte jeweils den zutreffenden Skalenwert an.

a) die Vorzüge eines Bachelor-Studiengangs?

- | | trifft
genau zu
↓ | trifft
überhaupt
nicht zu
↓ | weiß
nicht
↓ |
|--|-------------------------|--------------------------------------|--------------------|
| - die kurze Studiendauer | 1 — 2 — 3 — 4 — 5 | | 6 |
| - die guten Arbeitsmarktchancen | 1 — 2 — 3 — 4 — 5 | | 6 |
| - die internationale Verbreitung | 1 — 2 — 3 — 4 — 5 | | 6 |
| - die Möglichkeit der Studienfortsetzung mit einem Master-Studiengang | 1 — 2 — 3 — 4 — 5 | | 6 |
| - der klare Studienaufbau (Modularisierung) | 1 — 2 — 3 — 4 — 5 | | 6 |
| - die im Vergleich zum herkömmlichen Studium leichter zu bewältigenden Anforderungen | 1 — 2 — 3 — 4 — 5 | | 6 |
| - die Transparenz der Prüfungsanforderungen (Leistungspunktsystem) | 1 — 2 — 3 — 4 — 5 | | 6 |
| - die studienbegleitenden Prüfungen | 1 — 2 — 3 — 4 — 5 | | 6 |
| - die Internationalität der Studieninhalte | 1 — 2 — 3 — 4 — 5 | | 6 |
| - der hohe Praxisbezug des Studiums | 1 — 2 — 3 — 4 — 5 | | 6 |

b) die Nachteile eines Bachelor-Studiengangs?

- | | trifft
genau zu
↓ | trifft
überhaupt
nicht zu
↓ | weiß
nicht
↓ |
|--|-------------------------|--------------------------------------|--------------------|
| - die allgemein zu geringe Akzeptanz des Bachelor-Abschlusses | 1 — 2 — 3 — 4 — 5 | | 6 |
| - das zu niedrige wissenschaftliche Niveau ... | 1 — 2 — 3 — 4 — 5 | | 6 |
| - die Schwierigkeit, die Chancen für Bachelor-Absolventen auf dem Arbeitsmarkt zu beurteilen | 1 — 2 — 3 — 4 — 5 | | 6 |
| - die schlechte Studienorganisation | 1 — 2 — 3 — 4 — 5 | | 6 |
| - die zu wenigen Spezialisierungsmöglichkeiten | 1 — 2 — 3 — 4 — 5 | | 6 |
| - die geringe Freiheit in der Studiengestaltung | 1 — 2 — 3 — 4 — 5 | | 6 |

⌈ T ⌋ ⌈ T ⌋ ⌈ T ⌋ ⌈ T ⌋ ⌈ T ⌋ ⌈ T ⌋
⌊ L ⌋ ⌊ L ⌋ ⌊ L ⌋ ⌊ L ⌋ ⌊ L ⌋ ⌊ L ⌋
⌈ T ⌋ ⌈ T ⌋ ⌈ T ⌋ ⌈ T ⌋ ⌈ T ⌋ ⌈ T ⌋
⌊ L ⌋ ⌊ L ⌋ ⌊ L ⌋ ⌊ L ⌋ ⌊ L ⌋ ⌊ L ⌋

FRAGEN ZUR PERSON

31 Ihr Geburtsmonat und Ihr Geburtsjahr:

Monat Jahr 1 9

32 Ihr Geschlecht:

- männlich ☐
- weiblich ☐

33 Ihre Staatsangehörigkeit:

- die deutsche ☐
- eine andere, ☐
- und zwar: _____

34 Sind Ihre Eltern in Deutschland geboren?

- beide Eltern sind in Deutschland geboren ☐
- ein Elternteil ist in Deutschland geboren ☐
- kein Elternteil ist in Deutschland geboren ☐

35 Welche Sprache wird in Ihrem Elternhaus normalerweise gesprochen?

- Deutsch ☐
- Deutsch sowie eine andere Sprache, ☐
- und zwar: _____
- nicht Deutsch, ☐
- sondern: _____ / _____

36 In welchem Bundesland liegt Ihre Hochschule/Ihr Ausbildungsort/Ihr Arbeitsplatz bzw. Aufenthaltsort im Dezember 2004?

Bei Auslandsaufenthalt bitte den Staat angeben.

37 Geben Sie bitte den jeweils höchsten Schulabschluss Ihrer Eltern an.

- | | Mutter | Vater |
|--|-----------------------|-----------------------|
| - Abitur | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> |
| - Fachhochschulreife | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> |
| - Realschulabschluss/10. Klasse | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> |
| - Volks-/Hauptschulabschluss/8. Klasse | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> |
| - kein Abschluss/unter 8. Klasse | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> |
| - Abschluss unbekannt | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> |

☐ T ☐ ☐ T ☐ ☐ T ☐ ☐ T ☐
☐ L ☐ L ☐ L ☐ L ☐ L ☐ L ☐ L ☐

38 Geben Sie bitte den jeweils höchsten beruflichen Abschluss Ihrer Eltern an.

- | | Mutter | Vater |
|--|-----------------------|-----------------------|
| - Hochschul-/Universitätsabschluss (einschl. Lehrerausbildung) | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> |
| - Fachhochschulabschluss o. ä. | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> |
| - Fachschulabschluss | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> |
| - Meisterprüfung, Technikerschulabschluss | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> |
| - Lehre oder gleichwertige Berufsausbildung | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> |
| - kein beruflicher Abschluss | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> |

39 Bitte geben Sie an, welcher der unten genannten Berufsgruppen Ihre Eltern angehören.

Bitte derzeitigen bzw. letzten Beruf ankreuzen.

- | | Mutter | Vater |
|--|-----------------------|--------------------------|
| Selbständige | | |
| - kleinere(r) Selbständige(r) (z.B. Einzelhändler(in) mit kleinem Geschäft, Handwerker(in), kleine Landwirtschaft) | <input type="radio"/> | 01 <input type="radio"/> |
| - mittlere(r) Selbständige(r) (z.B. Einzelhändler(in) mit großem Geschäft, Hauptvertreter(in), größere Landwirtschaft) | <input type="radio"/> | 02 <input type="radio"/> |
| - größere(r) Selbständige(r) (z.B. Besitzer(in) großer Betriebe) | <input type="radio"/> | 03 <input type="radio"/> |
| - Freie Berufe, selbständige(r) Akademiker(in) ... | <input type="radio"/> | 04 <input type="radio"/> |
| Angestellte | | |
| - ausführende(r) Angestellte(r) (z.B. Verkäufer(in), Schreibkraft) | <input type="radio"/> | 05 <input type="radio"/> |
| - qualifizierte(r) Angestellte(r) (z.B. Sachbearbeiter(in), Buchhalter(in)) | <input type="radio"/> | 06 <input type="radio"/> |
| - Angestellte(r) in gehobener Position (z.B. wissenschaftliche(r) Mitarbeiter(in)) | <input type="radio"/> | 07 <input type="radio"/> |
| - leitende(r) Angestellte(r) (z.B. Abteilungsleiter(in), Prokurist(in), Geschäftsführer(in)) | <input type="radio"/> | 08 <input type="radio"/> |
| Beamte | | |
| - im Einfachen/Mittleren Dienst (z. B. Bürosachbearbeiter(in)) | <input type="radio"/> | 09 <input type="radio"/> |
| - im Gehobenen Dienst (z. B. Inspektor(in), Amtmann/-frau) | <input type="radio"/> | 10 <input type="radio"/> |
| - im Höheren Dienst (ab Studien-, Regierungsrat/-rätin) | <input type="radio"/> | 11 <input type="radio"/> |
| Arbeiter | | |
| - ungelernete(r)/angelernte(r) Arbeiter(in) | <input type="radio"/> | 12 <input type="radio"/> |
| - Facharbeiter(in), unselbständige(r) Handwerker(in) | <input type="radio"/> | 13 <input type="radio"/> |
| - Meister(in), Polier | <input type="radio"/> | 14 <input type="radio"/> |
| nie berufstätig gewesen/Hausfrau/Hausmann .. | <input type="radio"/> | 15 <input type="radio"/> |

Dieser Bericht wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung erstellt
(Förderkennzeichen P 4156).

Die HIS Hochschul-Informationen-System GmbH trägt die Verantwortung für den Inhalt.

Impressum:

Herausgeber: HIS Hochschul-Informationen-System GmbH,
Goseriade 9, 30159 Hannover
Tel.: 0511 / 1220-0, Fax: 0511 / 1220-250
E-Mail: leitner@his.de

ISSN 1611-1966

Verantwortlich: Prof. Dr. Martin Leitner

Redaktion: Barbara Borm

Erscheinungsweise: 8 x jährlich

"Gemäß § 33 BDSG weisen wir jene Empfänger der HIS-Kurzinformationen, denen diese zugesandt werden, darauf hin, dass wir ihren Namen und ihre Anschrift ausschließlich zum Zweck der Erstellung des Adressaufklebers für den postalischen Versand maschinell gespeichert haben."